

SA Sozialistische Arbeiter Zeitung

Wochenend-
Ausgabe

Prels 10 Pfg.
Reichsausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Aus dem Inhalt:

**Hitler-Parade
vor Karl-Liebkecht-Haus**

Heute fällt die Entscheidung

Hilfe für die Erwerbslosen — aber vorläufig nur Beschlüsse

„Kronprinz“ hat Geld

Wirtschaft und Politik der Woche

Friedrich Wolf: Bauer in Not

5000 Metallarbeiter streiken

Reichsbanner weiter für Arbeitsdienst

Der Osthilfe-Skandal am Pranger

Ungeheuerliche Korruption zu Gunsten der Großagrarien / Die Regierung verweigert die Auskunft!

Seit langem drängen in die Öffentlichkeit immer bestimmte Nachrichten über einen unerhörten Mißbrauch der Osthilfe, über die Sondervorteile, die dem Großgrundbesitz zugeschanzt wurden, und über die besondere Bevorzugung solcher Großagrarien, die auch im politischen Lager der deutschen Reaktion eine hervorragende Rolle spielen. Die an diesen Dingen beteiligten, sehr einflußreichen Kreise, haben alles getan, um eine öffentliche Behandlung dieser für sie so peinlichen Angelegenheit zu verhindern. Wiederholt wurde die bereits angesetzte Aussprache wieder vertagt, und auch gestern, als endlich der Haushaltsausschuß des Reichstages die Debatte über die Osthilfe eröffnete,

ist von seiten der Regierung und der Deutschnationalen alles getan worden, um die Vorgänge weiter zu verschleiern.

Die Beratungen des Haushaltsausschusses begannen mit einer scharfen Anklagerede des Zentrumsabgeordneten Erising. Er stellte fest, daß die Junkerpolitik der Regierungen Papen und Schleicher die Siedlung sabotierte und den ursprünglich gesunden Gedanken der Osthilfe in das Gegenteil verkehrt habe. Die vom Reich gegebenen Gelder würden nicht zur Abdeckung von Schulden verwendet, sondern

um Luxusautos und Rennpferde zu kaufen und Reisen an die Riviera zu machen.

Es müsse dringend gefordert werden, daß die Regierung mit der politischen Vertretung des Volkes in aller Offenheit über diese Fragen verhandle.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heinig ergänzte diese Ausführungen mit der Feststellung, durch die Osthilfe würde nicht die Landwirtschaft in Ordnung gebracht, sondern die Besitzer saniert. Abgeordneter Heinig nannte zahlreiche Fälle übelster Korruption und Bevorzugung einzelner politisch einflußreicher Großgrundbesitzer. So seien dem Herrn von Oldenburg-Januschau (der bekanntlich ein enger Freund Hindenburgs ist) 4 Güter, die erst in den letzten Jahren aufgekauft worden seien, saniert worden. Ein Darlehen von 621 000 RM wurde ihm zugesagt — 454 000 RM, also fast eine halbe Million, wurden ihm bereits ausgezahlt!

Auch Hermine von Hohenzollern, die Frau des wahrhaftig nicht notleidenden früheren Kaisers, ist mit ihrem Besitz in den Tätigkeitsbereich der Osthilfe geraten!

Der christlich-sozialistische Abgeordnete Behrens schilderte die Schwierigkeiten, in die Handwerker und Kaufleute in den Osthilfegebieten durch das Sicherungsverfahren geraten sind. Die Osthilfe leide darunter, daß zu viel Leute an dem zu großen und sehr kostspieligen Apparat interessiert seien.

Der Beitragsrückstand der Krankenkassen sei auf mehr als eine Million RM zu schätzen.

Hier liege eine ungesetzliche Pflichtverletzung von Treuhändern vor. Nach diesen Anklagereden begnügte sich der Reichsernährungsminister, Freiherr v. Braun, der Vertrauensmann der ostelbischen Junker, mit einigen allgemeinen Redensarten. Jedes Eingehen auf die einzelnen vorgetragenen Fälle lehnte der Minister mit der Begründung ab, er wisse nicht, ob er berechtigt sei, Auskunft über einzelne Personen und über die Summen zu geben, die diesen aus der Osthilfe zufließen seien.

Diese Weigerung des Ministers, dem Reichstagsausschuß Rede und Antwort zu stehen, rief eine lebhaftige Debatte hervor. Die Redner der SPD, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wiesen überzeugend nach, daß der Minister das Recht und die Pflicht habe, Auskunft zu geben. Weigere er sich weiter, so werden der Reichstag einen Untersuchungsausschuß einsetzen, dem die Reichsregierung nach der Verfassung alle Akten des Ministeriums und sämtlicher Landstellen zur Verfügung stellen müsse. Besonders bemerkenswert ist die scharfe Erklärung, die der Zentrums-Abgeordnete Erising im Auftrage seiner Fraktion verlas. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die parlamentarische Behandlung der Osthilfe im Haushaltsausschuß hat in den Großgrundbesitzerkreisen, die die Osthilfe in ungerechtfertigter Weise in Anspruch genommen haben, größte Bestürzung ausgelöst. Von einer weiteren parlamentarischen Behandlung dieser Mißbräuche fürchten sie Gefahren und darum suchen sie nach Wegen, um eine weitere parlamentarische Verhandlung unmöglich zu machen. Sie entfalten hinter den Kulissen stärkste Aktivität für sofortige Reichstagsauflösung.

Die Regierung kann nicht wünschen, daß eine weitere parlamentarische Aufklärung über die Vorkommnisse in der Osthilfe verhindert wird. Wir hoffen bestimmt, daß die Reichsregierung in dieser Frage in derselben Offenheit mit der politischen Vertretung des Volkes verhandelt, wie dies in den letzten Tagen über die Lage der öffentlichen Finanzen und über deutsche Wirtschaftsfragen geschehen ist.

Sollte entgegen dieser unserer Auffassung aber das Drängen der ostelbischen Großagrarien stärker sein und der Reichstag durch Auflösung an der weiteren Behandlung dieser Fragen verhindert werden, so würde dies nach unserer Auffassung zu einer schweren Vertrauenserschütterung führen und in den weitesten Schichten des deutschen Volkes das Empfinden auslösen, daß die ostelbischen Großgrundbesitzer zwar die Groschen des steuerzahlenden deutschen Volkes gern in Anspruch nehmen, daß sie aber gleichzeitig dieses zahlende deutsche Volk politisch beherrschen wollen.

Dieser Gang der Verhandlungen war dem Minister, der natürlich das Verhalten seiner

Gesinnungsfreunde vertuschen möchte, sichtlich unangenehm. Schließlich lenkte er soweit ein, daß er zusagte, er wolle die Rechtslage prüfen und am heutigen Freitag mitteilen, ob er zu weiteren Auskünften bereit sei.

Es zeigt sich also, daß die Regierung alles tun will, um die Wahrheit über den ungeheuerlichen Skandal der Osthilfe nicht ins Volk dringen zu lassen. Dieses Verhalten der Regierung ist von ihrem Standpunkt aus nur zu verständlich, um so mehr, als der Osthilfe-Skandal auch

eine schwere politische Belastung für den Reichspräsidenten

bedeutet, denn ohne Hindenburgs Drängen und Wirken wäre diese Art Osthilfe niemals zustande gekommen.

Bezeichnend ist auch, daß die Nationalsozialisten in dieser ganzen wichtigen Aussprache den Mund nicht aufgemacht haben. Sie, die sich immer als besonders bauernfreundlich gebürden, haben es nicht für angebracht gehalten, auch nur ein Wort zu diesen für die Bauernschaft so entscheidenden Fragen vorzubringen. Sie fürchteten, es mit ihren Freunden aus der Partei Hugenburgs, mit denen sie gerade jetzt ein neues, enges Bündnis vorbereiten, allzusehr zu verderben.

Die Bauern, die Handwerker und die kleinen Geschäftsleute, die von der Osthilfe, wie von der ganzen Junkerpolitik nur Schaden haben; die ganze Masse des werktätigen Volkes, das mit seinen Steuern die vielen hundert Millionen zur Sanierung der deutschen Großagrarien aufbringen muß — sie alle müssen aus diesem Osthilfe-Skandal die politischen Lehren ziehen. Dieser Skandal wird nicht in einem Reichstagsausschuß bereinigt werden. Die Vorherrschaft der deutschen Junker wird nur gebrochen werden, wenn sich die Voraussage erfüllt, die Lenin am 8. November 1917, in seiner ersten Rede nach dem Siege der russischen Revolution, zum Ausdruck brachte:

Die Bauern werden begreifen, daß sie ihr Heil nur im Bündnis mit den Arbeitern finden können!

Nazi-Demonstration vor dem Karl Liebkecht-Haus!

Die Berliner Nationalsozialisten haben für kommenden Sonntag zu einer Demonstration aufgerufen, die auf dem Bülowplatz vor dem Karl Liebkecht-Haus Aufstellung nehmen soll. Der Berliner Polizeipräsident Melcher hat diese Demonstration der Nazis genehmigt und gleichzeitig eine Gegenkundgebung der KPD verboten.

Dieses Verhalten des Berliner Polizeipräsidenten ist eine Ungeheuerlichkeit. Der Aufmarsch von tausenden SA und SS-Banditen vor dem Parteihaus der Kommunistischen Partei muß von allen Arbeitern als eine unerhörte Provokation und als eine unmittelbare Gefährdung des Arbeiter Eigentums angesehen werden.

Wenn der Berliner Polizeipräsident diese nationalsozialistische Kundgebung genehmigt und es gleichzeitig der KPD unmöglich machen will, ihr Parteihaus zu schützen, so trägt er die Verantwortung für die unabsehbaren Konsequenzen, die sich aus dieser nationalsozialistischen Provokation ergeben können!

Der „Kronprinz“ hat Geld!

Der frühere deutsche Kronprinz, der jetzt wieder eine große politische Aktivität entfaltet, hat kürzlich bereits einige Güter erworben. Jetzt hat er, wie die „Kasseler Post“ meldet, das Rittergut Hohenhaus im Werratal erworben. Von den Millionenbeträgen, die ihm die deutsche Republik in den Rücken wirft, kann er sich das leisten — während Arbeiter und Kleinbauern elend zugrunde gehen!

Der Junker ist der Todfeind des Bauern

„Bauern in Not“ — „die Landwirtschaft klagt an“ — „Kampf mit allen Mitteln bis zum Sieg oder Tod“, so und ähnlich lauten gegenwärtig in allen Gauen Deutschlands die Kampfrufe des Landbundes, mit denen er Zehntausende von Bauern, auch Kleinbauern und Landarbeiter zu großen Landbundparaden in die Hauptstädte der Provinzen lockt. Der Masse der Kleinbauern und den Landarbeitern wird vorgetäuscht, daß es einen einheitlichen Kampf der ganzen Landbevölkerung, vom Großgrundbesitzer bis zum letzten Landarbeiter, gegen die Regierung Schleicher, den Industriekapitalismus und gegen die Juden um die Rechte der Bauern zu führen gelte.

Leider fallen Hunderttausende von Kleinbauern und Landarbeitern auf diesen Schwindeln herein. Wer die Dinge kennt, dem ist das verständlich. Die Not der Kleinbauern und Landarbeiter schreit zum Himmel. Sie bekommen für ihre Arbeit, für ihre Vieh- und Milchprodukte heute oft kaum die Hälfte von dem, was sie in der Vorkriegszeit dafür erhielten. Aber nicht nur das. Der Absatz der Waren nach den Städten ist gegen früher um die Hälfte und noch mehr gesunken. Die Steuern dagegen sind ins Riesenhafte gewachsen, sie sind vervielfacht gegenüber der Vorkriegszeit. Ebenso sind die Zinssätze für die Hypothekenschulden oder für Leihgelder bei den Darlehnskassen heute mehr als doppelt so hoch wie früher. Die Preise für Kleidung, Industrieprodukte, Düngemittel usw. sind gleichfalls viel höher als in der Vorkriegszeit.

So befindet sich die Masse der Landbevölkerung, genau so wie die Millionen von Industriearbeitern und Arbeitslosen in den Städten in einer furchtbaren Notlage. Der Gerichtsvollzieher ist der ständige Gast, dem Kleinbauern wird buchstäblich das Dach über dem Kopf versteigert und die letzte Kuh aus dem Stall gezogen. Nichts ist daher verständlicher, als daß die Millionen von Bauern und Landarbeitern, von einer beispiellosen Empörung und Erbitterung erfüllt und entschlossen sind, den Kampf gegen ihre Peiniger mit allen, selbst den rabiatesten Mitteln, zu führen.

Diese Stimmung ist es, die jetzt von den Landbundführern mit demagogischem Raffinement ausgenutzt wird; sie geben sich als die Führer und radikalen Vorkämpfer für alle Landwirte, also auch für die Masse der Kleinbauern aus, um die Wucht dieser Massenempörung in die von ihnen gewünschten Bahnen zu lenken. Hier müssen die Mittel- und Kleinbauern fragen:

Wer sind diese Landbundführer? Sind sie in der Tat die Vertreter der Bauerninteressen?

Sehen wir uns diese Herrschaften an. Überall, ob in Schlesien, Brandenburg, Rheinland, Hessen oder Süddeutschland, sind es die Großgrundbesitzer, Grafen, Freiherrn abgetakelte Generale usw., die da im Namen der Bauern auftreten und so beweglich über die bäuerliche Not zu reden verstehen.

Was aber haben die Interessen der Großagrarien, der Junker und Grafen mit denen der Masse der Kleinbauern zu tun?

Nichts. Im Gegenteil, deren Interessen sind denen der Kleinbauern in jedem Punkt direkt entgegengesetzt. Diese Landbundführer, die Grafen v. Kalkreuth, v. Keyserlingk, Freiherr von Lueninck, v. Rohr, v. Wangenheim usw.,

die jetzt auf den sogenannten Bauern- tagungen in allen Provinzen das große Wort führen, sind die Nachkommen derselben Herren, die in früheren Jahrhunderten den Bauern ihr Land gestohlen, die Masse der Landbevölkerung zu Leibeigenen gemacht und ausgeplündert haben. Sie fühlen sich auch heute genau so als die Herren, die in jedem Bauern und Landarbeiter mit einem Knüttel und Sporenstiefel bearbeiten mochten.

So groß der Unterschied zwischen dieser Herrenkaste und der Masse der Bauern ist, so groß ist auch der Unterschied zwischen den unmittelbaren materiellen Interessen beider Schichten. Schon wir uns die Forderungen und Reden dieser Grafen und Barone näher an. Sie fordern Vollstreckungsschutz in der Landwirtschaft, d. h. sie wollen die Versteigerung überschuldeter Landwirtschaftsbetriebe verhindern. Diese Forderung liegt ebenfalls auch im Interesse der ständig vom Gerichtsvollzieher bedrängten Kleinbauern. In Wirklichkeit aber ist es so, daß durch diesen Vollstreckungsschutz nur die großen Güter, die infolge der Landwirtschaft der hohen Herren überschuldet sind, nicht versteigert werden sollen. Wenn das wenige Hab und Gut eines kleinen Landwirts versteigert wird, ruhen sich diese Junker nicht. Im Gegenteil, sie freuen sich im Stillen darüber, um so auf billige Art ihren Großgrundbesitz noch vergrößern zu können und neue Landarbeitersklaven zu bekommen.

Von den Hunderten von Millionen Mark, die bisher vom Reich für die „Entschuldung der Landwirtschaft“ zur Verfügung gestellt wurden, floß der weitaus größte Teil in die Taschen weniger tausend Großgrundbesitzer, während die vielen Hunderttausende von Kleinbauern davon so gut wie gar nichts bekamen. Aber die Junker wollen neue Hunderte Millionen vom Reich erpressen. Dazu brauchen sie den „Sturm der großen Bauernarmee“, deshalb gebildet sie sich jetzt auch als die Wortführer der Kleinbauern. In Wirklichkeit richtet sich aber gerade diese Forderung der Landbundführer direkt gegen die Kleinbauern.

Dem Kleinbauern fehlt Land zur Vergrößerung seines unrentablen Besitzes oder zur Errichtung neuer Siedlungsstellen. Dieses Land kann nur durch Versteigerung bzw. Enteignung des verfallenen Großgrundbesitzes gewonnen werden. Die Kleinbauern können daher gar kein Interesse an dem Vollstreckungsschutz für die großen Güter haben, sondern müssen umgekehrt alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, den bankrotten Junkern das Land wegzunehmen.

Um die Kleinbauern von diesem Ausweg abzulenken, betreiben jetzt die Landbundführer ein ganz besonders verbrecherisches Spiel. Sie wollen die Kleinbauernmassen, das ganze deutsche Volk in einen neuen Krieg hetzen, um „Land von dem Osten“ zu holen. Dafür ist die auf der schlesischen Landbundtagung in Breslau vom Landbundpräsidenten Willkies gehaltene Rede sehr bezeichnend. Dieser monarchistische Stockreaktionär bekannte sich dort offen zu dem „wahren deutschen Volkführer“ Adolf Hitler (!) und führte in bezug auf die Siedlungsfrage u. a. aus:

„Die Siedlungsmöglichkeiten auf dem heutigen deutschen Reiche werden nie dazu genügen, die heutige deutsche Arbeitslosigkeit großzügig zu bekämpfen. Für die durch den Verlust des Weltmarktes frei gewordenen Kräfte muß das deutsche Volk gewillt sein, sich neues Siedlungsland im Osten dazu zu nehmen; allerdings ohne liberale Schwäche vor sogenannten Menschenrechten, ohne die bisherigen slawischen Bewohner.“

Kleinbauern, Landarbeiter, erkennt die Gefahr! Um ihre Riesengüter, ihre Herrschaft zu behalten und gleichzeitig ihre reaktionären Pläne auf Wiederherstellung der Monarchie, des alten preussischen Militärstaates usw. durchzusetzen, wollen sie einen neuen frisch-fröhlichen Krieg, ein neues Massenmorden veranstalten. Sie wollen die Millionen der deutschen Arbeiter und Bauern „gen Osten“ führen, d. h. in einen Krieg gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat, die Sowjet-Union, führen. So ein Krieg, das wäre doch wieder eine herrliche Sache für die großen Herren. Sie könnten wieder als Offiziere die Masse der Bauernöhne schuhriegeln und trietzen nach Herzenslust, könnten sich mit ihren Riesengehältern in der Etappe mästen und gleichzeitig dem Kleinbauern wieder jedes Gramm Brot und Fleisch, das er verzehren darf, vorrechnen und das übrige beschlagnehmen lassen, während sie die Produkte ihrer Riesengüter für teures Geld an Schieber und Kriegsgewinnler verkaufen könnten. Das also wollen die Grafen Kalckreuth und Kumpanei. Zu diesem verbrecherischen Spiel wollen sie jetzt die Not der Millionen Bauern ausnützen.

So wie auf dem Gebiet der „hohen Politik“, der Siedlungsfrage stehen sich auch die Interessen der Massen der Kleinbauern und Landarbeiter auf allen anderen Gebieten, besonders auf dem der Zoll- und Steuergesetzgebung, schroff gegenüber. Die Junker fordern vollkommene Sperre der Einfuhr von Lebensmitteln und Viehfutter. Sie reden den Kleinbauern vor, daß, wenn die Grenzen für Butter, Milch, Eier usw. gesperrt würden, sie für ihre Produkte wieder höhere Preise bekämen. In Wirklichkeit ist es so, daß auch hier die Junker die einzige Schicht darstellt, die von einer solchen Politik einen Vorteil hat. Die weitere Absperrung der Grenzen gegen Einfuhr von Agrarprodukten müßte vollständige Stilllegung der Industrie zur Folge haben, und es würde gerade dieser Teil der Bevölkerung, der als einziger Abnehmer für die Waren der Kleinbauern in Frage kommt, die Industriearbeiterschaft, jeglicher Existenzmöglichkeit und jeglichem Einkommen beraubt werden. Die Vieh- und Milchprodukte der Kleinbauern würden dadurch noch weit weniger Absatz als bisher finden, wodurch die Preise noch weit mehr sinken müßten.

Heute fällt die Entscheidung

Berlin, 19. Januar.

CNB. Naturgemäß konzentriert sich das Hauptinteresse jetzt auf die Sitzung des Aeltestenrats. Sie wird offiziell den Zweck haben, die Tagesordnung für die Reichstags-sitzung am 21. d. M. festzusetzen. Wie sich die Dinge entwickelt haben, liegt die Bedeutung der Sitzung des Aeltestenrats aber doch in der Frage, ob der Reichstag zu dem ursprünglich vorgesehenen Termin überhaupt zusammentritt, oder ob man zu einer neuen Vertagung kommt. In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird kein Hehl daraus gemacht, daß die Regierung eine kurz- oder mittelfristige Vertagung von etwa zwei oder vier Wochen nicht für tragbar hält, denn dann will man im nächsten Monat, oder doch spätestens Anfang März, wieder vor derselben Situation eines ständigen Hängens und Würgens stehen, wie wir sie augenblicklich erleben. Das hält die Reichsregierung offenbar schon mit Rücksicht auf die Wirtschaft für einen unmöglichen Zustand, und man kann wohl annehmen, daß Staatssekretär Grieser in Vertretung des Reichskanzlers im Aeltestenrat eine entsprechende Erklärung abgegeben wird.

Wie die Dinge laufen werden, darüber lauscht noch immer vollkommene Unklarheit. Es wird behauptet, daß

die Auffassungen über den Zeitpunkt der Reichstagstagung bei den Nationalsozialisten nicht ganz einheitlich

und daß jedenfalls gewisse Tendenzen für eine Vertagung vorhanden seien. Auf der anderen Seite ist die Reichsregierung, wie gesagt, gegen eine weitere Hinauszögerung der Entscheidung, und es wäre nach Auffassung politischer Kreise

Reichstags-Ausschuß beschließt Hilfs-Maßnahmen für die Erwerbslosen

Aber was wird die Regierung durchführen?

Berlin, 19. Januar.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit Anträgen zur Ausgestaltung der Arbeitslosenhilfe.

Staatssekretär Dr. Grieser

erklärte, die finanzielle Auswirkung eines sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der Rückerstattungspflicht für die Wohlfahrtsunterstützung könne man gar nicht berechnen. Beschließe man den Wegfall der Rückerstattung, so würden die Gemeinden Ersatz vom Reich verlangen.

Zu der von den Sozialdemokraten beantragten Krankenversicherung der Wohlfahrtsunterstützten erklärte er, rechne man für 6 Millionen Erwerbslose nur 50 Mark Krankenkassenbeiträge, so bedeute das eine Ausgabe von 500 Millionen RM. Hiervon würden von den Gemeinden für die Wohlfahrtsunterstützten 150 Millionen RM aufzubringen sein. Es sei sehr fraglich, ob die Krankenkassen die Beiträge von den Gemeinden hereinbekommen würden. Ein Teil der Gemeinden habe übrigens freiwillig seine Wohlfahrtsunterstützten gegen Krankheit versichert. Es bedürfe also keines Zwanges.

Ministerialrat Dr. Beisiegel

nahm zu einem kommunistischen Antrag Stellung, der die Aufhebung aller unter den Regierungen Müller, Brüning und Papen vorgenommenen Unterstützungs-kürzungen verlangt. Er erklärte, das würde eine neue finanzielle Belastung von vielen 100 Millionen bedeuten. Zu dem Antrag der Sozialdemokraten, die durch die Juni-Notverordnung eingeführte Hilfsbedürftigkeitsprüfung wieder zu beseitigen, erklärte er, daß die Durchführung dieses Vorschlages etwa 60-70 Millionen in bar kosten würde. Der Antrag des Zentrums, der Nationalsozialisten und des Christlichen Volksdienstes, die Dauer der

Aus diesen Tatsachen müssen die Kleinbauern die Lehren ziehen. — Sie müssen erkennen, daß es mit den Junkern keinen gemeinsamen Kampf geben kann, daß die Herrenkaste, die Grafen, Freiherren und das ganze Adelspack so wie in den vergangenen Jahrhunderten auch heute ihr Todfeind ist, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Die Kleinbauernmassen dürfen in ihrer großen Not auf diese demagogischen Volksbetrüger nicht hereinfallen. Ihr einziger und wirklicher Bundesgenosse ist der Arbeiter in der Stadt. Ihm geht es genau so dreckig. Er sucht auch einen Ausweg aus der jetzigen Not und Sklaverei. Dieser Ausweg kann aber nur darin bestehen:

daß Kleinbauer, Land- und Industriearbeiter zusammenstehen müssen im Kampf. Sie müssen gemeinsam die Herrenkaste in Stadt und Land, die Grafen und Industriegewaltigen zum Teufel jagen und sich so wie in Sowjetrußland einen freien Arbeiter- und Bauernstaat schaffen!

durchaus denkbar, daß sie eine solche Verschleppung mit einer energischen Maßnahme verhindern könnte.

Berlin, 20. Januar.

Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit:

In der Aeltestenratssitzung am heutigen Freitag werden die kommunistischen Vertreter fordern, daß als erster Punkt auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Reichstages am 24. Januar die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Regierung Schleicher-Bracht gesetzt wird. Jede Verzögerung einer Entscheidung gegen das Kabinett Schleicher-Bracht, sei es durch Regierungserklärungen, lange Debatten oder parlamentarische Kuhlmanöver, soll durch den Antrag der Kommunisten verhindert werden.

Bei keiner der übrigen Fraktionen des Reichstages dürfte jedoch, wie das Nachrichtenbüro des VDZ aus parlamentarischen Kreisen hört, Neigung bestehen, es vorzeitig zum Konflikt und damit zur Auflösung des Reichstages zu treiben. Man erwartet vielmehr einen Beschluß des Aeltestenrates, zunächst die Regierungserklärung entgegenzunehmen, darauf in die Debatte einzutreten und über die Mißtrauensanträge erst nach Abschluß der politischen Aussprache abzustimmen. Die Haltung der Nationalsozialisten hängt allerdings von dem Ergebnis der noch im Gange befindlichen Besprechungen ab, insbesondere von der Zusicherung des Reichskanzlers, daß er nicht vor Abschluß der Debatte im Reichstag die Parlamentsauflösung vornehmen werde.

versicherungsmäßigen Unterstützung von sechs auf 13 Wochen zu erhöhen, würde etwa 25-30 Millionen kosten.

Nach längerer Aussprache wurde dann einstimmig der sozialdemokratische Antrag angenommen:

„Die durch Verordnung vom 16. Juni 1932 eingeführte Hilfsbedürftigkeitsprüfung für die Gewährung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung wird aufgehoben.“

Einstimmige Annahme fand ferner der gemeinsame Antrag des Zentrums und der Christlich-Sozialen, der die Regierung um

eine einmalige außerordentliche Beihilfe zur Befriedigung dringender Lebensbedürfnisse an alle Empfänger der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung

ersucht, und der Antrag derselben Parteien, die für die Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Sozialversicherung und die Fortsetzung der Mitgliedschaft von den Erwerbslosen zu leistenden Pflichtbeiträge aus öffentlichen Mitteln sicherzustellen, soweit dies nicht schon für die Empfänger der Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung durch die Reichsanstalt geschehe.

Angenommen wurde ferner der sozialdemokratische Antrag, der die Regierung ersucht,

die Lage der Wohlfahrtsunterstützten durch Aufhebung der Rückerstattungs-pflicht zu erleichtern.

Einstimmig angenommen wurde schließlich der gemeinsame Antrag des Zentrums und der Christlich-Sozialen, der die Reichsregierung ersucht,

die Leistungen in der Arbeitslosenversicherung aus den durch die Beiträge aufkommenden Mittel angemessen zu erhöhen.

Auslands-Rundschau

Alwar, 19. Januar.

Die Unruhen sind so gut wie beendet. Die britischen Truppen werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit wieder abziehen.

Belgrad, 19. Januar.

Der Gerichtshof zum Schutze des Staates verurteilte den italienischen Untertan Rink Andronoff sowie den jugoslawischen Untertan Petchar wegen Spionage zugunsten eines Nachbarstaates zu sechs bzw. fünf Jahren Zwangsarbeit. Ein dritter Angeklagter, der jugoslawische Untertan Marco, wurde freigesprochen.

Kowno, 19. Januar.

In dem seit zwei Tagen vor dem Kriegsgericht in Kowno stattfindenden Spionageprozess gegen vier litauische

Reichsbanner weiter für Arbeitsdienst und Wehrsport

Berlin, 19. Januar.

CNB. Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat in seiner Sitzung vom 18. Januar, die mit einer Besichtigung des Wehrsportlagers in Magdeburg verbunden war, die von Bundesführer Höltermann getroffenen einleitenden Maßnahmen zur Durchführung des Wehrsports und des allgemeinen Arbeitsdienstes gebilligt. Wie die Bundespressstelle erklärt, wurde als einmütige Meinung festgestellt, daß

alle verfügbaren Kräfte des Bundes zur Weiterentwicklung und Steigerung der Wehrsportarbeit

zu aktivieren sind. Eine Beteiligung am Reichslaboratorium für Jugendertüchtigung wird unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht für zweckmäßig erachtet.

Imperialistische Scheußlichkeit

Schanghai, 19. Januar.

WTP. Japanische Patrouillen haben auf dem im Kampfbereich an der koreanischen Grenze liegenden Takaschan-Berge 380 chinesische Soldaten erlören aufgefunden. Wie man annimmt, gehörten die Chinesen zu einer Abteilung in Stärke von 400 Mann, die von den japanischen Truppen bedrängt, sich auf den Gipfel des Berges flüchteten, wo sie ihren Verfolgern 14 Tage lang erbitterten Widerstand leisteten. Die Toten hielten die Gewehre noch schußbereit in ihren Armen. „Ordnung herstellen“ nennen die japanischen Militärbestien.

Schwere Zuchthausstrafen gegen britisch-indische Kommunisten

Meerikul (Indien), 19. Januar.

In einem seit mehr als drei Jahren geführten Prozeß wegen revolutionärer Umtriebe gegen drei englische und 28 indische Kommunisten wurde jetzt das Urteil gefällt. Die Engländer erhielten Zuchthausstrafen von 12, 10 und 4 Jahren. Von den indischen Angeklagten wurden drei freigesprochen; einer erhielt lebenslange Zuchthausstrafe, die anderen 4 bis 12 Jahre Zuchthaus.

Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung des SSB

Am Sonntag demonstrierte der Berliner Sozialistische Schutzbund unter Teilnahme der Genossen und Genossinnen der SAP und des SJV zu den Gräbern Karl Liebknachts und Rosa Luxemburgs. In einem straff disziplinierten Zuge, voran die Fahnen und Banner des SSB, der SAP und des SJV, ging es von der Warschauer Straße durch die Frankfurter Allee zum Zentralfriedhof. Diese erste öffentliche Demonstration der Berliner SSB und der SAP zeigte, daß unsere Bewegung in Berlin lebt, allen Anfeindungen zum Trotz. Der Demonstrationzug hinterließ auch bei den Passanten in den Arbeitervierteln, durch die sich der Zug bewegte, einen glänzenden Eindruck.

Am Revolutionsdenkmal wurde ein Kranz niedergelegt und eine kurze Gedenk-Kundgebung abgehalten. Die „Freien Spiel-leute Neukölln“ eröffneten die Kundgebung. Dann rezitierte Genosse George das Gedicht Karl Liebknachts: „Sturm, mein Geselle.“ Genosse Gostowski gedachte in seiner Ansprache der Bedeutung, die Karl und Rosa für das deutsche Proletariat gehabt haben. Er wies auf die entscheidenden Januartage hin und schloß mit dem Gelöbnis, im Geiste von Liebknecht, Luxemburg und Lenin zu kämpfen. Nach einer weiteren Rezitation wurde die Kundgebung mit einem kräftigen „Kampfbereit!“ beendet.

Nach Abschluß der Kundgebung zogen die Genossen im geschlossenen Zuge zur Warschauer Straße zurück, wo die Demonstration ihr Ende fand. Auf dem Hinweg versuchte in der Nähe des Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde ein Trupp uniformierter Nazis, zu provozieren. An der eisernen Disziplin der Demonstranten scheiterte aber dieser Versuch. Die erste Straßenkündigung der Berliner Genossen war also ein voller Erfolg.

Staatsangehörige, die zugunsten Polens Spionage in Litauen betrieben haben sollen, wurde am Mittwoch das Urteil gefällt. Der Leiter dieser Spionagegruppe, der ehemalige Polizei- und Reserve-Offizier Gudeleviczius, wurde zu 13 Jahren die drei anderen Angeklagten zu je 3 bis 8½ Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Montevideo, 19. Januar.

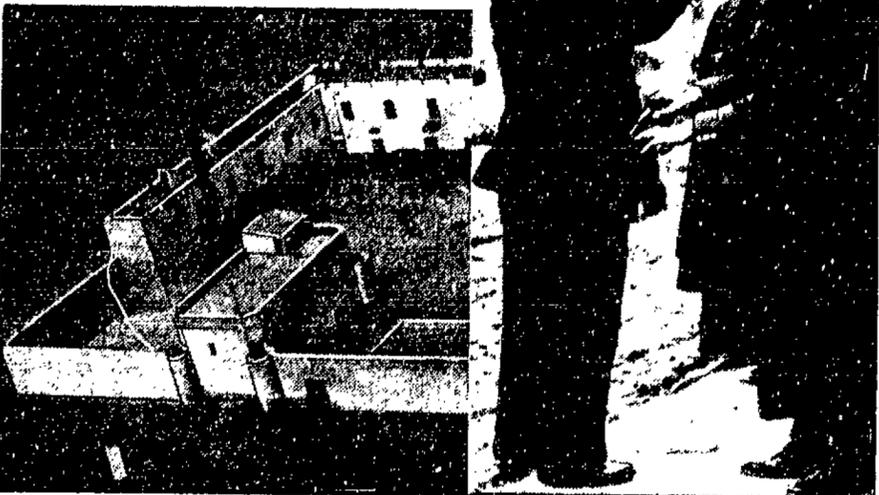
Der Außenminister und der deutsche Gesandte unterzeichneten heute den deutsch-uruguayischen Handelsvertrag.

Warschau, 19. Januar.

Im Budgetausschuß des Sejm erklärte Innenminister Dr. Pieracki, die Regierung werde fortfahren, die kommunistische Propaganda zu unterdrücken.



Die spanischen Noskes sind an der Arbeit. Der Arbeitermord steht auf der Tagesordnung der bürgerlichen Revolution in Spanien. Die Behandlung der proletarischen Gefangenen in den spanischen Gefängnissen ist so unglaublich, daß das Militär eine gewaltige Revolte erst nach schweren Kämpfen zu unterdrücken vermochte.



Auch Spanien hat sein „Golnow“. Unser Bild zeigt das Wüstenort, das unter ständigem Wassermangel leidend von der spanischen Republik als Straffestung für politische Gefangene benutzt wird.

Der Kampf gegen die klassenbewußten Arbeiter in Spanien hat die Formen des weißen Terrors angenommen. Auf offener Straße werden Kommunisten nach Waffen durchsucht. Die Tatsache daß in einer Tasche ein Revolver vorgefunden wurde, genügt zu einer Verurteilung von mehreren Monaten Gefängnis.



Weil es in London einige 100 Tausend notleidende arbeitslose Familien gibt, sieht sich die Londoner Kirchenbehörde zu einer ihren Mitteln entsprechenden „gigantischen“ Hilfsaktion veranlaßt. 250 Familien werden den ganzen Winter hindurch mit Brennmaterial versehen — 250 von vielen Hunderttausenden. Und selbst sie müssen sich noch selbst (wie unser Bild zeigt) das Material nach Hause schaffen. Groß ist die Gnade des Herrn.

Das hat noch grade gefehlt! Während Millionen hungern und Tausende verhungern, haben die Modedamen, die Püppchen der Bourgeoisie nichts anderes zu tun, als sich zweifarbige Lacke Wasserwellen auf ihre leeren Köpfe aufpappen zu lassen.



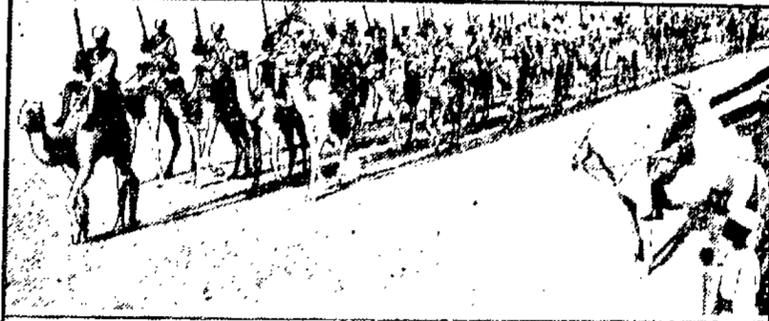
Die Organisation zum Schutz der herrschenden Klasse vor der ausgehungerten Bevölkerung, die Heißarmee, hat in Deutschland einen neuen Kommandeur erhalten. Er wird sich, wie alle seine Vorgänger durch außergewöhnliche Geschäftstüchtigkeit und große Leistungen auf dem Gebiete der Vernebelung der Proletariatsgehirne erhebliche Verdienste um den Fortbestand der Unterdrückung und Ausbeutung in Deutschland erwerben.



Die einen können es seelisch körperliche Ermüdung der Jugend, die anderen Tennis-Club. In Frankreich wird die Jugend unter der harmlosen Bezeichnung „Tennisclub“ militärisch ausgebildet. Andere, uns nicht ganz fern liegende Länder machen es genau so.



Welcher Hut, offener Kragen, Knickerbocker machen das Tacken der Maschinengewehre in keiner Weise ziviler freundlicher. In jeder Formation, im Frack mit weichem Hut, Stahlhelm oder Waffenrock gilt es den imperialistischen Krieg und seine Nutzen hier zu bekämpfen.



Der berühmte Panzerkreuzer A der deutschen Imperialisten und Sozialdemokraten ist fertiggestellt worden. Er wird die „friedliche“ Mission des neu-deutschen Imperialismus ab 1. April zu erfüllen haben. Am gleichen Tage wird der gleichfalls von der Sozialdemokratie tolerierte Panzerkreuzer B vom Stapel laufen.

Die Truppen des englischen Kolonialimperialismus exerzieren in der Wüste. Sie sollen dadurch befähigt werden, noch mehr als bisher die kolonialen Völker zu unterdrücken.



Sie haben es wieder einmal erreicht. Die Kapitalisten haben Extraprofite und die Proleten leben als Maulwürfe in den Schutzengraben und dürfen sich niederknallen lassen. Das zeigt unser Bild vom Kriegsschauplatz in der mandschurischen Provinz Jehol.

Wirtschaft der Woche

Die Vorbereitungen für die Weltwirtschafts-Konferenz

Seit der ersten Januarwoche tagen in Genf die verschiedenen Ausschüsse zur Vorbereitung der nach mehrmaligen Verschiebungen für Juni geplanten Weltwirtschaftskonferenz. Ende des Monats hofft man dann endlich so weit zu sein, um die endgültige Tagesordnung für die Konferenz festsetzen zu können. Bisher ist man sich soweit einig, daß die Fragen der Kriegsschulden und der privaten Schulden, der Währungsstabilisierung und einer besseren Verteilung der Goldvorräte und der internationalen Handelspolitik behandelt werden sollen.

Wie die „Einigung“ über diese Fragen aussieht, mögen folgende Beispiele zeigen: In der Frage der Handelspolitik ist man nach langen Debatten darüber einig geworden, daß das Meistbegünstigungs-System bestehen bleiben soll, daß also alle Zollvorzugsbehandlungen (nicht etwa Zollbefreiungen), die ein Vertragspartner eines Landes genießt, auch den übrigen Vertragspartnern zuteil werden. Daß die Meistbegünstigung aber schon längst zu einer reinen Floskel geworden ist, mit deren Bestand man neue Zollaufschläge auf bestimmte Waren und Kontingentierungen durchaus vereinbaren kann, haben schon erst das ergänzte französisch-deutsche Handelsabkommen wie auch das gegenseitige Vorgehen Deutschlands und Argentiniens gezeigt.

Nachdem Amerika sich jetzt endlich geneigter gezeigt hat, auch die Kriegsschuldenfrage auf der Weltwirtschaftskonferenz erörtern zu lassen, legt sich plötzlich eine so einflußreiche Zeitung wie die Londoner „Times“ dafür ins Zeug, daß die Kriegsschuldenfrage vor der Weltwirtschaftskonferenz bereinigt werde, und zwar so, daß die amerikanischen Kriegsschuldner genau dieselbe Behandlung erfahren, wie Deutschland in Lausanne. Das heißt, daß die Kriegsschulden unter Festsetzung einer erheblich reduzierten Schlusszahlung endgültig gestrichen werden. Der ganze Konflikt, der im Dezember vorigen Jahres vornehmlich von Frankreich heraufbeschworen und nur mühsam beigelegt wurde, wird jetzt, kurz vor der endgültigen Festsetzung der Weltkonferenz, von englischer Seite erneut geschürt.

Das ist natürlich nicht von ungefähr, sondern England ist nach wie vor entschlossen, sich nicht in seine Währungsangelegenheiten hineinziehen zu lassen. Wegen dieser Frage ist man an einer baldigen Weltwirtschaftskonferenz sehr wenig gelegen.

So wird z. B. auch über eine Konferenz der Gouverneure der Zentralnotenbanken der verschiedenen Staaten, die in der Leitung der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel vertreten sind, berichtet, daß die Gouverneure sich in der Frage der Wiederherstellung der Goldwährung „vollkommen einig“ gewesen seien. „Nur“ über den Zeitpunkt der Verwirklichung dieser Wiederherstellung und über das Wie herrschen noch Differenzen und Hindernisse!

Von Seiten des belgischen Zentralbankdirektors Francqui ist wieder dessen alter Vorschlag, einen internationalen Fonds zur Stützung notleidender Länder, besonders der südosteuropäischen Länder, zu schaffen, in den Vordergrund gerückt worden. Ferner soll auf der Weltwirtschaftskonferenz auch die in letzter Zeit immer öfter aufgetauchte Frage erörtert werden, ob man nicht wieder allgemein zum System Doppelwährung, d. h. zur Anerkennung der Silberwährung neben der Goldwährung zurückkehren solle. Dieser Vorschlag geht von den Staaten aus, die große Anlagen in solchen Ländern haben oder (gläubiger solcher Länder sind, in denen heute noch Silberwährung herrscht (z. B. in China). Vor allem sollen auf diese Weise auch die großen Silberhorte, die in Indien lagern, nutzbar gemacht werden.

Die Verhandlungen in Genf haben, wie wir das von der ganzen Weltwirtschaftskonferenz schon längst vorausgesehen haben, die imperialistischen Gegner in Wirklichkeit noch keinen Schritt näher gebracht, geschweige denn Vorschläge einer ernsthaften Lösung der Weltwirtschaftskrise zutage gefördert.

Stillhalte-Konferenz Ende Januar

Am 30. Januar soll in Berlin eine offizielle Konferenz darüber entscheiden, ob die seinerzeit nach dem Bankenkraus an Deutschland gewährte „Stillhaltung“, d. h. der Aufschub des größten Teiles seiner fälligen kurzfristigen Auslandsschulden, ebenso wie im vorigen Jahre nochmals verlängert wird oder nicht.

Nachdem man im vorigen Jahre sieben Wochen (!) verhandelte, ehe eine Einigung über diese Frage erzielt worden war, hat man in diesem Jahre noch vor der offiziell festgelegten Berliner Konferenz eine Vorbesprechung in London abgehalten, und zwar in der vergangenen Woche.

Alle Beteiligten sind sich im Grunde darüber klar, daß auch fernerhin die Stillhaltung für Deutschland verlängert werden muß, weil sonst auch die deutsche Währung aufs äußerste gefährdet wird und damit nicht nur die deutschen, sondern auch die große Zahl der ausländischen Kapitalisten und Regierungen, die in Deutschland Kapital angelegt haben, oder die aus Deutschland Anleihen und Anleihezeihen zurück zu erhalten haben, in die größten Schwierigkeiten geraten. Auf der Londoner Konferenz traten jedoch Differenzen auf in der Frage, ob der Umfang des Stillhalteabkommens nicht verkleinert, und ob der Satz der auch während des Stillhalteabkommens zu zahlenden Zin-

sen vermindert werden soll. Vor allem Holland und die Schweiz haben sich energisch gegen die von Deutschland geforderte Zinsreduzierung ausgesprochen, während die Vereinigten Staaten, die in London nur als Beobachter anwesend waren, besonderes Gewicht auf die Verringerung der unter die Stillhaltung fallenden Summen legen. Amerika will hiermit ein Argument gegenüber seinen Kriegsschuldnern gewinnen, die sich bei ihren Schuldennachlass-Forderungen stets auf die an Deutschland gewährten Moratorien und Schuldenerleichterungen berufen.

In den genannten Tagen wurde in London keine Einigung erzielt. Sie stehen auf der Berliner Konferenz also trotz aller „Vorbereitungen“ erneut zur Debatte.

Politik der Woche

Kampf um die Sozialversicherung

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen zur Beseitigung von Härten in den Notverordnungen über die Sozialversicherung und die Wohlfahrtspflege. Einleitend gab der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup einen

Ueberblick über den Stand der Sozialversicherung.

Es sei, so behauptete der Minister, gelungen, wenigstens den Kern aller Versicherungsweize zu erhalten. Große Sorgen bereite die Invalidenversicherung, die ihr Vermögen habe angreifen müssen, und auch die Knappschaftsversicherung, die einen Fehlbetrag aufweise. In der Arbeitslosenhilfe dränge alles nach einer Vereinheitlichung. Die Reichsregierung werde in den nächsten Tagen ihre Entscheidungen darüber treffen. Nach seiner Ueberzeugung, so schloß der Minister, könne man die Arbeitsvermittlung nicht von der Arbeitslosenhilfe trennen.

Der Ausschuss trat dann in eine Aussprache über die Arbeitslosenhilfe ein.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Brauns wies darauf hin, daß Bestrebungen im Gange seien, die ganze Arbeitslosenhilfe in der Weise zu vereinheitlichen, daß die Versicherung beseitigt werde.

Praktisch sei die Arbeitslosenversicherung ja beinahe aufgehoben.

Wenn man jetzt ein so wichtiges Recht der Arbeiterschaft wie den Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung beseitigt, so öffne man dem Radikalismus Tür und Tor.

Für die Sozialdemokratie sprachen die Abgeordnete Luise Schröder und Aufhäuser gegen die Zerstörung der Rechtsgrundlage der Arbeitslosenversicherung. Der kommunistische Abgeordnete Radel forderte ausreichende Versorgung aller Arbeitslosen und lehnte jede Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Versicherten ab.

Auch die Redner der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen erklärten sich mit Rücksicht auf ihre Wähler, für die Erhaltung der Sozialversicherung. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Grabmann faßte die Aussprache zusammen in der Bemerkung, aus den heutigen Verhandlungen werde das Kabinett den Schluss ziehen müssen, daß ein Sturm der Empörung durch alle Parteien gehe.

Unter Ablehnung eines weitergehenden sozialdemokratischen Antrages wurde folgender gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Christlich-sozialen und der Nationalsozialisten angenommen:

„Bei den Maßnahmen zur Sicherstellung einer geordneten Arbeitslosenhilfe ist unter allen Umständen der grundsätzliche Charakter einer selbständigen Arbeitslosenversicherung sowie auch eine organische Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Arbeitsvermittlung aufrecht zu erhalten.“

Bei der Abstimmung über diesen Antrag übten die Deutschnationalen Stimmenenthaltung mit der Begründung, daß sie ihre Entscheidung nicht treffen wollten, ohne die genauen Absichten der Regierung zu kennen.

Im Ausschuss haben sich also nahezu alle Parteien für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Trotzdem muß sich die Arbeiterschaft über den Ernst der Situation klar sein. Die Gefahren, die den letzten Resten der Sozialversicherung drohen, werden nicht durch eine parlamentarische Abwehrfront von den Nazis bis zur KPD, sondern nur durch die außerparlamentarische Einheitfront des klussenbewußten Proletariats abgewehrt werden.

Kampf gegen Luftschuttschwindel soll Landesverrat sein!

CNB. Das Münchener Friedenskartell hat unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Quidde eine Kundgebung abgehalten, die sich in erster Linie gegen die Schaffung eines Luftschuttschwandels wandte. Die Polizei hoffte, da man mit Störungsversuchen rechnete, vor dem Saal eine scharfe Kontrolle durchgeführt. Der Bayerische Kriegerbund teilte nun mit, daß er gegen die Abhaltung dieser Versammlung beim Münchener

Abbruch der deutsch-schwedischen Handels-Vertrags-Verhandlungen

Unter dem Druck der Großagrarien hatte die deutsche Regierung den am 15. Februar ablaufenden Handelsvertrag mit Schweden gekündigt und jetzt bei den Verhandlungen so gewirkt, daß die schwedische Delegation unvollständiger Sache abreiste und die schwedische Regierung ein weiteres Verhandeln für zwecklos erklärte.

Der Streit ging vor allem darum, daß die deutsche Regierung unter keinen Um-

ständen neue Zollbindungen für Speck, Schmalz, Fische und Schnitzholz eingehen, sondern daß sie hier — im Interesse der Großgrundbesitzer und auf Kosten der breiten Massen — freie Bahn für immer neue, willkürliche Zollerhöhungen behalten will. Dieses Verhalten ist gerade im gegenwärtigen Augenblick von den schwerwiegendsten Folgen, weil England alle Anstrengungen macht, für dieselben Waren, die Deutschland nach Schweden ausführt, den schwedischen Markt zu erobern. Zudem verhandelt Schweden zur Zeit auch gerade mit England über den Abschluß eines Handelsvertrages und ist natürlich angesichts der Haltung der deutschen Regierung um so eher zu einem Entgegenkommen gegenüber den englischen Wünschen geneigt.

Bisher deckte Deutschland ca. ein Drittel der gesamten schwedischen Einfuhr; Schweden stand im letzten Jahre an 7. Stelle der deutschen Ausfuhrländer. Aber das alles spielt keine Rolle, wenn die Junker anderes fordern!

Der Teil der Industriellen, die eine starke Ausfuhr nach Schweden zu verzeichnen haben, übt Kritik an der Haltung der deutschen Unterhändler und der Regierung. Die werktätigen Massen stehen deshalb natürlich nicht in einer Front mit diesen Industriellen, die ihnen an anderer Stelle ebenfalls die schlimmsten Lasten aufbürden. Sie müssen, auf sich selbst gestellt, gegen jede Vertreibung solch wichtiger Nahrungsmittel wie Speck und Schmalz und des Holzes den Kampf aufnehmen. Die wirksamste Abwehr bleibt dabei die Organisierung von Lohnkämpfen.

Kohlen-Verhandlungen mit England

Mitte Januar wurden die über Weihnachten vertagten deutsch-englischen Verhandlungen fortgesetzt, bei denen vor allem die Frage der englischen Kohleneinfuhr nach Deutschland eine Rolle spielte.

Die endgültige Festsetzung der einzuführenden Mengen — es handelt sich um eine solche Kontingentierungsfrage — ist auch jetzt noch nicht erfolgt. Die offiziellen Mitteilungen über diese Konferenz besagen lediglich, daß schließlich eine Einigung über die Berechnungsgrundlage für die Kontingentierung erzielt wurde. Die Verhandlungen sollen später in Berlin fortgesetzt werden, wo dann auch Belgien und Frankreich vertreten sein sollen, die ihrerseits Kontingentierungsvereinbarungen mit Deutschland über die gegenseitige Kohleneinfuhr getroffen haben.

Der ganze internationale „Kohlenfriede“, über den verschiedene bürgerliche Zeitungen etwas voreilig schreiben, wird — wie bei allen diesen Vereinbarungen — in die Brüche gehen, sobald einer der Vertragspartner die Lage für sich genügend günstig glaubt. Das hat sich insbesondere noch jedesmal gezeigt, wenn die Bergarbeiter eines Landes streikten. Man braucht nur an die deutschen Kohlenlieferungen anlässlich des englischen Bergarbeiterkampfes im Jahre 1926 zurück zu denken — und an die Rolle der deutschen Bergarbeiterverbandsführer.

Zu viel Schweine

Aber die Arbeitslosen hungern!

Aehnlich wie die deutsche Regierung Getreide aufkauft und aufspeichert, nur um im Interesse der Großagrarien die Preise hochzuhalten, so hat jetzt die holländische Regierung zur Stützung der Schweinepreise einen staatlichen Schweineaufkaufer eingerichtet.

Da man dabei berechnete, daß eine Mästung und spätere Schlachtung dieser „überflüssigen“ Schweine mit Regierungsgeldern sehr kostspielig ist und sich nicht rentiert, so ist jemand auf den schlaunen Gedanken gekommen, die Schweine doch lieber — ähnlich dem Kaffee in Brasilien — zu vernichten. Lediglich die Stadt Amsterdam hat zunächst einmal beschlossen, dann doch lieber den auch in Holland vorhandenen Arbeitslosen verbilligtes Schweinefleisch zu liefern. Da das aber Kosten verursacht, so soll das zunächst nur ein Versuch sein, von dem auch die Stadt Amsterdam gegebenenfalls bald wieder abgehen wird.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt diesen Bericht im Tone der Glossierung und Empörung über ein solches Vorgehen der holländischen Regierung. Die „DAZ“ hätte die geringste Ursache zum Naserümpfen; sie sollte sich lieber umsehen, wie es bei uns in Deutschland zugeht.

Beilegung des englisch-persischen Oelkonflikts

Der Konflikt zwischen der persischen Regierung und der der englischen Regierung nahestehenden, in Persien bohrenden Anglo-Persian Oil Co., über den wir mehrfach berichteten, ist jetzt auf friedlichem Wege beigelegt worden. Die Anglo-Persian Oil Co. hat sich bei den direkten Verhandlungen, die jetzt in der persischen Hauptstadt Teheran stattgefunden haben, bereit erklärt, der persischen Regierung größere Abgaben als bisher zu gewähren. Wie verlautet, erhält die persische Regierung außer der Festlegung einer höheren Beteiligungsquote in einem neuen Verträge auch noch eine Anleihe von 2 Mill. Goldpfund.

Die englische Regierung hat alles Interesse daran, ihre Bohrungen in Persien ungestört fortsetzen zu können. Außerdem spielen sicherlich auch Erwägungen einer stärkeren politischen Bindung Persiens bei der Gewährung der englischerseits zuerst so entristet zurückgewiesenen persischen Forderungen mit.

Das Hornberger Schießen

WTB. Zu Beginn der Nachmittagsitzung der Internationalen Konferenz über die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, in der man die allgemeine Aussprache zu Ende führte, wurde der Text der Entscheidung bekanntgegeben, mit der die Behandlung der Frage der Arbeitszeitverkürzung von der allgemeinen Aussprache in die Spezialdebatte übergeleitet werden soll. Die Entscheidung vermeidet jede Festlegung im einzelnen. Die Entscheidung, die vom Internationalen Arbeitsamt vorbereitet wurde, ist im Namen der Regierungen Frankreichs, Belgiens, Hollands, Spaniens, Chiles, Deutschlands und Italiens eingebracht worden. Von den Regierungen haben sich England und Portugal dagegen ausgesprochen, Indien und Japan enthielten sich der Stimme.

Wie wir voraussagten, ist die ganze Komödie ausgelaufen wie das berühmte Hornberger Schießen, das heißt es ist nichts, aber auch schon rein gar nichts für die Arbeiter herausgekommen. — Die Befreiung der Arbeiter kann eben nur das Werk der Arbeiter selbst sein, wie uns Marx schon vor 85 Jahren lehrte.

Acht Tage in der KPD

Plauen i. V. (Eigene Meldung der SAZ).

Wie wir bereits meldeten, traten in Plauen i. V. zwei Funktionäre des Gesamtverbandes, Mitglieder der SAP, vor wenigen Tagen zur KPD über. In der KPD-Pressen erschien mit ihren Unterschriften — Mädlar und Richter — eine Erklärung, in der aller KPD-Unsinn auf einem Haufen zu finden ist. Aber die Drucker-schwärze auf dem Papier war noch nicht trocken, da erklärten die Beiden schon: die Erklärung ist eine Fälschung, unsere Erklärung haben Janka und Mildienstrey (die KPD-Strategen) unterschlagen und dafür eine nach ihrem Rezept zusammengebräut, und die dazugehörigen Unterschriften gefälscht. Knapp eine Woche waren die beiden KPD-Mitglieder. Dann traten sie aus, weil nach ihren Angaben von ihnen die Vorbereitung der Gewerkschaftsspal-tung verlangt worden sei und — weil man ihnen nicht recht traute — ein Parteioberwachungskommissar über sie gesetzt wurde.

„Es würde nicht verstanden und wir würden uns selbst verachten müssen, würden wir zum willenlosen Werkzeug und zu Lakaien der KPD-Bürokratie herabstinken,“ erklärten sie.

Die Plauener SPD-Pressen und Gewerkschaftsbürokratie saugt reichlich Honig aus dem Fall. Er kommt ihr zu Recht, um gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung zu Felde zu ziehen.

Dies ist wieder ein lebendiger Beweis dafür, wie konterrevolutionär die Politik der KPD ist, wie sie zum Bundesgenossen der SPD wird und wie notwendig der Aufbau einer wirklich revolutionären Partei ist.

stände, neue Zollbindungen für Speck, Schmalz, Fische und Schnitzholz eingehen, sondern daß sie hier — im Interesse der Großgrundbesitzer und auf Kosten der breiten Massen — freie Bahn für immer neue, willkürliche Zollerhöhungen behalten will. Dieses Verhalten ist gerade im gegenwärtigen Augenblick von den schwerwiegendsten Folgen, weil England alle Anstrengungen macht, für dieselben Waren, die Deutschland nach Schweden ausführt, den schwedischen Markt zu erobern. Zudem verhandelt Schweden zur Zeit auch gerade mit England über den Abschluß eines Handelsvertrages und ist natürlich angesichts der Haltung der deutschen Regierung um so eher zu einem Entgegenkommen gegenüber den englischen Wünschen geneigt.

Bisher deckte Deutschland ca. ein Drittel der gesamten schwedischen Einfuhr; Schweden stand im letzten Jahre an 7. Stelle der deutschen Ausfuhrländer. Aber das alles spielt keine Rolle, wenn die Junker anderes fordern!

Der Teil der Industriellen, die eine starke Ausfuhr nach Schweden zu verzeichnen haben, übt Kritik an der Haltung der deutschen Unterhändler und der Regierung. Die werktätigen Massen stehen deshalb natürlich nicht in einer Front mit diesen Industriellen, die ihnen an anderer Stelle ebenfalls die schlimmsten Lasten aufbürden. Sie müssen, auf sich selbst gestellt, gegen jede Vertreibung solch wichtiger Nahrungsmittel wie Speck und Schmalz und des Holzes den Kampf aufnehmen. Die wirksamste Abwehr bleibt dabei die Organisierung von Lohnkämpfen.

Kohlen-Verhandlungen mit England

Mitte Januar wurden die über Weihnachten vertagten deutsch-englischen Verhandlungen fortgesetzt, bei denen vor allem die Frage der englischen Kohleneinfuhr nach Deutschland eine Rolle spielte.

Die endgültige Festsetzung der einzuführenden Mengen — es handelt sich um eine solche Kontingentierungsfrage — ist auch jetzt noch nicht erfolgt. Die offiziellen Mitteilungen über diese Konferenz besagen lediglich, daß schließlich eine Einigung über die Berechnungsgrundlage für die Kontingentierung erzielt wurde. Die Verhandlungen sollen später in Berlin fortgesetzt werden, wo dann auch Belgien und Frankreich vertreten sein sollen, die ihrerseits Kontingentierungsvereinbarungen mit Deutschland über die gegenseitige Kohleneinfuhr getroffen haben.

Der ganze internationale „Kohlenfriede“, über den verschiedene bürgerliche Zeitungen etwas voreilig schreiben, wird — wie bei allen diesen Vereinbarungen — in die Brüche gehen, sobald einer der Vertragspartner die Lage für sich genügend günstig glaubt. Das hat sich insbesondere noch jedesmal gezeigt, wenn die Bergarbeiter eines Landes streikten. Man braucht nur an die deutschen Kohlenlieferungen anlässlich des englischen Bergarbeiterkampfes im Jahre 1926 zurück zu denken — und an die Rolle der deutschen Bergarbeiterverbandsführer.

Zu viel Schweine

Aber die Arbeitslosen hungern!

Aehnlich wie die deutsche Regierung Getreide aufkauft und aufspeichert, nur um im Interesse der Großagrarien die Preise hochzuhalten, so hat jetzt die holländische Regierung zur Stützung der Schweinepreise einen staatlichen Schweineaufkaufer eingerichtet.

Da man dabei berechnete, daß eine Mästung und spätere Schlachtung dieser „überflüssigen“ Schweine mit Regierungsgeldern sehr kostspielig ist und sich nicht rentiert, so ist jemand auf den schlaunen Gedanken gekommen, die Schweine doch lieber — ähnlich dem Kaffee in Brasilien — zu vernichten. Lediglich die Stadt Amsterdam hat zunächst einmal beschlossen, dann doch lieber den auch in Holland vorhandenen Arbeitslosen verbilligtes Schweinefleisch zu liefern. Da das aber Kosten verursacht, so soll das zunächst nur ein Versuch sein, von dem auch die Stadt Amsterdam gegebenenfalls bald wieder abgehen wird.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt diesen Bericht im Tone der Glossierung und Empörung über ein solches Vorgehen der holländischen Regierung. Die „DAZ“ hätte die geringste Ursache zum Naserümpfen; sie sollte sich lieber umsehen, wie es bei uns in Deutschland zugeht.

Beilegung des englisch-persischen Oelkonflikts

Der Konflikt zwischen der persischen Regierung und der der englischen Regierung nahestehenden, in Persien bohrenden Anglo-Persian Oil Co., über den wir mehrfach berichteten, ist jetzt auf friedlichem Wege beigelegt worden. Die Anglo-Persian Oil Co. hat sich bei den direkten Verhandlungen, die jetzt in der persischen Hauptstadt Teheran stattgefunden haben, bereit erklärt, der persischen Regierung größere Abgaben als bisher zu gewähren. Wie verlautet, erhält die persische Regierung außer der Festlegung einer höheren Beteiligungsquote in einem neuen Verträge auch noch eine Anleihe von 2 Mill. Goldpfund.

Die englische Regierung hat alles Interesse daran, ihre Bohrungen in Persien ungestört fortsetzen zu können. Außerdem spielen sicherlich auch Erwägungen einer stärkeren politischen Bindung Persiens bei der Gewährung der englischerseits zuerst so entristet zurückgewiesenen persischen Forderungen mit.

Werbt Abonnenten

Landbunditen

Von Erich Weinert

Die Jagertütel und die Jagertoppen,
Die tügen überall in Permanenz,
Wo sie bei ausgehntem Dämmererschoppen
Das angewachsene Defizit verkloppen,
Und kämpfen laut um ihre Existenz.

Was hat denn die Regierung bloß getan,
Dah sie auf einmal so mit Kerke werfen?
Will sie vielleicht den Steuerdruck verschärfen?
Ach nein, sie wollte bloß ein Pfandrecht hand
Und da verliert der dickste Mann die Nerven.

Wo es sich dreht um angestammte Rechte,
Da nuchen auch die braunen Hemden mit
Der deutsche Gott will keine Zinsen knechtel
Und so marschieren man denn in Schutt und
Tritt

Für den bedingungslosen Reichskredit
Gewaltig drang die Grafenstimme Kolckreuths
In jedes aufgewählte Landwirtschitz.
Der braune Saalschutz stand um ihn wie Erz.
Auf jeder Joppe hegte das Metallkreuz,
Auf jedem Jagerhut der Birkhahnterstz.

Dann stieg ein Schwur. Es war ein schönes
Bild
Und sollte die Präsenz der braunen Hemden
Bei diesem Aufmarsch jugendwun befremden
(Weil der doch kaum dem Sozialismus gilt),
So sei ihm hier der tiefe Grund enthüllt:

Beim kleinen Bauern ist ja nichts zu erben;
Dem klebt doch schon der Kuckuck auf dem
Mist
Doch die verdienen, ohne zu erwerben,
Die großen Bäuche läßt man nicht verderben,
Weil man ja am Geschäft beteiligt ist!

Wo kriegen sonst die edlen Reichsneurer
Das nötige Kleingeld in den Kassenschrank?
Und wird demnächst der deutsche Käse teurer:
Den braunen Landbunditen sage Dank!
Der Käse hat noch einen Nachgestank.

Bevor dich diese Zeile Freund erreichen,
Wird das Gewitter schon bereinigt sein.
Man wird die alte Forderung begleichen!
Im Deutschen Reiche geht nichts über Leichen!
Und diese Meinung gilt wohl allgemein!

Wirtschaftsnot treibt in den Tod

Breslau, 19. Januar

In ihrer Wohnung in der Viktoriastraße
wurde die 73-jährige Rentnerin Marta F. tot
aufgefunden. Sie hatte Selbstmord verübt.
Wirtschaftliche Not hat sie zu diesem
Schritt veranlaßt.

Hindenburg, 19. Januar.

Auf der Kronprinzenstraße warf sich ein
Mann vor einen Straßenbahnwagen. Der
Wagenführer konnte noch rechtzeitig bremsen,
so daß der Lebensmüde, der nur noch 15 cm
von den Rädern des Wagens entfernt lag, un-
verletzt geborgen werden konnte.

Der Mut scheint zu fehlen Vorlesung wieder einmal verschoben

Breslau, 19. Januar.

Die Pressestelle der Universität Breslau
teilt mit:

„Die von uns angekündigten Besprechun-
gen zwischen Dozenten aller Fakultäten und
Vertretern der verschiedenen Gruppen und
Verbände der Studentenschaft haben am
Donnerstag vormittag stattgefunden. Da die

Achtung! Elektriker!

Wichtige Branchenversammlung
am Sonnabend, den 21. Jan., 19.30 Uhr,
im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Schiffbauer!

Sonnabend, den 21. Januar, 19.30 Uhr,
im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses.

studentischen Vertreter auf Grund dieser
Aussprache eine Fühlungnahme mit ihren
Gruppen für notwendig hielten, kam man
dahin überein, die Besprechungen auf Mon-
tag zu verlegen. Bei dieser Lage hat Herr
Professor Dr. Cohn, dem Wunsche der Do-
zenten und Studenten entsprechend, sich
entschlossen, seine Vorlesungen am kom-
menden Freitag und Montag nicht abzu-
halten.

Über sechs Wochen tot in der Wohnung gelegen

Militsch, 19. Januar.

In Prausnitz wurde der frühere Drogerie-
besitzer Martin Völk, der seit einiger Zeit
von seiner Frau getrennt lebte, in seiner
Wohnung tot aufgefunden. Da die Nachbar-
schaft lange Zeit nichts mehr von ihm gehört
hatte, schöpfte man Verdacht und benachrichtig-
te den in Breslau wohnenden Sohn, der
die Öffnung der Wohnung durch die Polizei
veranlaßte. Nach dem ärztlichen Befund kann
der Tod vor sechs bis sieben Wochen erfolgt
sein. Die genaue Todesursache steht noch
nicht fest; man vermutet Selbstmord durch
Vergiftung.

Erfroren aufgefunden

Gleiwitz, 19. Januar.

Bei Lubek wurde der Bettler Josef Paw-
letta aus Jaschkowitz erfroren aufgefunden.
Seine Leiche war auf einem Ackerstück fest
in die Erde eingefroren und muß schon län-
gere Zeit dort gelegen haben.

Blaue Bohnen für Erwerbslose

Ratibor, 19. Januar

Bürgerliche Blätter melden: Die Kommuni-
sten hollen am heutigen Markttag aus
dem Kreise Ratibor und zum Teil aus dem
Kreise Leobschütz die Erwerbslosen zu-
sammenberufen, welche in einer Stärke
von über 2000 Mann vor dem Land-
ratsamt demonstrieren. Da die Demonst-
ranten die Passanten belästigten und mehrere
Schaufensterscheiben einschlugen, schritt die
Schutzpolizei mit dem Gummiknüppel ein.
Darauf wurden mehrere Polizeibeamte von
Demonstranten zu Boden geworfen und miß-
handelt.

Die Polizeigabe einige Schreck-
schüsse ab;

aber erst, als Verstärkung eingetroffen war,
gelang es, die Demonstranten vom Land-
ratsamt abzurängen. Diese zogen nunmehr
nach dem Ring, der von der Schutzpolizei

abgeriegelt wurde. Die Demonstranten
wurden in die Nebenstraßen gedrängt.

Die Schuld der Demonstranten wird hier
— wie immer in der Klassenpresse — den
Demonstranten zugeschoben. Wie oft aber
die Polizei durch ihr provozierendes Auf-
treten schuld ist, das wird verschwiegen.

Jedenfalls, das ist der „Weisheit letzter
Schluß“ des Bürgerturns. Blaue Bohnen
gegen Erwerbslose

150 Proleten auf die Straße gesetzt

Schweidnitz, 19. Januar.

Die Vereinigten Schlesienschen Granitwerke
in Ströbel haben der gesamten Belegschaft
von rund 150 Mann die Kündigung überreicht.
Die Maßnahme ist vermutlich auf Anfrags-
mangel zurückzuführen.

Schleicher-Phantasien bei der KPD

„SAP für Schleicherkurs.“ So lautet die
zweispaltige Überschrift eines am Montag,
den 16. Januar, erschienenen Artikels in der
„Arbeiterzeitung“, dem schlesischen KPD-
Organ. Daß die „AZ“ allerlei Unsinn zusam-
menschreibt, ist hinlänglich bekannt. Aber,
so mag der „AZ“-Leser gedacht haben, die
„SAP für Schleicherkurs“, zu dieser Über-
schrift muß doch eine ganz besonders tolle
Sache der SAP Anlaß gegeben haben.

Ist am Ende doch die SAP in Front derer
eingeschwenkt, die den „sozialen“ General
Schleicher, die Regierung des Kapitals und
Junkerdictatur, tolerieren?

Ach nein. Es handelt sich um den Bericht
der „AZ“ über die letzte Mitgliederversam-
mlung des Holzarbeiterverbandes Bres-
lau, von der wir in der „SAZ“ vom 14. Jan-
uar berichteten. Ein „Kommunist“, der stets
zu „tapfer“ ist, in den Holzarbeiterversam-
mlungen auch nur ein Wort zu sagen, übt da
„revolutionäre“ Kritik. Einleitend erwähnt er
die Ehrung der Jubilare in dieser Versam-
mlung. Der KPD-„Revolutionär“ vermühte hier
— das „Eisbein mit Sauerkohl“, denn — so
schreibt er empört — „diese Kollegen wurden
durch ein Stück Papier, genannt Diplom, ge-
ehrt... Es langte nicht dazu, diesen Kollegen
eine kleine Anerkennung zu gewähren.“ Wir
„Sozialfaschisten“ haben allerdings für diese
„Eisbein-Revolution“ kein Verständnis.

Dann kommt die Hauptsache. Die SAP-
Kollegen haben das schleicherische Ver-
brechen begangen und für den zweiten 10-
Pfennig-Arbeitslosen-Beitrag pro Monat ge-
stimmt. Sie haben dabei aber gleichzeitig
durchgesetzt, daß die Mitbestimmungs-
rechte der arbeitslosen Kollegen
im Verband erheblich erweitert wurden.
Unsere Genossen haben für den Beitrag ge-
stimmt, weil sonst — bei der 90-prozentigen
Arbeitslosigkeit im Verband — die Zahlstelle
einfach wegen Mangel an den notwendigsten
Mitteln zugrunde gehen müßte. Wir sind für
größte Sparsamkeit, aber wir wollen nicht
die Gewerkschaften vernichten, sondern sie
erhalten und stärken. Unser Kampf
innerhalb des Verbandes richtet sich gegen
den Reformismus, gegen die Politik der
Leipart, Tarnow, Kuntke und für den
Klassenkampf. Daß wir mit unseren Ar-
gumenten die Kollegen überzeugt haben, muß
die „Arbeiterzeitung“ selbst zugeben, denn
nach ihrer eigenen Angabe stimmten von den
300 Anwesenden nur 7 dagegen.

Der große „Schlager“ der „AZ“ aber ist:
„Die Sapler retten den Bonzen Kuntke.“
Wieso, warum? Hätte es sich um die Er-
setzung Kuntkes durch einen revolutionären
Kollegen gehandelt, dann hätten die SAP-
Kollegen selbstverständlich gegen Kuntke ge-
stimmt. Aber nicht darum ging es.
Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Im Breslauer Holzarbeiterverband sind von
früher sechs Angestellten noch zwei übrig-
geblieben und auch die erhalten nur noch ein
um fast auf ein Drittel gekürztes Gehalt. Die
Arbeit kann aber unmöglich von einem
Angestellten geleistet werden. Da stellte nun
der SPD-Mann Miemitz den Antrag auf
Kündigung des 1. Bevollmächtigten Kuntke.
Um das zu verstehen, muß man wissen:

Wer ist Miemitz?

Ein Reformist übelster Sorte.
Wenn es früher in der SPD eine Schandtat
gegen den linken Flügel zu verrichten galt,
Miemitz war immer dabei. Er ist der getreue
Fidolin der Busch, Wirsich, Macho
usw. Für gute Dienste darf er sich dann mit
an den „großen Bonzen“ im Gewerkschafts-
haus setzen und seinen Schoppen
trinken. Außerdem ist er ständiger Posten-
bewerber, bis jetzt zwar erfolglos. Hier
dachte er nun: Jetzt oder nie, weg mit Kuntke,
damit ich mich hinsetze. Darauf sind unsere
Genossen allerdings nicht hereingefallen. Sie
haben diesen Antrag eines üben Posten-
jägers nicht unterstützt. Gerade wir SAP-
Mitglieder kennen Miemitz aus unserer SPD-
Zeit her sehr genau. Es ist bekannt, daß
Miemitz von jeher von der ganzen Versam-
mlung, ohne Unterschied der Parteizugehörig-
keit, immer ausgelacht wird, wenn er spricht.
Das ist nun der Held der Arbeiterzeitung!
Und wir, weil wir die persönliche Intrige

dieses Helden ablehnten, sind — „für den
Schleicherkurs“!

Kommunistische Holzarbeiter! Wir wissen,
daß ihr den gemeinen Schimpfartikel nicht
billigt. Ihr wollt mit uns gemeinsam gegen
den jetzigen Gewerkschaftskurs kämpfen. Da-
zu und vor allem zum gemeinsamen Kampf
gegen unsere Klassengegner reichen wir euch
kommunistischen Holzarbeitern stets unsere
Hand. Wir müssen gemeinsam kämpfen, dann
werden wir auch siegen.

Bauhilfsarbeiter- Versammlung

In Anwesenheit von ungefähr 250 Kollegen
eröffnete Kollege Kuntke die General-
versammlung der Breslauer Fachgruppe
der Bauhilfsarbeiter. Als erstes wurde der be-
kannte Lichtbildvortrag über USA gehalten.
An den begleitenden Worten merkte man, daß
sich die Gewerkschaftsführer lieber nach dem
kapitalistischen Amerika orientierten, als nach
dem sich im Aufbau befindlichen sozialisti-
schen Rußland. Der Kollege sagte u. a.:
„In Amerika sind die Grenzen für Jedermann
offen, während Rußland nicht so von der All-
gemeinheit brachtet würde (II), und auch der-
jenige, der dem roten Diktator nicht
angenehm wäre, gar nicht hinein dürfe. Die
großen wirtschaftlichen Probleme würden
hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet (II).“

Nach dem mit eisiger Ruhe aufgenom-
menen Vortrag gab Koll. Kuntke den Ge-
schäftsbericht. Mit einem Mitglieder-
stand von 3980 im letzten Quartal 1931 gingen
wir in das Geschäftsjahr 1932. Der Stand der
Mitglieder ging von Quartal zu Quartal
herunter, bis wir im letzten Quartal 1932 noch
3015 Mitglieder zählen konnten. Das bedeutet
einen Verlust von 23,4 Prozent. Die Arbeits-
losigkeit war geradezu verheerend. Im ersten
Quartal waren 96 Prozent arbeitslos, im
zweiten 93,4 Prozent, im dritten 82,8 Prozent

Am Lautsprecher

Vom 22. bis 28. Januar:

Sonntag: 6.35: Hafenkonzert. 8.15: Morgen-
konzert. 9.00: Ratgeber am Sonntag. 12.00: Mittags-
konzert. 14.00: Mittagsberichte. 14.10: Unsere al-
teutschen Briefmarken. 14.30: Friedrich Probel, der
Lehrer der Mütter. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Unter-
haltungskonzert. 18.00: Der Zeitdienst berichtet.
18.30: Kleine Violinmusik. 19.00: In welchem Jahre
leben wir? 20.00: Verdi — Puccini. 20.50: Bunter
Abend. 21.15: Musik für Holzbläser und Klavier.
21.30: Deutsche Musik. 22.30: Wiener Künstler für
die Winterhilfe.

Montag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgen-
konzert. 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen. 10.10:
Schulfunk für Volksschulen. 11.30: Schloßkonzert.
13.05: Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 15.40:
Das Buch des Tages. 16.00: Die Umchau: Historische
Verlagshäuser. 16.20: Unterhaltungskonzert. 17.30:
Technische Hebersicht. 17.55: Berichte aus dem
geistigen Leben. 18.15: Fünfundzwanzig Minuten
Englisch. 18.40: Der Zeitdienst berichtet. 19.00:
Das Eheleben bei Stöckling und Bitterling. 19.30:
Abendmusik. 20.10: Du bist Orplid, mein Land.
21.10: Mendellienkonzert. 22.30: Funktechnischer
Briefkasten.

Bastler! Einzelteile, Rundfunkgeräte Elektra-Radio

nach wie
vor, nur
im Knick der Nikolaistr. 18/19, keine Filialen. — Teilzahlung.

Dienstag: 6.15: Funkgymn. 6.35: Morgenkonz.
10.10: Schulfunk für höhere Schulen. 11.30: Für die
Landwirtschaft: Vom Viehkauf. 11.50: Konzert. 13.05:
Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 15.40:
Kinderfunk. 16.10: Konzert. 17.00: Unterhaltungs-
konzert. 17.30: Das Buch des Tages. 17.50: Fort-
setzung folgt — nicht! 18.20: Schlesiens Bauwirts-
schaft und die Breslauer Technische Hochschule. 19.30:
Abendmusik. 20.00: Orchesterkonzert. 21.10: Carl
Maria von Weber in Schlesien. 22.30: Politische
Zeitungschau. 23.05: Spätkonzert.

Mittwoch: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgen-
konzert. 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen. 9.10:
Schulfunk für Berufsschulen. 11.30: Für die Land-

und im letzten 81,4 Prozent, das ist ein Jahres-
durchschnitt von 81,1 Prozent.

Im dritten Lagesundwortsprache wird aber
eine Vorschläge die alte Fachgruppenarbeit
(Weiß, Brettschneider und Hensch) gewahrt.
Zum Schluß wird der schon aus der SAZ be-
kannte Bericht über die Streiklage gegeben.

Die täglichen Brände

Schweidnitz, 18. Januar.

In Bögendorf brannte ein von einem
Zimmermann bewohntes kleines Haus nieder.
Der größte Teil der Möbel konnte gerettet
werden. Das Feuer soll auf eine schadhafte
Schornsteinanlage zurückzuführen sein.

Oels, 18. Januar.

In Jenkowitz brach in dem Anwesen
des Stellenbesizers Sauser Feuer aus, dem
das Wohnhaus mit anschließendem Stall
völlig zum Opfer fielen. Vieh und Möbel
konnten gerettet werden. Die Brandursache
ist noch unbekannt.

In Mühlwitz wurde die dem Stellenbesitzer
Dronko gehörende Scheune ein Raub der
Flammen, Getreide- und Strohvorräte im
Werte von 4000 RM verbrannt. Es wird
Brandstiftung angenommen.

Jugendlicher Brandstifter

Sagan, 19. Januar.

Der 15 Jahre alte Günther Friske wurde
auf dem Brandplatz der Jakobischen Holz-
baracke verhaftet, weil die Ermittlungen er-
geben haben, daß er als Brandstifter im
Frage kommt. Der Festgenommene soll
jedoch geistig nicht normal sein.

Schwerer Autounfall

Bunzlau, 19. Januar.

Auf der Fahrt von Bunzlau nach Haynau
geriet ein Ilegnitzer Personkraftwagen in
Groß-Krauschen in einer Kurve infolge der
Glätte ins Schleudern und fuhr gegen einen
Baum. Der Wagen wurde umgeworfen und
stürzte dann eine Böschung hinunter. Der In-
sasse erlitt schwere Verletzungen und wurde
ins Kreiskrankenhaus geschafft; der Wagen-
führer kam mit leichteren Verletzungen davon.

Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden

Sproffau, 19. Januar.

In Neugabel fand der Jagdpächter Müller
auf seinem Gelände in einem Kaninchenbau
einen Karlon, in dem sich die Leiche eines
neugeborenen Kindes befand. Die polizei-
lichen Nachforschungen sind eingeleitet.

Wozu Straßen beleuchten?

Hirschberg, 18. Januar.

„Die Gemeinde Hirschdorf ist seit dem
2. Januar ohne Straßenbeleuchtung. Infolge
der hohen Wohlfahtlasten war die Gemein-
verwaltung nicht mehr imstande, die Kosten
für die Ortsbeleuchtung aufzubringen. Mit
dem Stromlieferanten schweben gegenwärtig
Verhandlungen um eine Ermäßigung des
Strompreises zu erlangen.“

Soweit die Meldung von Wolffs Schles-
ischem Landesdienst. Interessant dabei ist, daß
man bewußt und unbewußt Stimmung gegen
die — Wohlfahrtsunterstützung macht. Alles
nach der Melodie: Ja, wenn wir die Unter-
stützung nicht zu zahlen brauchten, dann
könntet ihr, „brave Bürger“ von Hirschdorf,
auch nachts im Hellen wandeln...

Andererseits zeigt diese Notiz wieder ein-
mal, wie katastrophal die Lage der Gemein-
den ist.

Beim Funk-Frank. Brüderstraße 47
vorden Sie reell und fachm. bedient!
Elektro-Radio-Foto-Bedarf
Eig. Fachm. AKKU-Ladestation
Leih-Akkus! Anoden 100 Volt von RM. 4,50 an.

Donnerstag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35:
Morgenkonzert. 10.10: Schulfunk für Volksschulen.
11.30: Für die Landwirtschaft. 11.50: Konzert. 13.10:
Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 15.40: Schle-
sischer Verkehrsverband. 15.50: Das Buch des Tages.
16.10: Kinderfunk. 16.35: Unterhaltungskonzert.
17.30: Stunde der Hausmusik. 18.20: Der Zeitdienst
berichtet. 18.40: Stunde der werktätigen Frau. 19.00:
Tiere auf der Wanderschaft. 19.30: Deutsche Bauern-
musik. 20.15: Der Schuß auf der Koppel. 21.25:
Kabarett auf Schallplatten. 22.30: Zehn Minuten
Arbeiter-Esperanto. 22.40: Legenden und Gebräuche
vom Niederrhein.

Freitag: 6.15: Funkgymn. 6.35: Morgenkonz.
8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen. 8.30: Die
Krankenpflege im Hause. 11.30: Blaskonzert. 13.05:
Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert. 15.40: Jugende-
funk. 16.10: Stunde der Deutschen Reichspost.
16.25: Unterhaltungskonzert. 17.25: Konzert. 18.00:
Pädagogische Erfahrungen im Arbeitslager. 18.30:
Wie schlafen die Tiere? 20.00: Zu Tanz und Unter-
haltung. 22.20: Rennwagen 1905. 22.40: Unter-
haltungskonzert.

Sonnabend: 6.15: Funkgymn. 6.35: Morgen-
konzert. 10.10: Schulfunk für höhere Schulen. 11.30:
Für die Landwirtschaft. Anschließend: Konzert.
13.05: Schallplattenkonzert. 14.05: Schallplatten-
konzert. 15.40: Blick auf die Leinwand. 16.00: Das
Buch des Tages. 16.15: Erlebnisse mit Kreuzottern.
16.30: Orchesterkonzert. 18.00: Was soll uns das
Tier sein? 18.30: Abendmusik. 20.00: Lustiger
Abend. 22.30: Tanzmusik.

Sachsenseite der SAZ

Freital

Von der Kommunalfront! Die kommunalpolitische „Schwenkung“ der KPD zeigt überall unter den KPD-Verordneten eine unheilvolle Verwirrung. Dafür nur einige Beispiele aus Orten unseres Arbeitsgebiets mit „marxistischen“ Mehrheiten in Schmeideberg erklärte man die SPD für „Sozialfaschisten“, dasselbe in Hockendorf. Und das Resultat: Trotz „marxistischer“ Mehrheit ein bürgerlich-nazistisches Präsidium in Klagenberg wiederum ging man mit den „Sozialfaschisten“, und siehe da, es gab ein Präsidium mit SPD und KPD. In Freital erreichte die KPD durch ihre überschlägige Taktik, daß sie, obwohl zweitstärkste Fraktion, überall hinausgewählt wurde. Kein Wunder, wenn bei dieser Verwirrungspolitik es manchem KPD-Verordneten übel wird und sie es so machen, wie der KPD-Verordnete Haupe in Gillersee, der, kaum erst gewählt, und nun schon wieder sein Mandat niederlegt wegen Ausschlusses aus der KPD. (2) Die SPD-Dresse schlachtet natürlich diese „Politik“ aufs weidlichste aus. Dabei aber ist die Kommunalpolitik der SPD nicht um einen Deut besser. In Rabenau nämlich ließ die KPD erklären, daß sie bei der Wahl des Vorstehers für den Sozialdemokraten stimmen werde, die SPD jedoch gab zur Antwort, „daß sie die Hilfe der KPD nicht begehre“, und wählten gemeinsam mit den Bürgerlichen den „neutralen“ Bürgermeister zum Vorsteher. Auf beiden Seiten nennt man dann so etwas „Vertretung proletarischer Interessen“.

Heidenau

Am vergangenen Montag fand die erste Sitzung des neugewählten Stadtparlamentes statt. Die drei Nazis wurden mit Marschmusik bis zum Rathaus gebracht und dort mit einem „Sieg Heil“ ihrer Dps. auf den schließlichen Parlamentsboden entsandt.

Bürgermeister Gröger wies bei seiner Eröffnungsrede auf die Finanznot der Gemeinde hin und befand, daß am 1. Januar dieses Jahres erstmalig die Zinsen für aufgenommene Darlehen nicht gezahlt werden konnten. Die Gelder müßten zur Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen verwendet werden. Der gegenwärtige Zustand sei so traurig und hoffnungslos wie noch nie bisher.

Bei der Wahl des Präsidiums erlebten die proletarischen Wähler Heidenaus eine Heberausung. Die sonst bis auf die Knochen „demokratische“ Sozialdemokratie ging von ihrem Standpunkt, daß der stärksten Fraktion der Vorsteher gebühre,

ab und erreichte durch vorausgegangenen Kuhhandel mit den Bürgerlichen, daß der SPD-Stadtvorordnete Schreiber wieder mit Hilfe des Bürgerthums zum Vorsteher gewählt wurde. Zum Dank hierfür wählte dann die SPD den bürgerlichen Stadtvorordneten Mann zum ersten Stellvertreter. Als zweite Vertreterin wurde hiernach, zum Dank von den Bürgerlichen, die Genossin Otto (SPD) gewählt.

Die Tatsache, daß trotzdem die KPD die stärkste Fraktion ist und ihr von der SPD der Vorsitz verweigert wird, beleuchtet grell die politische Situation in unserem Ort. Auch die Behandlung des Antrages der KPD auf Auflösung des Todesurteils an dem Arbeiter Barll in Chemnitz wurde mit Hilfe der SPD gemeinsam mit dem Bürgerthum abgewürgt.

Der Verlauf der Sitzung bot ein trauriges Beispiel proletarischer Zerissenheit.

Löbau

Das zweite linke Stadtratsmandat durch die Schuld der Kommunisten verloren. Bei der zweiten Stadtvorordnetenitzung ereignete sich ein für die Arbeiterschaft beschämendes Ereignis. Nachdem die Kommunisten den von uns gemachten Vorschlag einer gemeinsamen proletarischen Liste zur Stadtratswahl in Vorverhandlungen abgelehnt hatten, erklärte der Kommunist Meißner in der Sitzung, daß sie jede Listenverbindung mit der SPD ablehnen. Andererseits verlangten sie aber von der SPD, daß deren Abgeordnete für den kommunistischen Stadtratsvorschlag stimmen.

An unsere Berichterstatter!

In den letzten Wochen haben wir aus Sachsen eine ungeheure Fülle von Berichten aus zahlreichen Orten erhalten. So erfreulich dies ist, als ein Zeichen für die Erstarkung und Ausbreitung unserer Bewegung und unserer Zeitung, so unmöglich ist es doch leider für uns, bei dem zur Verfügung stehenden Raum der „SAZ“, alle diese Berichte sofort zu veröffentlichen. Wir bitten daher die Berichterstatter und unsere Leser, ein wenig Geduld zu haben und davon überzeugt zu sein, daß wir in der Redaktion unser Möglichstes tun. Wir bitten weiter alle Berichterstatter, ihre Berichte so kurz zu fassen, wie irgend möglich. Je kurzer ein Bericht ist, um so eher findet sich der Raum, ihn zu veröffentlichen. Im übrigen sind wir weiter bemüht, sobald wie möglich mehr Platz für den Abdruck der Berichte aus Sachsen zu schaffen.

Kampfbereit!

Die Redaktion.

soften, was natürlich nun ein unmögliches Verlangen von der SPD war. Infolge dieses klassenverräterischen Verhaltens der KPD ging der Arbeiterschaft der zweite Stadtrat verloren und fiel an die Bürgerlichen. Gewählt wurden als Stadträte die Stadtvorordneten: Dr. Az und Baum (Nazi), Jachne (Bürgl.), Dr. Bobeth (Beamte) und Gen. Klüger (SPD), mit der Stimme unseres Gen. Pfitzner. Außerdem legte Meißner noch ein der Arbeiterschaft unwürdiges Verhalten an den Tag, in dem er die SPD in maßlosen Angriffen verunglimpfte, und auch unseren Genossen Pfitzner in unerhörter Weise persönlich angriff, sodaß sich dieser genötigt sah, zu erklären, daß auch er die Erfahrung gemacht habe, daß der Kommunist Meißner mit unwahren Behauptungen nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im Parlament arbeite. Ein Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen, durch den sie pro Woche einen Zentner Kohlen für Verheiratete und $\frac{1}{2}$ Zentner für Ledige, sowie pro Kopf und Woche $\frac{1}{2}$ Brot und $\frac{1}{2}$ Pfund Brotaufstrich verlangen, wurde einstimmig angenommen.

Olbersdorf

Aus dem Gemeindepärament. Die erste Sitzung der neugewählten Gemeindeverordneten war stark besucht. Nach einleitenden Worten des neugewählten nazifreundlichen Bürgermeisters — SPD und KPD hatten sich auf einen Kommunisten oder Sozialdemokraten nicht einigen können — erfolgte die Wahl des Gemeindeverordnetenvorstehers. Mit 11 Stimmen der KPD, SPD und SAP wurden die Kommunisten Emil Fehrmann als Vorsteher, A. Noack als Stellvertreter und Halang als Schriftführer gewählt. Die Bürgerlichen sind völlig einflusslos mit ihren 6 Stimmen. Die Kommunisten aber werden als starke 8 Männer-Fraktion verantwortlich sein für die künftige Gemeindepolitik.

Wendischbühre (Elbe)

Die erste öffentliche Sitzung der neugewählten Gemeindeverordneten. Das erfreulichste daran war der proletarische Massenbesuch, sodaß für uniformierte Nazis kein Platz blieb. 2 Genossen der Überparteilichen Liste der Werktätigen und 2 SPD-Genossen stehen 2 Bürgerliche und 3 Nazis gegenüber. Die SAP ist durch den Gen. Pfeifer, der als Spitzenkandidat auf der Überparteilichen Liste der Werktätigen fungierte, vertreten. Nach der Verpflichtung durch den Bürgermeister gab Gen. Pfeifer eine Erklärung ab, daß er sich als nur von revolutionären Arbeitern gewählt betrachte und

demzufolge auch deren Belange stets in den Vordergrund seiner Bemühungen stellen werde bis zur Erreichung unseres Endzieles: der Errichtung der sozialistischen Räterediktatur in Deutschland. Diese Erklärung rief ein Brautend auf den Plan, der seinerseits etwas von „nationaler Volksgemeinschaft“ erzählte. Seine Worte wurden sichtlich gefangweilt angehört. Der Köder „Volksgemeinschaft“ verlangt eben nirgends mehr. Zum Verordnetenvorsteher wurde der Bürgermeister, zu den 2 Gemeindevorstellern ein SPD-Genosse als erster und — leider! — durch Los als zweiter ein Nazi gewählt. Die Wahlen zu den Ausschüssen waren durch die eingegangenen Vorschläge erledigt. Gen. Pfeifer gehört dem Fürsorgeausschuß an.

Zwickau. Das Deutsche Theater brachte bis Mittwoch „Es blüht die Nacht“ mit Lil Dagover und Hans Stube, einen Film, den allein das überragende Können Lil Dagovers schenswert machte. „Zopf und Schwert“, ein Film aus der Jugendzeit Friedrichs II, war historisch sehr, sehr fragwürdig und konnte schon deshalb in keiner Weise befriedigen. Bis Sonntag Luft: Anna May Wong in „Song“ (Schmutziges Geld).



SAP

SAP Planitz: Sonnabend, 21. 1. 1930 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Max Seydewitz spricht über die Rolle der Partei. Es werden die Wahlen zum Bezirksparteitag vorgenommen. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

SAP Leipzig: Dienstag, 24. 1. 20 Uhr, im Schloßkeller, großer Saal, große öffentliche Versammlung mit Max Seydewitz (Berlin) über das Thema: „Schleicher am Ende — Was nun?“ Sonntag, 29. 1. 10 Uhr vorm., in den Fortuna-Lichtspielen, Eisenbahnstraße, Filmveranstaltung des Sozialistischen Schutzbundes (Filme: „Sturm über Asien“ und „Blutmai 1929“).

Freitag, 3. 2. 20 Uhr, im Schloßkeller (Kleiner Saal) Generalversammlung. Zutritt nur gegen Mitgliedslegitimation.

SAP Leipzig-West: Sonntag, 29. 1. 10 Uhr vorm., Filmveranstaltung im „Schloß Lindenfels“, Karl-Heine-Straße. Film: „Sohn der weißen Berge“.

SAP, Bezirk Ostachsen, Unterbezirk Dresden: Sonntag, 5. 2. 9.30 Uhr, Unterbezirkskonferenz im Dresdener Volkshaus. Tagesordnung: 1. Die politische Situation und die Aufgaben der SAP. Ref.: Gen. Walter Fabian. 2. Berichte: a) Organisation, b) Kasse, c) Revisoren. 3. Statutenberatung. 4. Wahlen: a) UB-Leitung, b) Parteitage-Delegation. 5. Anträge. — Vor Eintritt in die Tagesordnung Beschlussfassung über die Umbildung des Unterbezirk Dresden zum Bezirk Ostachsen.

Dresden

Kauft bei **Schuh-Oestreich** das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:

Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 63
und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Zwickau

KAUFHAUS SCHOCKEN ZWICKAU



Haushaltwaren billig

billige	Kaffee- und Teesieb verzinkt, 7 cm	0.10	6 Aluminium-Eßlöffel	0.25	Schokoladenkrug steingut, Dekkel vernickelt	0.50
	Kartoffelschäler rostfreier Stahl	0.10	2 Kleiderbügel unsteife umspannen, 40 cm	0.25	Eßbesteck vernickelte Klingen und Gabeln	0.60
Emaille-Waren	Kleiderhaken vernickelt, mit kerbigem Holzknagel	0.10	Fensterbürste voller Einzug, langer Stiel	0.25	Handkorb Holländer Form, Walde lackiert, 34 cm l., 32 cm b.	0.80
	Vorhängeschloß Sprungbügel, 2 Schlüssel	0.10	Taschenmesser mit 2 Klingen und Korkeisen	0.30	Fensterleder grütlige Ware, Größe 36x33 cm	0.85
auf	Salatlöffel Kunsthorn, blond mit braunem Griff, 24 cm lang	0.10	Handnetz doppeltes Eisengarn, fest gearbeitet	0.30	Stahlpfanne glasiert mit Holzstiel, 24 cm	0.95
	Kaffee- und Teesieb verzinkt, 7 cm	0.15	Solinger Stahlschere vernickelt, 0.45	0.35	Passiermaschine 18 cm, verzinkt, arbeitsparat	1.00
Extrafischen	Topf-Untersetzer Draht, 18x18 cm	0.15	Handfeger rein Rohhaar	0.50	Stubenbesen rein Rohhaar, 28 cm lang	1.00
	6 Aluminium-Kaffeelöffel	0.15	Fußmatte Kokos, mit farbigem Rand, 60x35 cm	0.50	Schüsselsatz 7tlg., 1 Schüssel 23 cm, 6 Schüsseln 13 1/2 cm	1.00

14 Inseratform geschüt.

Die Maße geben die ungefähren Größen an.

Gebt in den Geschäften die **Bons** ab!

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Auch dieses Jahr ist wieder Stadt- u. Landesgespräch der **Inventur-Verkauf** bei **Paul Gerstner :: Zwickau** Bahnhofstraße 6
Kleider- und Mantelstoffe, Seide, Samt- und Herrenstoffe zu noch nie dagewesenen Preisen damit jedes kaufen kann
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Frankenhausen

„PARADIES“ Frankenhausen

Jeden Sonntag ab 4 Uhr der große Ballbetrieb ff. Speisen und Getränke
Es laden freundlich ein **Erich Schreiter u. Frau**

Hiermit bestelle ich ab... die **SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Reichsausgabe** zum Preise von 2.10 RM. monatlich zuzüglich 36 Pfg. Zustellgebühren

Name: _____
Stand: _____
Wohnung: _____

Bitte recht deutlich schreiben!

Dieser Bestell- oder Aufnahmeschein ist bei der Expedition der SAZ oder im Parteisekretariat, Breslau 5, Gartenstraße 21 oder bei den Funktionären der SAP oder der SJV abzugeben.

Beitritts-Erklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur **Sozialistischen Arbeiter-Partei**

Name: _____
Stand: _____ Geb.: _____
Ort, Wohnung: _____
Mitglied der _____ Gewerkschaft
Eingetreten: _____ Leser der _____

Besuchen Sie das Kino-Varieté für jedermann

Deutsches Theater

Montag und Donnerstag Programmwechsel
Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

Heidenau

Heldener Hof, Int. Ernst Taubert
Spezial-Ausschank — Bayer. Bier — Zeiniger Krossbier
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: Schlachtfest.
Verkauft ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Bauer in Not

Von Friedrich Wolf

Zimmer des Kleinbauern Christian Baetz Christian und seine Frau Anna sitzen am Tisch. Ortsvorstand und Rentmeister kommen.)

Vorstand: Also das ist der Christian Baetz, Herr Rentmeister!

Rentmeister: Nun mein Freund, wie tief sind wir denn im Verzug mit dem Pachtgeld?

Christian: Hab's grad hier zusammengestellt, Herr Rentmeister... 150 Mark fürs letzte Jahr.

Rentmeister: Und wie danken Sie sich die Zahlung?

Christian (zieht Tischschublade heraus): Ich hab da noch acht Mark im Schubfach; nehmen Sie die heraus, dann ist null gleich null.

Rentmeister: Ihr habt doch noch Vieh?

Anna: Zwei Kühe; womit sollten wir sonst fahren und pflügen?

Vorstand: Still, Bäurin!

Rentmeister: Und Aecker?

Christian: Drei Aecker, aber auch die gehören mit mehr oder weniger Hypothek.

Rentmeister: Alles schön und gut, mein Freund; doch glauben Sie, uns drücken die Steuern nicht? Aber gewaltig! Und wofür werden in unserm Land die Millionen verschleudert, wofür? Für Tributlasten, für Subventionierung der Banken und Abermillionen für die arbeitsscheuen Müßiggänger in den Städten!

Hans: Sie meinen für die Erwerbslosen?

Rentmeister: Nennen Sie, wie Sie's wollen! Oder wollen Sie leugnen, daß die Arbeitslosenunterstützung arbeitsscheu macht?

Hans: Mensch, Sie leben wohl hinterm Mond?

Rentmeister: Wohl toll!

Vorstand: Der Hans meint es nicht so, Herr Rentmeister!

Hans: Jawohl meint er's so! Sechs Millionen deutscher Arbeiter wären froh, wenn sie Arbeit hätten und auf die Wohlfahrtspfennige pfeifen könnten!

Rentmeister: Redensarten, Verehrtester! Die ziehen vielleicht in der Stadt, auf dem Asphalt; bei unserm gesunden Bauernverstand haben sie damit kein Glück! Nein, der setzt dieser Asphaltüberheblichkeit die tiefste Kraft des Landvolks entgegen; mit glühendem Willen ringt der deutsche Bauer heute noch wie vor tausend Jahren um sein Stück Erde, um seinen Boden, und diese geradezu religiös-fanatistische Bindung an seine Scholle, sie gibt ihm jene unverwüsthliche Kraft

Hans: Wissen Sie, wie man das nennt, Herr Rentmeister?

Rentmeister: Bitte?

Hans: Bockmist mit Veschen!

Vorstand: Ist das Deine Bildung, Hans?

Hans: „Unverwüsthliche Kraft“, „glutheißen Willen“... Seht Euch doch die abgehetzten, ausgemergelten, müden, verzweifelten Bauern an! Und wo ist die „Scholle“, an der der Bauer hängt?... Ich bin gestern durch die Felder gegangen, die seit Vater und Großvater und Urgroßvater Zeit uns gehörten; alle sind sie in den letzten Jahren veräußert an die Großbauern oder den Grafen de Neufel

Lenz: Der selbst seine Güter gar mit mal kauft!

Hans: Der seine „Scholle“ nie betreten hat... der Herr Graf de Neufel

Rentmeister: Ich muß mir eine Verunglimpfung des Herrn Grafen ganz energisch verbitten!

Hans: Der den deutschen Bauern Feld- und Weinbergwegschaffert!

Christian: Laß gut sein, Hans!

Rentmeister: Ich begreife jetzt Ihren Widerstand gegen die Zahlung, Bauer Baetz, nachdem Sie unter den Einfluß solcher städtischer Elemente geraten sind!

Hans: „Städtische Elemente“... Ihr müchtet am liebsten Mauern ums Dorf ziehen; Denken und Reden verboten!

Christian: Schwätz mit so, Hans!

Aus aller Welt

Stanislawskis 70. Geburtstag

Moskau, 18. Januar.

Konstantin Sergejewitsch Stanislawski, der große Schauspieler, Regisseur, Begründer und hochverdiente Leiter des seit 1889 bestehenden Moskauer Künstler-Theaters, feierte heute seinen siebenzigsten Geburtstag. Die Anwesenheiten, die von Stanislawskis Moskauer Künstler-Theater ausgegangen sind, haben die Schauspielkunst aller Länder beeinflusst. Sein Streben ging auf Vollendung des künstlerischen Bühnenrealismus, auf ausgeglichenes Zusammenspiel, das keine „Nebenrollen“ kennt, und auf Einheit von Dichtung und Darstellung auf der Bühne. In Moskau wurde Stanislawskis Künstler-Theater die Pflanzstätte für zahlreiche weitere Bühnen, die sich unter Leitung hervorragender Regieschüler Stanislawskis zu eigenen Theatern entwickelten.

Das Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjetunion verlieh Stanislawski, der bereits den Titel „Nationalkünstler der Republik“ führt, heute den Arbeitsorden der Roten Fahne. Mehrere Schauspieler des Künstler-Theaters wurden durch Verleihung des Ehrentitels „Nationalkünstler der Republik“ und andere Titel ausgezeichnet. In den Theaterkreisen wird Stanislawski mit besonderer Herzlichkeit gefeiert, und auch aus dem Auslande sind viele Glückwünsche hier eingegangen, besonders zahlreich aus Deutschland.

Anwachsen der Grippe in England

1000 Todesfälle in einer Woche

London, 18. Januar.

In der vergangenen Woche sind in England 1041 Personen an der Grippe gestorben, gegen 681 in der Vorwoche. Das Ansteigen der Krankheit war besonders stark in Groß-London, wo 371 Todesfälle zu beklagen waren gegen 163 in der Vorwoche. In Liverpool starben 41 (23), in Manchester 49 (22), in Portsmouth 35 (19) Personen.

Und Grippe bei uns

Göttinger Schulen geschlossen

Göttingen, 19. Januar.

Die Göttinger Schulen sind heute vorläufig auf Anordnung des Kreisarztes wegen

der in Göttingen herrschenden Grippe-epidemie geschlossen worden. In den Volksschulen fehlten bereits 52% der Kinder, in den übrigen Schulen durchschnittlich 33%. Auch von den Lehrkräften sind etwa 33% erkrankt.

Der Krakatau in Tätigkeit

Batavia, 18. Januar.

Die Tätigkeit des Inselvulkans Krakatau hat seit gestern sehr stark zugenommen. Nachdem am Mittwoch zahlreiche Ausbrüche in Abständen von ein bis fünf Minuten erfolgten, fanden am Donnerstag ununterbrochen Ausbrüche bis zu einer Höhe von 1000 bis 1500 Meter statt.

Überschwemmungen auf Sumatra

Amsterdam, 18. Januar.

Meldungen aus Niederländisch-Indien zufolge, sind in Atjeh, dem nördlichsten Teile der Insel Sumatra, infolge Regengüssen große Überschwemmungen eingetreten. Zwölf Personen sind ertrunken.

Kumpeltod Sechs Bergarbeiter in Luxemburg verschüttet

Luxemburg, 19. Januar.

Beim Einsturz eines Minenganges in einem Bergwerk wurden sechs Bergarbeiter verschüttet. Man befürchtet, daß man nicht vor Sonnabend bis zu ihnen vordringen kann. Auf Klopfzeichen erfolgte keine Antwort.

Mutter und Kinder in den Tod

München, 19. Januar.

Aus wirtschaftlicher Not ist hier eine Frau mit ihren beiden Kindern freiwillig in den Tod gegangen. Sie wurden durch Gas vergiftet aufgefunden.

Einstellung der Elbschiffahrt

Dresden, 19. Januar.

Wie die Neue Norddeutsche und Vereinigte Elbschiffahrt A.-O. mitteilt, wird mit dem heutigen Tage der regelmäßige Schiffsverkehrsverkehr auf der Elbe wegen starken Eisganges bis auf weiteres eingestellt.

Lenz: Und Löhne wie in Zentralafrika Christian (beiführend): Maul halten, sage ich! Ihr seid hier beim Bauern Baetz und mit bei Stadtrenten in der Versammlung! Scheu Euch! Ich laß mich nicht verletzen und mir alles kaputt machen! Raus, sage ich!

Hans (vor ihm): Wirst uns schon wieder holen. (Mit Lenz ab.)

Ortsvorstand (stolz): Sie sehen, Herr Rentmeister, der Baetz ist noch ein Mann alten Schlags, der läßt sich nicht aufputschen!

Rentmeister: Wär auch noch schöner! Das Dorf ist das letzte Bollwerk unserer Kultur gegen die bolschewistische Welle! Nehmt dem Menschen die Scholle, und er ist ein Bluttier im Winkel (zu Baetz): Können Sie kein Darlehen aufnehmen?

Christian: Die Landeshank gibt nichts mehr.

Rentmeister: Kann die Gemeinde nicht Bürgschaft leisten?

Vorstand: Wir haben schon für zwanzig Schuldner gebürgt... schon weit über unseren Kredit!

Christian: Lassen Sie mich's abarbeiten, Herr Rentmeister, acht, zehn, zwölf Stunden den Tag für die gräßlichen Güter schaffen, im Feld, im Wald, im Weinberg, wo Sie wollen!

Rentmeister: Sehr schön gedacht; der Wille ehrt Sie. Aber so geht das nun doch nicht, mein Lieber! Da käme dann jeder unserer Schuldner und will statt zu zahlen „abarbeiten“! Schließlich habt Ihr noch Euer Vieh. Man muß mal 'ne Kuh losschlagen!

Christian (erregt): Mit die Kuh, Herr Rentmeister, mit die Kuh! Denn kommt erst die eine, dann kommt die andere, dann kommt's Haus hinterdrein und dann geht's als Häusler ins Armerhaus oder als Tagelöhner zum Straßenbau, aufs Pflaster und in die Stadt. (verzweifelt) Herr Rentmeister, nehmen Sie uns ans Herrgotts willen mit die Kuh, die gehört ins Gespann, die braucht der Bauer zum Fahren und Ackern, die hab ich selber hochgezogen als Milchkalb... denn dann retsch alles, das Feld, das Haus und auch der Bauer!

Vorstand (leise): Vielleicht sollten Sie's doch noch mal studien!

Rentmeister: „Stunden, stunden.“ 30 Bauern ihrer Gemeinde sind im Rückstand, und an was bleibt's hängen, wenn die gräßliche Rentkammer revidiert? An mir! - Möglich, daß die kleinfürlichen Betriebe nicht rentabel sind, möglich!

Vorstand (triumphierend): Also doch der Mähdrecher! Also doch Professor Münzingers Projekt: „Das Dorf als Großbetrieb.“

Rentmeister: Und dann wollen Sie uns wohl Konkurrenz machen?

Vorstand: In der nächsten Gemeinderatssitzung werde ich das Projekt anfragen! Man wird auch von Hammersbach noch reden!

Christian: Und was wird mit der Kuh, Herr Rentmeister?

Rentmeister (verärgert): Lassen Sie mich mit Ihrer verdammten Kuh in Frieden! Zahlen Sie gefälligst Ihre Schulden! (Ab.)

Vorstand: Ruhig Blut, Baetz, nur ruhig Blut! (Hm nach, ab.)

Christian (steht wie vor den Kopf geschlagen).

Anna: Mann, es wird nit grad das Schlammste kommen.

Christian (schweigt).

Anna: Geht vielen anderen auch so.

Christian: Was gehn mich diemandern an!

Anna: Soll ich die Rote austreiben in den Wald?

Christian: Laß.

Anna: Soll ich nit doch den Hans raufen?

Christian (heftig): Laß mich in Frieden mit dem Hans und den andern! Meinen Frieden will ich in meinem Haus! Ich tu meine Arbeit, tu was Recht und Pflicht ist, mehr kann der Mensch nit (Setzt sich.) Wulf's der Herrgott anders, soll er's sagen.

Bühne dunkel.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Der Ausbruch Wjetrows

Eines Abends kam Wjetrow vor dem Abendessen in mein Zimmer. Ich saß am Tisch und schreibe gerade in einem dieser Hefte. Er trat auf mich von rückwärts zu und legte plötzlich, sehr freundlich, sehr schüchtern seine Hand auf meine Schulter. Ich hatte kaum Zeit, mir das zu Bewußtsein zu bringen, als seine Hände rasch von den Schultern auf meine Brust glitten. Diese Berührung seiner Hand wirkte auf mich wie ein elektrischer Schlag. Instinktiv, mit einer Erregung, die aus meinem tiefsten Innern kam, sprang ich auf und wandte mich kampfbereit um. Meine Brauen zogen sich böse zusammen und ich blickte ihn weniger wütend als erstaunt und verworren an.

Was soll das bedeuten, Wjetrow?

Er lächelte, sah mich mit freundschaftlicher Wärme an und in den Fältchen seines Gesichtes war auch nicht die geringste Verlegenheit zu sehen.

„Ja, nun, ich komme, um dich abzuholen. Was ist da Sonderbares? Seit wann erschrickst du so leicht? Wir wollen jetzt die Diesel- und Dynamomaschinen zur Probe laufen lassen. Ich dachte, das wird dich ebenso interessieren wie mich.“

Ich wußte nicht, was mich mehr erregt hatte: seine ungenierte Berührung meiner Brust, oder jene Freude, die in den letzten Tagen in mir lebte. Diese Freude war so stürmisch und groß, daß meine Empörung und mein Protest sofort verschwanden. Ich drehte mich um und umarmte ihn. Das war nicht sehr konsequent, aber ich war nicht mehr fähig, meine Handlungen zu kon-

trollieren. Im Umarmen hüpfte ich wie ein Backfisch und lachte ihm ins Gesicht.

Wjetrow, Andrej Ssemjonowitsch! Mein Lieber! Gehen wir! Gehen wir sofort... gehen wir, sonst krepriere ich vor Ungeduld.“

Ich empfand ihn schon als einen mir sehr nahen, mir verwandten Menschen. Ich hatte sogar große Lust, ihn zu küssen, sein Gesicht zu streicheln. Er packte mich und hob mich so hoch, daß mein Gesicht in gleicher Höhe mit seinem war.

„Komm, wollen wir Moskau bewundern.“

Ich war wie taub, meine Füße berührten nicht mehr den Fußboden, doch sein Uebermut und seine junge Keckheit taten mir sehr wohl.

„Nun, zieh dich an. Dort ist schon alles fertig und wartet nur auf uns.“

„Warum hast du mir das nicht früher gesagt, Andrej? Heute im Laufe des Tages?“

„Das ist es, was mir gefällt, dieses kleine Wörtchen - Andrej... Andrej ohne Anhängsel... Wie lange ich schon darauf warte. Jetzt sind wir quitt. Ja nun? Warum aber bist du mir nicht mehr böse? Warum fauchtest du mich wie eine Katze an? Nun, sei doch wieder ein bißchen böse...“

„Ach, laß das, jetzt ist's nicht an der Zeit. Aber bitte, Andrej, tu es nicht wieder, sonst werde ich wirklich böse auf dich.“

Seine Augen blitzten schlaun auf, er wandte sich plötzlich vor mir weg und ging zur Wand, lehnte sich an den Türpfosten und seufzte. Ich ging an ihm vorbei, zum Kleiderhaken, und er stand wieder vor mir, der alte, mit dem runden Rücken und den Eiszöpfchen in den Augen.

„Was hast du, Andrej?“

„Weißt du, Galja, ich bin kein Hofmacher und kein Herzenbrecher. Du weißt es selbst: ich bin ein Mann der Arbeit und liebe nur meinen Ziele. Vielleicht bin ich sogar ein trockener, hölzerner Mensch, der für Frauen nicht sehr reizvoll ist.“

„Sprich nicht, Andrej, ich merke, du willst mir eine Liebeserklärung machen. Das ist ganz zwecklos, mein Lieber.“

„Laß das, Galja.“ Er war ganz außergerwöhnlich nervös. „Was hat das mit Liebeserklärungen zu tun? Ja, nun? Ich bin kein Kavaliere, und du bist kein Fräulein. Was ist

das für ein Unsinn? Nicht darum geht's, Galja, ich habe mich mit dir eingelebt, ich halte dich für einen guten Freund... unsere gemeinsame Sache geht uns beiden in gleicher Weise nah, würdest du nicht, gemeinsam mit mir, mit uns allen für unsere Interessen und Sorgen leben, wäre dir unsere Kommune, unsere Familie, nicht lieb und wert, so wärest du schon längst davongelaufen, hättest in schändlicher Weise desertiert. Aber seit einhalb Jahren kam dir nicht einmal der Gedanke, in die Stadt zu fahren.“

„Was willst du damit sagen? Ich höre auf, dich zu verstehen.“

„Etwas sehr Einfaches, Galja. Ich sage es schroff, aber sehr freundschaftlich. Ich will dir hier keine Liebeslieder singen. Ich brauche einen ständigen guten Kameraden. Ich brauche dich.“

„Andrej, habe ich denn unsere Freundschaft jemals verletzt? Ich glaubte, wir lebten bis jetzt sehr gut miteinander, und ich werde niemals in meiner Liebe zu dir, als zu meinem besten Kameraden, untreu werden.“

„Warte doch einen Augenblick, Galja! Mach dich dir denn einen Vorwurf! Nicht darum geht es, es ist etwas ganz anderes. Du bist doch eine Frau verständig? Und da bin ich... ja, nun? Kurzum, nenne es wie du willst, Liebe, Zärtlichkeit, Teufel oder Teufelsgrußmutter... das interessiert mich sehr wenig.“

Er seufzte wieder, und dieser Seufzer erschütterte seinen ganzen Körper. Dann wurde er auf einmal schwer und sank wie erschöpft in sich zusammen. In seinen Augen war ein noch nie gesehener Glanz - das war halb Angst, halb Sehnsucht und Erwartung eines Schlages. Aber auch etwas anderes zitterte in ihnen, was nur ich allein sehen konnte; das war die Leidenschaft eines Mannes, eine verborgene, von der Willenskraft beherrschte. Ich aber empfand weder Erregung noch Hingezogenheit zu ihm. Nichts in mir erwiderte seine Liebe.

„Höre einmal, Andrej. Ich bin bereit, gut zu dir zu sein, dir alle möglichen zärtlichen Worte zu sagen, bereit, mit dir zusammen bis zu meinen letzten Kräfte zu arbeiten, aber in mir, als Frau lodert keine Leidenschaft zu dir. Weiß der Teufel, aber an-hei-

gend verflücht du nicht über die Kraft der männlichen Bezauberung, der Kraft, die Sinne zu erregen und zu berauschen. Nein, mein Lieber, laß das. Ich kann mich doch nicht vergewaltigen. Warte, vielleicht entsteht noch etwas; vielleicht gelingt es dir, in mir irgendeine verborgene Ader zu entdecken. Vielleicht schlägt sie dann wie ein Springbrunnen dir entgegen.“

Ich scherzte mit ihm, beruhigte ihn mit der Zärtlichkeit einer Schwester, er aber fiel immer mehr in sich zusammen, immer mehr beugte sich sein Rücken. Seine Augen erloschen. Plötzlich zuckte er zusammen, reckte sich hoch, seufzte, die Brust dehnd, laut auf und gab sich einen Ruck.

„Gehen wir. Es ist höchste Zeit.“ Seine Stimme war sachlich und streng. Ohne mich anzusehen, ging er in den Korridor.

Das erste Aufflammen

Im Innern des Kraftwerkes war es sauber, festlich und geräumig. Vier einfache Petroleumlampen, mit Blechreservoirs und bauchigen Zylindern beleuchteten mit ihren orangefarbenen, fächerförmigen Flämmchen die erst vor kurzem geweißten Wände mit ihrem messingnen Glanz. Bronzefarbener Staub und blaue gewundene Rauchwölkchen flimmerten in der Luft zwischen dem hoch aufgebäumten monumentalen Motor und den Wänden, zwischen den Wänden und der mächtigen Decke. Eine rose Marmortafel an der Wand, die mit ihrem runden, in ihrem klebrigen Glanz hineingemischelten Zifferblatt wie eine große Gedanktafel anmutete, fiel besonders auf. Rund um die komplizierten Dieselmotoren standen und gingen im metallenen Wirrwarr strenger silberner Details, wie verzaubert, Menschen, die im Halbdunkel ebenso bronzen und monumental wirkten wie die Motore. Das ganze Aktive der Kommune war hier: in der Menge, die ich mich jetzt näherte, standen in begeistertem Schweigen die beiden Tschuschkins, Luscha und Grischanka. Luscha Leib schwall sichtbar und üppig auf. Manche sahen sie in mutwilliger Neugierde und Besorgnis an, besonders die Frauen. Sie lächelten geheimnisvoll flüsternd miteinander, und ihre Augen spritzten verstohlene Blicke auf sie.

(Fortsetzung folgt.)

5000 Metallarbeiter im Streik

Ein Vorgefecht für den kommenden Lohnkampf in der Gruppe Nordwest

e. h. Die Lohnbewegung der Siegerländer Hüttenarbeiter hat nunmehr einen solchen Umfang angenommen, daß bereits 75 Prozent aller Arbeiter außerhalb der Betriebe stehen. Von 74 Betrieben arbeiten nur noch 4 Werke, die dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossen sind und die alten Löhne weiterzahlen.

Vor dem Wissenswerk kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Landjägern und Gewerkschaftsfunktionären. Auf Anordnung des Landjäger-Offiziers wurden einige Transparente entfernt, die von den Gewerkschaften aufgestellt worden waren. Das Werk selbst ist angeblich zum „Schutze von Arbeitswilligen“ mit Landjägern umstellt.

Der von den Gewerkschaften angenommene Schiedsspruch des Siegerländer Schlichtungsausschusses ist von dem Schlichter für Rheinland und Westfalen, Dr. Jötten, nicht verbindlich erklärt worden. Der Schlichter lehnt die Verbindlichkeitsklärung mit dem Hinweis auf die kurze Laufdauer des Tarifs, die bis zum 31. 3. 33 befristet ist, ab. Mit dieser Begründung stellt sich der Schlichter

offen auf die Seite des Unternehmertums, da es nach den geltenden Richtlinien ausdrücklich in das persönliche Ermessen des Schlichters gestellt ist, die Laufdauer eines Schiedsspruches von sich aus zu verlängern. Einige kleinere Unternehmer sind bereits geneigt, die im Schiedsspruch festgelegten Löhne zu zahlen. Die Gewerkschaften lehnen jedoch alle betrieblichen Vereinbarungen ab, um durch die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Bewegung einen allgemein geltenden Tariflohn durchzusetzen.

Die Bewegung breitet sich voraussichtlich noch mehr aus, da die Unternehmer auch bei den Bergarbeitern die Lohnlücke durchzusetzen versuchen. Inzwischen ist auch der Angestellten-Gehalts- und Rohmaterial zum Zweck eines „erklärlichen Abbaues“ gekündigt worden. In der Bekleidung einer Siegerländer Angestelltenorganisation heißt es: „Bei einer verkürzten Arbeitszeit von 40 Stunden erhält heute, nach dem Tarifvertrag der Siegerländer Gruben und Hütten ein Angestellter der Gruppe I mit 2 Kindern weniger Gehalt als ein gleichgestellter Wohlfahrtsunter-

stützungsempfänger der Stadt Siegen an Unterstützung bekommt.“

Ein allgemeiner Generalstreik im Siegerland ist nach diesem Vorgehen der Unternehmer nicht ausgeschlossen.

Die Bewegung im Siegerland wird allgemein als ein Vorgefecht für den kommenden Auseinandersetzungen in der Gruppe Nordwest bewertet. Die Absicht der Unternehmer besteht darin, den Gewerkschaften gegenüber ein Exempel zu statuieren, um dadurch eine günstigere Verhandlungsbasis bei den kommenden Lohnverhandlungen für das Ruhrgebiet zu schaffen. Der Lohnarif der Hüttenarbeiter an der Ruhr läuft in aller nächster Zeit ab, so daß die Unternehmer durch einen Erfolg im Siegerland gleichzeitig ein günstiges Vorzeichen für den Kampf an der Ruhr schaffen. Deshalb gilt es, durch eine breite Solidaritätsbewegung die Siegerländer Hüttenarbeiter zu unterstützen, damit die Bewegung nicht, wie der Berliner Verkehrsarbeiterstreik, mit einer Niederlage der Arbeiterschaft endet.

Büffel des Kapitals

Zwickauer
SPD- und ADGB-Sekretär
offenbaren sich als Hausknechte
(Eigener Bericht der SAZ.)

Wilkau i. Sa.

Durch schamlose Abbaumassnahmen des Bezirksfürsorgeverbandes Zwickau vorgenommen an den Wohlfahrtsvereinen, kam es, wie wir bereits meldeten, in den Gemeinden zu spontanen Abwehrmaßnahmen. SAP, KPD, SPI und parteilose Arbeiter kämpften für ihre Forderungen. In Wilkau wurden die Arbeiter bereits am Sonnabend durch die Polizei im Auftrage des Bürgermeisterstellvertreters Racker (SPD) gewaltsam aus dem Rathaus vertrieben.

Eine Erwerbslosen-Versammlung beschloß, der am selbigen Tage abgehaltenen Gemeindeverordneten-Sitzung folgende Anträge zu unterbreiten: 1. Abschaffung der Tribünenkarten. 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die vollen Unterstützungssätze auszuzahlen. 3. Bereitstellung von warmem Mittagessen an die Erwerbslosen.

Sämtliche Anträge wurden von der gesamten Reaktion einschließlich der SPD gegen die Stimmen der KPD und SAP abgelehnt. Während der Sitzung ließ der Gemeindeverordnetenvorsteher Schmidt (SPD) einige Tribünenbesucher mit Polizei aus dem Saal schaffen, auch ordnete er mehrmals die Räumung der Tribüne an. Die Bekanntgabe des Resultats an die draußen stehenden 200 Erwerbslosen lösten Prüfre aus. Auf einmal war das Ueberfallort mit Sipo da, welche sofort von ihrem Gummiknüppel Gebrauch machten. Einige Arbeiter wurden schwer verletzt. Ein Arbeiter lokal und deren Insassen wurden nach Waffen durchsucht.

In der Erwerbslosenversammlung vom Dienstag wurde der Erwerbslosenrat neu gewählt, in dem die SAP, die KPD, ein Reichsbannermann sowie der Vertreter der Erwerbslosen im ADGB, Bruno Wenzel (SPD) nunmehr vertreten sind. Ein Antrag, welcher von dem ADGB-Vorstand forderte, sich mit allen Mitteln für eine Demonstration gegen Abbau, durchgeführt im ganzen Wirtschaftsbezirk Zwickau, einzusetzen, wurde einstimmig angenommen. Eine Kommission, bestehend aus SAP, KPD und dem Genossen Bruno Wenzel, wurden beauftragt, diesen Antrag, versehen durch ihre Unterschrift, Graupe zu unterbreiten. Brück und unverschämte lehnte Graupe dies ab. Ja, er beschimpfte noch die anwesenden Arbeiter: „Wenn ihr in Wilkau so fortfahrt, werden wir einmal das Reichsbanner raus beordern, und Euch die nötige Senge verabreichen.“

Es ist tief bedauerlich für die gesamte Arbeiterschaft, daß solch ein politisch korrupter Mensch, wie Graupe, Vorsitzender des ADGB sein kann. Er steht schon längst jenseits der Barrikaden. Daraus sollten die SPD-Proleten die Lehre ziehen und solche Führer zwingen, abzutreten. Auch den KPD-Arbeitern sei gesagt, wirkliche Einheitsfrontangebote an die Sozialdemokratie als Organisation bringen mehr Klärung unter den SPD-Arbeitern als jahrelanges Geschrei und Geschreibsel über Entlarvung der Sozialfaschisten.

Kraftverkehrsstreik in Prag

Prag, 18. Januar.

Der gestern von den Kraftverkehrsunternehmern der ganzen Tschechoslowakei beschlossene Streik der Motorfahrzeuge (der sich gegen Regierungsmaßnahmen richtet) wurde heute in Prag durchgeführt. Wie die Polizei-Korrespondenz meldet, versuchten Elemente, die nichts mit dem Kraftfahrzeuggewerbe zu tun haben, nach Beendigung der Beratungen der interessierten Organisationen auf der Slawischen Insel in der Moldau die Leitung der Bewegung an sich zu reißen. (II) Daraufhin wurde die Slawische Insel von der Polizei geräumt.

Nachmittags wurden auf dem Wenzel-Platz sechs große Autobusse in der Fahrbahn für den Schnellverkehr aufgestellt, um den Verkehr zu behindern. Ueberdies roteten (II) sich zahlreiche Streikende zusammen. Die Omnibusse wurden von der Polizei besetzt und die Fahrbahn freigegeben. Weitere Ansammlungen von Streikenden wurden durch die Polizei verhindert. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. Da, wie der Zentralverband des Kraftverkehrsgewerbes erklärt, unverantwortliche faschistische und kommunistische (II) Elemente die Kundgebungen der Kraftverkehrsunternehmen ausnutzen, fordert der Verband alle außerhalb Prags wohnenden Krafttransportunternehmer auf, sofort in ihre Heimat zurückzukehren. Damit sind die Kundgebungen des Krafttransportgewerbes in Prag als beendet anzusehen. (??)

Dieser offenbar amtliche Bericht ist das Muster einer polizeilichen Tendenzmeldung. Wenn sich irgendwo Streikende gegen die Streikbruchmaßnahmen der Polizei aufheben, dann sind das „kommunistische Hetzer“.

Im übrigen scheint in Prag der Verband der Kraftverkehrsunternehmen eine sehr zweideutige Rolle zu spielen. Einerseits war er für den Proteststreik, andererseits arbeitet er mit der Polizei zusammen gegen den Streik.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, inserat. Herbert Schoz, Breslau, Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck-Dr. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen, Telefon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau, Gartenstr. 21, Postcheckkonto Breslau 757 88 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92

Gesamt-Verbands-Versammlung in Plauen

Am Sonnabend, den 14. Januar 1933, fand im Gewerkschaftshaus die gutbesuchte Generalversammlung des Gesamtverbandes Plauen statt. Der Angestellte Kollege Kolbe gab den Jahresbericht in mehr als oberflächlicher Weise. Dasselbe kann auch von dem Kassenbericht gesagt werden, der das ostentol nicht gedruckt vorlag.

Die Diskussion eröffnete Kollege Richter. Er gab eine Erklärung ab,

in der er seinen Wiederaustritt aus der KPD, der er erst 8 Tage angehört, begründete.

Kollege Trautmann (SAP) sprach anschließend und nahm sich besonders den politischen Teil des Geschäftsberichtes vor. Er kritisierte die Haltung der Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst, die Verschlebung des Verbandstages auf unbestimmte Zeit, sowie die Vorgänge bei der im Laufe des Jahres erfolgten Absetzung des 1. Verbandsvorsitzenden und die damit zusammenhängende Verschwendung von Geldern bei dem Bau des Verbandshauses in Berlin.

Die Haltung des Verbandes zum Berliner Verkehrsstreik beleuchtete er besonders vom Standpunkt der SAP. Für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem ADGB und Gregor Strasser fand er scharfe Worte der Kritik. Der Berichterstatter der Plauer „Volkszeitung“ nennt solche ihm unbecommene Feststellungen, „provokieren“. Mitglieder am Vorstandstisch zeigten sich als unsachliche Zwischenrufer und versuchten systematisch die Versammlung in die Länge zu ziehen. — Kollege Kolbe hätte sich, im Schlußwort auf die obengenannten Angriffe, außer des Berliner Verkehrsstreiks, einzugehen.

Unter Punkt 2 befähigte sich die Versammlung mit der Bildung einer Ortsgruppenverwaltung Plauen-Oberes Vogtland und der damit verbundenen Einführung des Delegiertensystems Kollege Trautmann (SAP) und Lüddecke (SAP) wiesen auf die Hinter-

gründe dieser Einführung hin. Die durch die wirtschaftliche Lage und durch die Haltung der Gewerkschaften stark zurückgegangene Mitgliederzahl machte es unmöglich, einen zweiten Angestellten zu besolden. Deshalb hatte man erst den Hauskassierern ihre Entschädigung auf ein beschämendes Niveau herabgesetzt und den erkrankten Mitgliedern lokale Vergünstigungen genommen. Weiter mußte man zur Entlassung der weiblichen Hilfskraft schreiten. Aber es half alles nichts. Nun soll das Delegiertensystem und die Gründung einer Ortsgruppenverwaltung die Besoldung eines zweiten Angestellten sicherstellen. Eine Bezirkskonferenz in Dresden hatte diese organisatorische Umstellung diktiert. Den beteiligten Ortsgruppen wurde gar nicht bekanntgegeben, daß diese Angelegenheit dort zur Debatte stehen soll und konnten deshalb auch in keiner Mitgliederversammlung Stellung dazu nehmen.

Ein Kollege der Postsektion, der politisch der SPD nahe steht, schloß sich den Ausführungen unserer Genossen an. Kollege Weinhart (KPD) äußerte sich im gleichen Sinne. Die Abstimmung ergab mit 79 gegen 49 Stimmen die Annahme des Delegiertensystems. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß sich ein beträchtlicher Teil der Stimme enthielt; denn es waren mindestens 200 bis 250 Mitglieder anwesend. Das war ein herrliches Resultat. Und da faselt der Berichterstatter der „Volkszeitung“ von 95prozentigem Vertrauen für den Kollegen Kolbe.

Unter Punkt „Verschiedenes“ stellte Kollege Sinderhuf (KPD) den Antrag auf bedingungslose Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Kollegen und Einsetzung in ihre früheren Rechte. Die Art der Fassung des Antrages ermöglichte es leider den oppositionellen Kollegen nicht, dem Antrag zuzustimmen.

Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß unsere Gewerkschaftsarbeit bei einem großen Teil der Kollegen wachsende Zustimmung findet.

Delitzscher Rundschau

Thomas treibt seinen Spallerkurs weiter! In Delitzsch gab es bis Ende v. J. drei Arbeitersportorganisationen, den Arbeiterturnverein „Frisch auf“, den Sportklub 1920 E. V. und die Freien Schwimmer. Im „Frisch auf“ ist nun der aller Arbeitersportler bekannte Thomas Vorsitzender, ein Erzeformist ersten Ranges, seines Zeichens „Tüchchenkrämer“.

Eine starke Opposition im „Frisch auf“ versuchte Thomas mit seinem Anhang dadurch kalt zu stellen, indem er verschiedene Mitglieder der SAP und ihr nahestehende Sportler durch den Bundesvorstand des ATuSp ausschließen ließ oder sie mit Ausschluß bedrohte. Unsere Genossen und alle anderen, von dem Treiben im Arbeiterturnverein angeekelt, verließen diesen Verein und schlossen sich dem Bruderverein der „Freien Schwimmer“ an. Seit dieser Zeit nun war es nicht mehr möglich, daß der Arbeiterturnverein Turnstunden, die man welche nennen konnte, abhalten konnte. Die Turnsaal der „Freien Schwimmer“ wuchs jedoch, ihre Turnstunden wurden von den Sportlern so zahlreich besucht, daß fast die geräumige Turnhalle zu klein war, während bei dem anderen Verein der Turnbetrieb immer mehr nachließ.

Thomas sann auf Auswege, und sehr da, man fand auch einen, und zwar verschmolz sich der Turnverein „Frisch auf“ mit dem Sportklub 1920 E. V. zum Verein für Körperkultur F. V. Man lud auch die „Freien Schwimmer“ ein, sich an dieser Verschmelzung zu beteiligen. Das hatte den Thomas usw. passen können, um somit die oppositionellen Kräfte der Arbeitersportbewegung

in Delitzsch recht schön an die frische Luft befördern zu können. Auch die „Freien Schwimmer“ sind nach wie vor auf dem Standpunkt der Schaffung eines Zentralvereins, aber unter solchen Umständen mußten sie es ablehnen, sich mit zu verschmelzen.

Am letzten Sonntag nun hatten die „Freien Schwimmer“ zu einem Werbeabend eingeladen, der zahlreich besucht war und außerordentliche Leistungen aufweisen konnte. Zu diesem Werbeabend brauchten nun die Freien Schwimmer einen Barren zum Turnen, den sie auch erhalten sollten vom VfK. Als nun einige der Sportgenossen von den Schwimmern den Barren holen wollten, erklärte man ihnen, daß sie den Barren nicht haben könnten. So faß wohl Herr Thomas seine Ausführungen auf: „Ja, aller Streik unter den Arbeitersportlern in Delitzsch begehrt werden müsse“. Neffe Arbeiter-sportler sind es, die ihrem Bruderverein die Benutzung eines Turnbarrens versagen. Die Schwimmern erhielten aber trotzdem noch am Sonnabend Abend einen Turnbarren denehen wenn auch von einem bürgerlichen Turnverein. Auch die Ausrede, die Thomas vielleicht zu seiner Entschuldigung braucht, daß ein Mitglied der freien Schwimmer sich „spottelnd“ über den neuen VfK geäußert habe. Aber noch weitere Sachen haben diese „Auchdarbeiter-sportler“ vor, doch darüber werden wir die Arbeiterschaft von Delitzsch ein anderes mal unterrichten. Aber den Leuten am Thomas sei gesagt, eher geht ihr zu Grunde, als daß es euch gelingen würde, den Verein der „Freien Schwimmer“ zu zerschlagen.

Die Eisernen brauchen Reklame!

Um ihren Karren wieder etwas flott zu machen, hatte die „Eiserne“ am Montag zu einer Kundgebung aufgerufen. Parole: „Gittgas über Delitzsch“. Denn in der vorherigen Woche war ja der bekannte Oberleutnant Rogbach, bekannt aus dem Kapp-Putsch und als Führer der „Schwarzen Reichwehr“, mit seinem Gasschutztrup Ekehard in Delitzsch. Die SAZ hat hierüber schon berichtet. In der Sitzung im Stadtverordnetenrat konnte man von der Anwesenheit der Eisernen allerdings nichts merken, dort hüllte man sich fein in Schweigen, man überließ es dort unserem Genossen Gebhardt, die Stellung der Arbeiterschaft zu dieser Frage des Gasschutzes zu behandeln.

Als Paradeferd, noch dazu als zugkräftiges für die Weiblichkeit, holte man sich die Reichstagsabgeordnete Aenne Rabe-Zammerl.

Nun zu den Ausführungen der Frau M. d. R. Sie waren sachlich, zeigten nochmals mit allen Schrecken die Ergebnisse des letzten Völkermordens auf. Zeigten weiter auch die Schrecken eines kommenden Gaskrieges, gegen den es einen wirksamen Schutz leider nicht gibt. Deshalb sei auch die Propaganda gewisser Leute, wie des Oberleutnants Rogbach, nur Geschäftsmacherei, mit dieser Gasschutzpropaganda. Aber um nun der Arbeiterschaft aufzuzeigen, was sie in einem kommenden Kriege zu tun und zu lassen hat, kein Wort, nichts davon. Was nützen alle Befeuerungen: „Wir wollen nie wieder einen Krieg“, was nützen alle Beschlüsse und Hinweise darauf von sozialdemokratischen Parteitag und internationalen Kongressen.

Denn so lange es imperialistische Staaten gibt, wird es auch Kriege geben. Sie werden unvermeidbar sein, trotz Völkerverbund und Abrüstungskonferenzen. Da gibt es für die Arbeiterschaft nur die Parole: Krieg dem Kriege! Umwandlung des Krieges in eine Revolution!

Kein Wort hörte man von ihr über die Rolle der Gewerkschaften bei Ausbruch eines Gaskrieges, über die Anwendung des Generalstreiks. Nur immer wieder die Befeuerung, wir sind friedliebend, wir Sozialdemokraten, wir wollen keinen Krieg.

Dann berichtete Schwahn (Vorsitzender der SPD) noch über die in Delitzsch stattgefundenen Sitzung über den Gasschutzrummel. Auch er fand kein Wort über die Haltung der Arbeiterschaft im Falle des Ausbruches eines Krieges. Doch was will man schon von „Panzerkreuzer-Sozialisten“ verlangen! F. Sch.

Ortsverwaltungswahlen der Eisenbahner

Der Einheitsverband der Eisenbahner Delitzsch hielt am Montag, den 16. Januar Generalversammlung ab. Gleich bei Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende, Gen. Wagner, unserer großen Toten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, die am 15. Januar 1919 von der Reaktion hingerichtet wurden, sowie Lenin und den lebendig im Kerker begrabenen M. N. Roy und aller eingekerkerten Genossen, mit dem Gelöbnis, ständig für ihre Befreiung zu wirken. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Toten und der verstorbenen Kollegen der Ortsgruppe von den Plätzen. Vorsitzender und Kassierer erstatteten sodann den Jahres- und Kassenbericht. Dem Vorstand wurde von der Versammlung einstimmig Entlastung erteilt. Nach weiteren Berichten über die Tagung des Krankenkassenausschusses, sowie des Betriebsrats-Vorsitzenden, Gen. Gebhardt über die Tätigkeit des Betriebsrates, sowie des Gewerkschaftskartells, tunden die Neuwahlen der Ortsverwaltung und des Funktionärkörpers statt. Der Gewerkschaftsvorstand sowie Unterkassierer, in der Mehrheit von Genossen und Sympathisierenden der SAP zusammengesetzt, wurde einstimmig wiedergewählt, und damit unseren Genossen für ihre Tätigkeit das volle Vertrauen ausgesprochen.

Gen. Geithe führte im Anschluß den Kollegen die politische Situation vor Augen und erwähnte, daß neben einer einheitlichen geschlossenen Gewerkschaftsbewegung auch die Unterstützung der Konsum-Genossenschaft eine wichtige Aufgabe der Eisenbahner sei. Unter lebhaftem Beifall schloß der Vorsitzende nach interessanter, fast 5 stündiger Tagung, die Jahresversammlung

Die Aufgabe der SAP

Die Sozialistische Arbeiter-Partei ist entstanden aus einer Notlage heraus. Ihre Aufgabe wurde bestimmt durch diese Lage. Ihre Berechtigung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung muß durchaus gewertet werden danach, ob und wie weit es ihr gelingt, diese aus einer bestimmten Lage sich ergebende Aufgabe zu lösen.

Die Not, aus der sie geschaffen wurde, geht zurück in die Vorkriegszeit. Schon damals, schon unter Bebel's Leitung machte sich das Bestreben bemerkbar, in der Sozialdemokratischen Partei eine tatsächlich nicht vorhandene Einheit künstlich zu schaffen durch organisatorische Maßnahmen, durch Zurückdrängen der Minderheitsansichten, Diffamierung und unter Umständen Ausschluß ihrer Träger. Die Gewöhnung der deutschen Arbeiterschaft an den militärischen Drill und die unbedingte Unterordnung des Obrigkeitsstaats erleichterten das in einem Maße wie in keinem andern europäischen Lande. Daß trotzdem die offiziell bekämpfte revisionistische Richtung in der Politik der Partei sich durchsetzte trotz aller scheinradikalen Beschlüsse und Agitationsphrasen, rührte vor allem daher, daß die Gewerkschaften, die an Mitgliederzahl und praktischem Einfluß auf die Massen stärker als die Partei und von dieser vollkommen selbständig waren, ihren Apparat genau so stark wie die Partei aufbauten und diese in ihren Kurs hineinzwangen, allen scheinbar radikalen Bekenntnissen zum Trotz. Dagegen blieb die Linksopposition, die über keinen Apparat verfügte, praktisch vollständig einflußlos und mußte es bleiben, denn die Mitglieder waren nicht erzogen, Diskussionen zu Ende zu denken, Argumente auf ihre Grundlage hin selbstständig zu prüfen, sondern auf von oben her gegebene Parolen mit Präzision einzuschwenken.

Diese Erziehung der deutschen Arbeiterschaft hat es verschuldet, daß die durch den Krieg verursachte Spaltung, die in allen andern westeuropäischen Ländern entweder vermieden wurde oder nach einiger Zeit überwunden, sich zu einem immer tiefer fressenden Uebel auswuchs. In dem Augenblick, wo in Deutschland zwei Parteien bestanden und ihre Apparate aufbauten, wirkte sich die von der Vorkriegszeit überlieferte Apparatsgläubigkeit der Mitglieder so aus, daß der Einfluß des gesellschaftlichen und politischen Geschehens gar nicht mehr ungefälscht an den organisierten Arbeiter herankam, daß er nur noch durch die Parteibrille sah, und, von jeher an selbständiges Durchdenken der Probleme nicht, um so besser an die Handhabung der Parteischlagworte gewöhnt, diese im Interesse der jeweiligen Parteiapparate gefundenen und also vor allem gegen die rivalisierende Arbeiterpartei gerichteten Schlingworte gegen den parteifremden Klassen- und Zielgenossen solange wandte, bis dieser Bruderkampf als Inbegriff des politischen Kampfes überhaupt erschien, Blindheit gegen die Gesamtlage der Klasse und einen erbitterten Haß gegen den Klassen-genossen schuf, der nur noch als Gegner, ja sogar als der Gegner erschien. Dieser vom politischen Standpunkt aus völlig unsinnige und katastrophale Zustand ist vom Standpunkt der vom Apparat beherrschten Organisation unvermeidlich. Er sichert den jeweiligen Beherrschern dieses Apparats ihre Stellung (solange nicht wie in der KPD die übergeordnete Organisation der Moskauer Zentrale eingreift), aber er macht unvermeidlich alle politischen Fragen zu Fragen zweiten, dritten, ja letzten Ranges und erklärt ohne weiteres die politische Unfruchtbarkeit der beiden großen deutschen Arbeiterparteien. Entscheidend für deren Verhalten sind ja nicht die Erfordernisse der politischen Lage, sondern, wie weit ein bestimmtes politisches Verhalten der Stellung der führenden politischen Funktionäre stärkt oder zu erschüttern droht.

Dieses Verhalten und dieser Zustand der Sozialdemokratie steht in einem offenkundigen, nur von den Mitgliedern nicht erkannten Gegensatz zu den von ihr proklamierten innerdemokratischen Grundsätzen. Die SPD-Opposition hatte für sich den Grundsatz, daß alle Beschlüsse zu erfolgen hätten nach Entscheid der Mitgliedschaft. Sie konnte sich darauf berufen, daß das Verhalten des Parteivorstandes und des von ihm beherrschten Apparates eine wirklich demokratische Entscheidung unmöglich mache, indem es die Einsicht der Mitgliedschaft einseitig fälsche und dadurch die politischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage und der politischen Entwicklung verhindere. Als die Spaltung erfolgte, waren es die Ausgeschlossenen und die freiwillig Ausgetretenen, welche die wahren sozialdemokratischen Grundsätze und — fügen wir hinzu, die marxistische Erkenntnis, daß nur aus der klar herausgestellten gesellschaftlichen Wirklichkeit mit der Erkenntnis die richtige politische Entscheidung erwachsen kann — gegen eine abwegige Ueberlieferung und einen zum Selbstzweck gewordenen Apparat verteidigten.

Die SAP war in ihren Anfängen Vertreterin des wahren sozialdemokratischen Grundsatzes, daß eine Arbeiterpartei die Organisation des Massenwillens nach Maßgabe der in freier Diskussion gewonnenen Massenerkenntnis zu sein habe.

Dieser Grundsatz schließt in sich die Erkenntnis, daß ein solches Massenwollen sich nur bilden kann als Resultante, als Durchschnitt sehr verschiedenartiger und gerade in Deutschland aus den verschiedensten sozialen und politischen Bedingungen entstandener Willen, denen zunächst nur die einheitliche Richtung auf das sozialistische Endziel gemeinsam ist.

Eine Unfehlbarkeit, eine hundertprozentige Richtigkeit irgendeiner Ueberzeugung schließt

diese Erkenntnis von vornherein als unmöglich aus. Jede Ueberzeugung hat ihre Berechtigung zunächst aus der gesellschaftlichen Lage ihres Trägers, deren Ausdruck sie ist. Sie ist deswegen aber auch notwendig objektiv begrenzt durch den begrenzten Standort dieses Trägers, subjektiv durch mangelndes Wissen, mangelhafte Erkenntnisfähigkeit, persönliche Wünsche und eigenstichtige Strebungen. Keine solche persönliche Ueberzeugung hat daher Anspruch auf Gültigkeit, sondern nur diejenige, welche nach möglichst vorurteilsloser Prüfung aller und nach Klarstellung des gemeinsamen Faktors, der in den Einzelauffassungen infolge der gemeinsamen Klassenlage sich herausstellen muß, die Einzelüberzeugungen in sich zu sammeln vermag.

In einer Partei sind die Bedingungen zu einer solchen Ueberzeugungsbildung zunächst dann am günstigsten, wenn sie als Massenpartei Klassengenossen in sehr verschiedenartiger Lage vereinigt, so daß durch diese Verschiedenartigkeit die Vielheit der möglichen Standpunkte wirklich vertreten wird. Dieser Vorteil einer Massenpartei wurde in den beiden großen Parteien aufgehoben durch die verfälschend und einseitig wirkende Apparatherrschaft. Eine kleine Partei erliegt demgegenüber sehr leicht der Gefahr, nur einen bestimmten engen Ausschnitt der Arbeiterbewegung darzustellen, und demgemäß auch nur einseitig beschränkte Ueberzeugungen. Es war in den Anfängen der SAP ihr Glück, daß sie sehr verschiedene Ueberzeugungen in sich vereinigte, daß sie wirklich einen Durchschnitt bot durch die sozialdemokratischen Richtungen, soweit sie ehrlich und entschieden sozialistisch waren. Damit war ihr die Möglichkeit gegeben, im kleinen das zu leisten, worin die Sozialdemokratie durch Herrschaft ihres Apparates gehindert wird: eine Filter- und Klärungsanlage zu sein, durch welche die zur Zeit beste und umfassendste Auffassung der jeweiligen Lage zum Gemeingut der Organisierten und dann darüber hinaus zum Gemeingut auch der übrigen Arbeiter geworden wäre.

Diese ungemein wichtige Aufgabe, die der SAP eine Bedeutung ganz unabhängig von ihrer Mitgliederzahl gesichert hätte, wurde schon in der ersten Zeit ihres Bestehens durchkreuzt durch einen Teil der Mitglieder. Diese sahen nicht den Grundfehler, an welchem beide großen Parteien krankten: die Erstarrung, weil jede echte Meinungsbildung in ihnen unterbunden war und die künstlich organisierte Parteimeinung nun gar nicht mehr Ausdruck der wahren Lage ihrer Mitglieder sein konnte.

Sie konzentrierten ihre Angriffe nicht auf dies Grundübel, sondern auf ein Symptom, das dessen Folgeerscheinung ist, den „Reformismus“ der Sozialdemokratie,

und sie sahen demzufolge als ihre Hauptaufgabe an, jede Spur des gehabten Reformismus aus der SAP zu vertilgen und seine Anhänger mit Feuer und Schwert, lies: mit jedem Mittel persönlicher und sachlicher Polemik, sowie mit Hilfe aller in den großen Parteien erlernten Apparatskniffe zu erledigen.

Damit war die Aufgabe der SAP von vornherein in Frage gestellt, weil von einer Teil ihrer Mitglieder diese Aufgabe verneint und das bekämpft wurde, was der eigentliche Grund und die Rechtfertigung ihrer Existenz war. Diese Situation verschärfte sich, als die kommunistische Opposition in die Partei eintrat, von vornherein mit der erklärten Absicht, sie in eine „kommunistische Partei zu verwandeln“. Stellen wir fest, daß diese Formulierung von vielen Genossen nicht verstanden wurde. Sie verstanden unter „Kommunismus“ einfach konsequente und revolutionäre Sozialismus. Für die KPO hat der Ausdruck die weit präzisere Bedeutung des Leninismus oder sagen wir allgemeiner des Bolschewismus. Das heißt, sie sehen die Aufgabe einer sozialistischen Partei darin, als Stoßtrupp unter streng zentralisierter Führung und mit scharf formuliertem Programm, auf das der einzelne bedingungslos verpflichtet ist, die Mehrheit der Arbeiterschaft in der sorgfältig vorbereiteten revolutionären Situation unter Umständen auch durch Ueberrumpelung mitzureißen. Eine solche Partei kann nur existieren mit und durch einen allmächtigen Apparat, ja, dieser Apparat ist eigentlich die Partei, der sich die Masse, der nicht mit voller Erkenntnis begnadeten und zu dieser erst in strenger Disziplin zu erziehenden Mitglieder unterzuordnen hat. Die durchaus bolschewistische Formulierung dieses Zustandes als demokratischer Zentralismus verhält für die Menge der nicht ursprünglich kommunistischen Mitglieder diese Absicht, während historisch dieser demokratische Zentralismus sich darstellt als die theoretisch von Lenin begründete und in der russischen Kommunistischen Partei sowie in der Dritten Internationale konsequent durchgeführte autoritäre Herrschaft des Parteiapparats.

Was will die SAP?

Von dieser wichtigen Werbebroschüre ist nur noch ein kleiner Rest vorrätig. Die Broschüre gehört in die Hand jedes SAP-Genossen und jedes mit ihr sympathisierenden Arbeiters. Der geringe Preis (10 Pfennig für 32 Seiten) macht die Massenverbreitung sehr geeignet. Da nur noch ein kleiner Teil vorrätig ist, müssen die Ortsgruppen noch rechtzeitig Bestellungen aufgeben. Bestellungen sind zu richten an die Bezirksleitung der SAP Berlin-Brandenburg, Berlin O 27, Magazinstraße 12a.

Mit anderen Worten: die Apparatherrschaft, welche in der Sozialdemokratie Deutschlands gegen deren Grundsätze sich tatsächlich durchgesetzt hat, und die zu bekämpfen die SAP entstand, ist in den kommunistischen Parteien aller Schattierungen die aus ihrer theoretischen Auffassung von dem Wesen einer revolutionären Partei sich ergebende notwendige Form ihrer Existenz.

Es ist also den kommunistischen Genossen in der SAP kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie ihrer Auffassung entsprechend die Umwidmung der Partei mit allen den Mitteln versuchten, die aus ihrer Theorie nun einmal folgen. Ja, sie werden sogar auf den Vorwurf, sie hätten durch eine mißverständliche und tatsächlich mißverständliche Ausdrucksweise große Teile der Mitgliedschaft über ihre Absicht getäuscht, antworten, daß das Recht zu solcher Täuschung und Ueberrumpelung ja sogar die Pflicht dazu aus ihrer Theorie sich ergebe, und daß es die Aufgabe der Mitgliedschaft gewesen sei, sich zu orientieren, was sie, die KPO, unter Kommunismus und demokratischem Zentralismus eigentlich verstehe. Darüber braucht man nicht zu streiten. Festzustellen ist nur, daß diese kommunistische, exakter bolschewistische, Theorie und Praxis im denkbar schärfsten Gegensatz steht zu der grundsätzlichen Einstellung, welche die sozialdemokratische Opposition gegen den sozialdemokratischen Apparat und seine Herrschaft kämpften ließ, und aus welcher heraus die SAP für geschichtlich notwendig ansah.

Eine Verständigung ist hier durchaus unmöglich.

Gemeinsam ist den beiden Richtungen in der SAP nur das Endziel: die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft durch die Eroberung der politischen Macht.

Innerparteiliche Demokratie oder Apparatherrschaft?

Die Gründung der SAP hat bei dem Teil der Arbeiterklasse, die die reformistische sowie die „kommunistische“ Apparatherrschaft genügend ausprobiert hatte, die größten Hoffnungen für die Zukunft erweckt.

Nach einem Jahre der Entwicklung hat sich jedoch in der Partei eine Atmosphäre herausgebildet, die Anlaß zu den größten Sorgen für den Bestand der Partei gibt.

Es muß für jeden revolutionäre Grundsatz sein, daß die Partei, wenn sie ihr Ziel, nämlich den Sozialismus, erreichen will, ein grundsätzliches revolutionäres Programm haben muß, das als Richtschnur für jeden Funktionär verbindlich sein muß.

Dieses Programm kann und darf aber kein Dogma sein. Die Möglichkeit einer Ueberprüfung aus den taktischen und ökonomischen Erfahrungen muß jederzeit und auf jedem Parteitag bestehen. Anträge dieser Art müssen vorher im breitesten Rahmen der Mitgliedschaft diskutiert werden können.

Ob solche Abänderungsanträge eine revolutionäre Grundlage haben, oder ob sie opportunistisch-reformistisch sind, kann erst entschieden werden, wenn solche Anträge vorliegen. Diese Feststellung zu treffen, ist nur die Mitgliedschaft bzw. ihre Vertreter auf dem Parteitag berufen. Im Rahmen dieser Entscheidung kann keinem Funktionär, auch keinem Parteivorstand, auch keinem Parteivorstandsmitglied ein besonderes Recht zugesprochen werden.

Von Parteitag zu Parteitag hat der Parteivorstand die Pflicht, die prinzipielle Haltung der Funktionäre und der Parteipresse zu überwachen. Der Parteivorstand ist der Gesamtpartei verantwortlich. Diese Ueberwachungs-pflicht steht auch jedem einzelnen Parteimitglied zu.

Dieses Ueberwachungsrecht bzw. Pflicht darf aber nicht zu kleinlichen Schikanen oder gar zur Diffamierung einzelner Funktionäre führen, die die Partei in eine Atmosphäre hineinlaboriert, die eine sachliche kameradschaftliche Diskussion unmöglich macht. Vor allen Dingen müssen wir von den Parteivorstandsmitgliedern verlangen, daß sie jegliche unterirdische, unkontrollierbare Miniarbeit unterlassen. Wenn ein Parteifunktionär gegen die Grundsätze oder das Organisationsprinzip verstößt, steht jedem Parteimitglied das Recht zu, entsprechend dem Organisationsstatut Anträge zu stellen. Hat er es selbst unterlassen, Anträge zu stellen, so hat er das Recht verwirkt, anderen darüber Vorwürfe zu machen bzw. bei den Mitgliedern durch Unterminierungsarbeit eine Pogromstimmung gegen andere Genossen zu erzeugen.

Daß in der jungen Partei von verschiedensten Seiten unkontrollierbar Fraktionsarbeit geleistet wird, kann doch wohl nicht bestritten werden. Die nicht genügend begründeten Behauptungen, die fast in allen Konferenzen und Versammlungen wiederkehren, daß dem und dem Genossen die Prinzipien-erklärung nur ein Lippenbekenntnis sei, die geheimen Rundschreiben und Briefe von Richtungen, an denen sich selbst Parteivorstandsmitglieder beteiligen, lassen bereits erkennen, wie groß die Gefahr für die Partei geworden ist.

Ich kann für mich ebenso wie Genosse Walcher und andere in Anspruch nehmen,

Es heißt den Gegensatz vertuschen und verschleiern, wenn man auf KPD-Seite von reformistischen Abirrungen spricht.

Jede einzige Maßnahme, die eine revolutionäre Partei ergreift, kann für sich gesehen reformistisch genannt werden. Lenin war, so gesehen, der größte Reformist und Opportunist, den die Welt getragen hat. Sinnvoll ist der Gegensatz zwischen Reformismus und revolutionärer Einstellung nur dann, wenn man unter dem ersteren die Anschauung versteht, daß die Gesellschaft ohne entscheidende politische Machtkämpfe und ohne die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse in den Sozialismus hineinwachsen. Alle, die dieser Auffassung nicht sind, werden zu unrecht Reformisten genannt, mögen die Einzelmaßnahmen, die sie in einem gegebenen Augenblick vorschlagen, auch so reformistische sein wie Lenins Aufteilung des Bodens unter die Bauern oder seine Einführung des Nep.

Nein, der Gegensatz ist tiefer und unver-söhnlicher. Auf kommunistischer Seite der Glaube an die Wirksamkeit eines unfehlbaren und allmächtigen Apparats, wie er in Rußland seine Herrschaft über die Massen ausübt, die Herrschaft einer revolutionären Minderheit über die Mehrheit des Proletariats. Auf Seiten der sozialdemokratischen Opposition die Ueberzeugung, daß nur die Masse selbst auf dem Wege unermüdlicher Bewußtseinsklärung und steter Nachprüfung der erworbenen Erkenntnisse an den Tatsachen den Weg zur Macht aus eigener Verantwortung finden kann, daß aber ein selbständig gewordener und zentralistisch regierender Apparat diese Bewegung notwendigerweise tötet, daher schließ-lich kontrarevolutionär wirkt.

Es ist notwendig, dies mit aller Schärfe auszusprechen, denn nur, wenn wir die Unvereinbarkeit beider Auffassungen erkennen, können wir ohne kleinlichen Gezänk, ohne die vergiftende Gehässigkeit persönlicher Ablehnungsmanöver die Wege gehen, die unsere Ueberzeugung uns führt. Anna Siemson.

zu denen zu gehören, die bei Ausbruch des Krieges sofort den Kampf gegen die Kreditbewilligung aufnehmen. Ich bin auch in der Revolution für die Bewaffnung der organisierten Arbeiterklasse eingetreten. Ich kann heute noch nicht die Methoden der Zerschlagung der USP billigen, weil ich der Ueberzeugung bin, daß eine revolutionäre Entwicklung dieser Partei auch innerparteilich möglich war. Ich habe den Schritt zur KPD nach der Spaltung der USP nicht getan, weil ich die Apparatherrschaft in dieser Partei vorausah. Die Genossen Walcher, Frölich, Galm und die gesamte KPO einschließlich der Trotzlisten sind als Kommunisten das Opfer dieser Apparatherrschaft geworden. Haben sie aus dieser Vergangenheit nichts gelernt?

Die gegenwärtige Auseinandersetzung in der SAP hat, wenn es auch behauptet wird, nicht die Abänderung der Prinzipienklärung zur Grundlage. Das ist nur eine vorgeschobene Beweisführung. Der Kampf geht darum, wer die Führung haben soll. Ich hege die Zuversicht, daß, wenn wirklich von dem einen oder anderen Genossen ein Angriff auf die revolutionäre Grundlage der Partei geplant sein sollte, die Mitgliedschaft und die Zusammensetzung des Parteitages Gewähr genug bietet, solche Angriffe abzuschlagen.

Der Fall Ziegler-Breslau hat seine Eriedlung in der Annahme einer Resolution gefunden, die dem Genossen Ziegler eine un-zweideutige Mißbilligung über seine Haltung ausspricht. Genosse Ziegler hat daraufhin seine Funktion in der Partei niedergelegt. Der Fall Frank rechtfertigt keinesfalls die Herausbeschwörung einer solchen Atmosphäre. Im Falle Frank und Seigewasser ist bereits ein Präzedenzfall geschaffen worden zur Außerachtlassung der für jeden verbindlichen Statuten.

Die herausbeschworene Stimmung in der Partei verdichtet sich bereits zu Anträgen, die von jedem Funktionär die vorbehaltlose Anerkennung der Prinzipienklärung verlangt. Ist die Prinzipienklärung schon der Weisheit letzter Schlus im revolutionären Sinne?

Welche Instanz soll entscheiden, wenn irgendein Mitglied gegen die Prinzipienklärung oder die Organisationsbasis der Partei verstößt? Soll nach wie vor das Statut, das in allen Fällen eine Schiedskommission vorsieht, bei Ausschüssen entscheiden oder die Parteinstanzen? Das haben sich wohl die Antragsteller selbst nicht überlegt, oder?

Hüten wir uns vor dem ersten Schritt. Die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung ist in dieser Beziehung voller Enttäuschungen. Viele Genossen, auch ich, lehnen es ab, erneute Sisyphusarbeit zu leisten.

Die Apparate haben ihre eigenen Gesetze. Die kann man nicht mit der Avantgarde oder Elite der revolutionären Arbeiterklasse gleichsetzen. Die Avantgarde kann nur eine geistige, aber selbstlose und aufopferungsfähige Elite in der Partei sein, die ihr geistiges Uebergewicht nur benutzt, um der Bewegung einen Rahmen zu geben, der es ermöglicht, alle taktischen und ökonomischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die der Partei die Massenbasis und das Vertrauen schaffen, die revolutionäre Umwälzung zu vollziehen. Andreas Portune.

Demokratischer Zentralismus als Organisationsprinzip

August Siemsen geht in seinem Diskussionsartikel, der als Überschrift die schlaue Fragestellung hat „Bolschewistische oder demokratische Organisationsprinzip“ einem Schaulocher, der seine „Gegenüber“ erst einmal möglichst ungünstig platziert, um selbst mit den Schlägen, die er ausstößt, einen desto günstigeren Eindruck machen zu können. Anders kann es nicht erklärt werden, daß er unaufrichtig dort angreift, wo nichts anzufangen ist, unaufrichtig leidenschaftliche Attacken für die innerparteiliche Demokratie ist, deren unbedingte Notwendigkeit meines Wissens niemand von den angegriffenen Genossen bestritten worden ist. Allerdings verfechten sie den „demokratischen Zentralismus“, der in der Prinzipienklärung gefordert und im wesentlichen mit der Einheit der grundsätzlichen Auffassungen und der Parteilaktionen, gesichert durch die ständige Kontrolle und Beeinflussung seitens der Mitgliedschaft, definiert wird. Wo aber steckt hier der Gegensatz zur innerparteilichen Demokratie, wenn innerlich ziemlich verständlich lediglich die Mitgliedschaft und den unteren Parteilaktionen die Rolle und die Verpflichtungen der höchsten Instanz zugewiesen werden? Wenn lediglich in der Frage der nun einmal notwendigen zentralen Lebensüberlegungen der Partei der Nachdruck auf das Wort „Zentralismus“, in Bezug auf die Erzeugung und die Kontrolle dieser Lebensüberlegungen der Nachdruck auf das Wort „demokratisch“ gelegt wird? Im Sinne der Formulierung der Prinzipienklärung haben Führung und Aktionen ständig konkreter, bewußter, grundsätzlicher und vorwärtstreibender Ausdruck des Willens der Mitgliedschaft zu sein. Kann man mehr an innerparteilicher Demokratie verlangen? Ist das Bevormundung, Gängelung, Führerdiktatur? Allerdings wird dadurch auch die Gefahr vermieden, daß die Führung zum Hausdiener und zum Spielball der verschiedenen Gruppen herabgewürdigt wird.

Nun will August Siemsen nicht den demokratischen Zentralismus der Prinzipienklärung, er will etwas noch Demokratischeres. „Es kommt hier nicht darauf an, ob man der Prinzipienklärung hundertprozentig zustimmt oder nicht. Es handelt sich um die ganz andere Frage, ob die erstrebenswerte ideologische Einheit der Partei diktiert oder erzwungen werden kann, oder ob sie am Ende einer auf Grund breiter Diskussion und Schulungsarbeit unter aktiver Teilnahme der Mitgliedschaft sich vollziehenden Bewußtseinsklärung stehen muß. Diktiert und erzwungen werden kann sie natürlich nicht! Das hat keiner der angegriffenen Genossen je verfochten! Doch stelle ich mir Genosse Siemens Methode der Herbeiführung der ideologischen Einheit so vor: Erstens: Diskutieren, diskutieren! Irgendwo an einem imaginären Ende steht die Bewußtseinsklärung aller, die sich an der Diskussion beteiligen. (Das Ende wird niemals erschienen. Immer wieder wird bei so breiter Grundlage Bewußtsein zu klären sein.) Aus dem geklärten Bewußtsein ergibt sich schließlich die ideologische Einheit der Gesamtmigliedschaft. Die Folgerung ist: Irgendwo an einem imaginären Ende erhalten unsere Aktionen die Durchschlagskraft, die bitter notwendig ist. Denn sie können nur aus einer wirklichen ideologischen Einheit resultieren. Leider war es deswegen höchste Zeit für die Gründung der SAP.

well es höchste Zeit für wirklich proletarische, wirklich durchschlagende Aktionen ist. Es ist also auch höchste Zeit, die ideologische Einheit aller in unserer Partei Tätigen im Interesse der Schlagkraft unserer Partei herzustellen.

Es ist im selben Interesse höchste Zeit, daß alle Führer und Funktionäre sich offen und eindeutig zur Prinzipienklärung bekennen können, statt daß diese „als Ganzes und in allen Einzelheiten als Diskussionsgrundlage“ angesehen wird. Wenn schon, dann wäre es bedeutend richtiger gewesen, man hätte hier in der Diskussionsbeilage zuerst über diese „Diskussionsgrundlage“ diskutiert, statt sich mit dem immerhin untergeordneten Organisationsprinzip zu befassen.

Es ist eine Selbsttäuschung und durch die Praxis als solche erwiesen, wenn man die Prinzipienklärung als Ganzes und in allen Einzelheiten als anzukämpfendes, innerlich abgelehntes Diskussionsobjekt und gleichzeitig als verpflichtendes Maßstab und als Operationsbasis des alltäglichen politischen Handelns ansehen zu können glaubt. Diese Zweiteilung des eigenen Bewußtseins muß schädlich und auf die Dauer unmöglich sein. Verbesserung der Prinzipienklärung gemäß den Erfahrungen und ihr Ausbau zu einem Programm durch tätige Mitarbeit aller auf ihrem Boden stehenden Genossen; ja! Aber sie als Operationsbasis mit Vorbehalt und mit der Tendenz, später auch offiziell zu einer anderen hinüberwechseln zu wollen, anzusehen, kann niemals der Zweck der Übung sein.

Diese dringend notwendige und gegenwärtig durchaus mögliche Klärung der eigenen Stellung zur Prinzipienklärung, die unvermeidbar ist mit der Auffassung, daß sie beiläufig „als Ganzes und in allen Einzelheiten als Diskussionsgrundlage“ angesehen werden kann, muß bei allen Mitgliedern, vor allem bei der Führung und den maßgebenden Funktionären, vollzogen werden. Genosse Siemsen aber sieht im Aussprechen dieser Notwendigkeit ein Diktieren- und Erzwingenwollen, sieht darin Dogmatismus, Engstirnigkeit und Parteidiktatur, Verappattung, Ketzerfächerel, Fraktionsbildung, bolschewistische Prinzipien und weiß was nicht alles. Sollte das nicht eine

gewisse Stimmungsmache sein? Die Definition der Begriffe Dogmatismus und Fraktionsbildung bleibt er uns schuldig. Höchstens interpretiert er sie mit der langweiligen Behauptung, daß die Schulungskurse und Diskussionsarbeiten zum Zwecke der Fraktionsbildung vermittelt sein sollen. Die Konstruktion angeblicher Unterschiede zwischen Siemens Schulungsarbeit und der der „KPO“-Genossen scheint mir eher von „dogmatischer Engstirnigkeit“ zu zeugen. Den Begriff „bolschewistisch“, der bei ihm recht gefühlsbetont zu sein scheint, definiert Genosse Siemsen. Das sind eben die dogmatischen und zentralistischen Prinzipien, das sind die Fraktions- und Klauenklänge der kommunistischen Parteien und Sektens. Ich habe keinen Anlaß, diese zu verteidigen. Nur fällt mir auf, daß das Erschreckende sind, die samt und sonders auch auf das reformistische Lager zutreffen. Also auch hier „bolschewistische Organisationsprinzipien“? Hier trifft doch August Siemsen überhaupt keine Bemerkung ebenfalls zu, daß die Aufgabe der innerparteilichen Demokratie Andersdenkende zur Fraktionsbildung zwingt. So wurden Seydewitz, Rosenfeld, Siemsen und vier anderen SPD-Oppositionellen damals zur Fraktionsbildung gezwungen. Doch nach Genosse Siemsen hat der Fraktionsbildung

hasst nur Waicher, Frölich und Genossen davor unrettbar infiziert, daß sie im Zwange dieser Krankheit nicht anders können, als unentwegt Fraktionen zu bilden und Ketzer zu riechen. Ich muß gestehen, ich rieche bei August Siemsen zwar nicht Ketzerfächerel, aber eine starke Dosis Fraktionsfächerel.

Auf alle Fälle ist zu verfechten, das Wort „bolschewistisch“ unter Ausnutzung der primitiven Gefühlselemente, mit denen es von bürgerlicher und reformistischer Seite durchtränkt worden ist, bei jeder Gelegenheit als eine Art Kinderbrei für noch in Vorurteilen befangene Genossen anzuwenden.

Wir haben uns offen und eindeutig für die Prinzipienklärung eingesetzt, da wir uns mit ihr die allgemeinsten politischen Grundsätze gegeben haben, die für jeden bei uns schon mitkämpfenden oder noch aufzunehmenden Genossen die selbstverständliche Voraussetzung seines politischen Handelns sein müssen. Mit diesen Grundsätzen steht und fällt die Partei. Wir haben an ihnen festzuhalten, unbekümmert darum, ob das nach „bolschewistischer Engstirnigkeit“ „richtig“ oder nicht. Dann sind wir auf dem richtigen Wege.

Q. Dittmar, Magdeburg.

Um was geht es?

Während bisher von der Parteivorstandsmehrheit immer wieder betont wurde, daß die Gegensätze zur Parteivorstands-Minderheit lediglich organisatorisch-technischer oder gar persönlicher Natur seien, betont der Genosse Siemsen in der Diskussionsbeilage der „SAZ“ Nr. 289 mit vollem Recht, daß es sich bei diesen Gegensätzen um politische Differenzen handle. Für diese Feststellung müssen wir dem Genossen Siemsen dankbar sein. Damit wird endlich der Meinungskampf innerhalb der Partei auf die richtige Ebene gehoben, damit und nur damit wird gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen, daß dieser Meinungskampf für die Partei wirklich fruchtbringend wird, daß die strittigen Fragen geklärt und somit auch die Aktionsfähigkeit der Partei gestärkt wird.

In unserem Meinungsstreit stehen sich scheinbar PV-Mehrheit und PV-Minderheit mit geschlossenen Auffassungen gegenüber. Nachdem jetzt aber die wirklichen politischen Fragen diskutiert werden, ist es absolut deutlich geworden, daß wir es bei der PV-Mehrheit nicht mit den Verfechtern einer klaren eindeutigen politischen Linie zu tun haben. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß sich in der PV-Mehrheit Vertreter der verschiedensten Anschauungen zu einem völlig prinzipienlosen Block zusammengefunden haben. Die Genossen Kleinbeil und Küster haben auf dem Parteitag seinerzeit die Prinzipienklärung abgelehnt, sie haben in der Zwischenzeit ihren Standpunkt nicht geändert, sie stehen heute wie damals in der Frage des imperialistischen Krieges, des Völkerbundes, der Abrüstung, Panneuropas usw. in schroffem Gegensatz zu den Grundsätzen, die sich die Mehrheit der Partei gegeben hat. Die Stellung des Genossen Siemsen zur Prinzipienklärung ist nicht ganz klar; auf dem Parteitag hat er zu den 27 gehört, die die Prinzipienklärung lediglich als Diskussionsgrundlage betrachtet wissen wollten. An welchem Punkte er eine abweichende Meinung hat, wissen wir bis heute noch nicht. Und es ist charakteristisch,

daß er sich in seinem Aufsatz mit der Prinzipienklärung wiederum nur formal auseinandersetzt, ohne konkret darzulegen, worin er einen abweichenden Standpunkt hat.

Aber auch die Stellung der Genossen Seydewitz und Rosenfeld zur Prinzipienklärung ist nicht die gleiche. Der Genosse Rosenfeld bekennt sich, wie auch sein Beitrag in der Diskussionsbeilage beweist, hundertprozentig zur Prinzipienklärung, während Genosse Seydewitz hier eine schwankende Haltung einnimmt.

So sieht die geschlossene politische Einheit der PV-Mehrheit in Wirklichkeit aus. Und wenn der Genosse Siemsen nun in der ersten Diskussionsbeilage der „SAZ“ über bestimmte Organisationsprinzipien der Partei spricht, so ist es im Interesse der gesamten Parteigenossenschaft wichtig, wenn hier zunächst einmal Aufklärung geschaffen wird, in wessen Namen der Genosse Siemsen über die Organisationsprinzipien der Partei schreibt. Er schreibt gegen die PV-Minderheit, — schreibt er aber für Kleinbeil und Küster, für sich allein, für Seydewitz oder für Rosenfeld? Diese Frage muß bald beantwortet werden, denn es geht dabei natürlich nicht um die einzelnen Personen im PV, sondern um das politische Gesicht der Partei. Solange die politischen Fragen nicht gestellt waren, solange man behauptete, daß der Kampf in der Partei lediglich um organisatorische Fragen gehe, solange konnte man von einer geschlossenen PV-Mehrheit sprechen. Sobald man sich nicht mehr um die wirklich entscheidenden Angelegenheiten, drückt, sobald die entscheidenden politischen Fragen gestellt werden, ist von dieser Geschlossenheit, wie wir gezeigt haben, nicht mehr im mindesten die Rede, im Gegenteil wird es deutlich, daß zwischen offenen Gegnern der Prinzipienklärung, halben Befürwortern und denen, die sich zu ihr bekennen, ein prinzipienloser Block geschlossen wurde, der natürlich sofort zusammenbrechen muß, wenn die Partei vor politischen Aktionen stehen wird. Fritz Sternberg.

Die Frage der Organisationsform

Die Entwicklung der SAP ist nicht dem Weg gegangen, den ihre Begründer und Mitglieder erhofften. Die Partei befindet sich in einem Zustand der Erstarrung, vielerorts sogar in rückläufiger Bewegung. Das braucht nicht mehr bewiesen zu werden. Die Ursachen dieser Erscheinung sind nicht nur in der augenblicklichen innerorganisatorischen Lage zu suchen, sondern auch beim Ansatzpunkt, bei der Parteigründung selbst. Der Zustand der deutschen Arbeiterbewegung ist, abgesehen von den Streikwiderständen der letzten Zeit, seit Gründung der SAP unverändert passiv. Dieser Mangel an revolutionärer Aktivität zeigt, wie wenig Vertrauen das deutsche Proletariat zu seiner bisherigen Führung und zu seinen jetzigen Organisationen hat. Die Lage der SAP aber beweist wiederum, daß auch diese Partei trotz angeblich revolutionärer Zielsetzung bis heute nicht das Sammelbecken proletarischer Kraftentfaltung werden konnte.

War nach einer Erklärung für diese Tatsache sucht, darf bei der Untersuchung des jetzigen Zustandes der Partei nicht stehen bleiben. Dieser ist zunächst die unausbleibliche Folgeerscheinung eines Gründungsprinzips, dessen Leitwort hieß: Oppositionelle aller Richtungen vereinigt! Euch Meinungsfreiheit wird garantiert! Wer heute innerhalb der SAP die Prinzipienklärung, die doch wie parteioffiziell bekannt und betont, nur eine Notlösung und inhaltlich ein Kompromiß zwischen revolutionären und (nach der Begriffsbestimmung der Genossen Fah) objektiv konterrevolutionären Formeln zu sehen darstellt, wer heute diese Prinzipienklärung als tabu erklärt, der

hindert den zur Bildung einer revolutionären Partei notwendigen ideologischen Klärungsprozeß, anstatt ihn zu fördern, wie es die 27 Genossen der „Erklärung“ beabsichtigten. Man muß sogar, wenn man die Möglichkeiten der Entstehung einer revolutionären Partei untersucht, betonen, daß diese Erklärung damals den, wenn auch vergeblichen, Versuch bildete, nachträglich eine der Voraussetzungen für die spätere Entfaltung der revolutionären Partei zu bringen. Allerdings: die Geschichte der SAP ist von Anfang bis heute ein Beweis dafür, daß solche Versuche nachträglicher Korrekturen fast immer erfolglos bleiben.

Niemand von uns wird bestreiten, daß die Entwicklung einer revolutionären Partei eine objektive Notwendigkeit ist, angesichts der Tatsache, daß das deutsche Proletariat in der kapitalistischen Katastrophe trotz SPD, KPD und ADGB praktisch ohne Führung dasteht. Es ist aber unmöglich, daß sich irgendeine Gruppe einfach und zu beliebiger Zeit, ohne entscheidenden geschichtlichen Anlaß, ohne vorangehende ideologische Klärung, ohne Programm, nur auf äußerlich organisatorischer Basis zur revolutionären Partei ernennen kann. Diese „Geburtsfehler“ der SAP haben sich in der Folgezeit trotz der tollkühnen Bemühungen der Beteiligten zu Strukturängeln entwickelt, die heute den ganzen Bau der Partei zum Einsturz zu bringen drohen. Der Krisenzustand der SAP zeigt, daß es eben unmöglich ist, aus grundsätzlich gegensätzlichen Gruppen mit dem organisatorischen Bindemittel „Meinungsfreiheit“ eine politische und noch dazu revolutionäre Partei aufzubauen zu wollen. Apparatschiebungen,

Fraktionskämpfe, Einengung der innerparteilichen Demokratie, persönliche Verunglimpfungen, all das sind unausbleibliche Folgen jedes opportunistischen Gründungsprinzips, das die Sammlung vor die Klärung stellt.

Bei der Kennzeichnung des organisatorischen Zustandes der SAP und seiner Hemmnisse darf man nicht vergessen, daß die von der KPO-Fraktion in ihrem wesentlichen Inhalt entscheidend bestimmte Prinzipienklärung kein Mittel tatsächlicher Revolutionierung sein kann. Die Parteilaktionen vom revolutionären Parlamentarismus, von der Erhebung der Gewerkschaften, vom Block aller Arbeiterorganisationen u. a. m. entspringen einem geschichtlich überholten „revolutionären Opportunismus“, der nicht revolutionierend, sondern illusionierend auf Anhänger und Arbeiter wirken muß. Die notwendige Erfolglosigkeit dieser politischen Praxis findet ihren stärksten Ausdruck in dem Mitglieder- und Wählersturz der Partei. Dazu kommt noch die mangelhafte grundsätzliche Abgrenzung zur KPD, deren bolschewistische Politik zur Politik gegen die Revolutionierung der Arbeiterklasse geworden ist. Wenn die SAP, wie der Genosse Rosenfeld meint, die bolschewistische Grundhaltung der KPD anerkennt und sich nur durch taktische Differenzen von ihr unterscheidet, kann sie auf die Dauer keinen Anspruch auf eine Sonderexistenz vor der Arbeiterklasse erheben, weil sie dann weder in den Methoden noch in den Grundsätzen irgendwie anders ist, als die bereits vorhandenen Parteien.

Nachdem die Periode der Selbsttäuschung in Bezug auf die tatsächliche Entwicklung der SAP zur Massenpartei eingeleitet überwinden ist, stellt der nächste Parteitag die Mitglieder vor die Entscheidung, entweder eine Organisation zur Reform und Eroberung der KPD und der Komintern von außen zu werden oder die Voraussetzungen für einen Neubeginn der revolutionären Bewegung zu schaffen. Das heißt nichts anderes, als Abstand nehmen von Illusionen und Täuschungsmanövern, von individuellen Führereitelkeiten und bolschewistischer Apparattaktik. Das bedeutet bewußte Zurückschraubung der Parteilaktion auf das politische und organisatorisch mögliche Maß.

Alle bisherigen Arbeiterorganisationen in Deutschland, sowohl reformistische als auch bolschewistische, stehen am Beginn eines langsamen Zersetzungsprozesses, weil sie den Kampfbedingungen des westeuropäischen Proletariats im System der monopolkapitalistischen Diktatur nicht mehr oder noch nicht entsprechen. Die bisherigen SAP-Erfahrungen zeigen, daß der Aufbau der für die kommenden revolutionären Kämpfe notwendigen revolutionären Partei sehr sorgfältig und dem Zersetzungsstempo angepaßt langsam vor sich gehen muß. Die Kerne sich zusammenschließender Revolutionäre müssen programmatisch klar und fest sein. Vertuschte Gegensätze wirken früher oder später wie Sprengmittel, wie wir es am Beispiel der SAP jetzt zu unserem Leidwesen erleben. In steter Verbindung mit der Arbeiterchaft und ihren Organisationen und unter Beteiligung an allen Schritten wirklichen Kampfes müssen diese Kerne den Prozeß der Bewußtseinsklärung durch ständige Klärung der Kampfaufgaben der Klasse vorwärtstreiben. Diese auflöckernde Vorbereitungsarbeit muß, obgleich sie schwierig und unscheinbar ist, am Anfang stehen. Durch sie müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden, die es später ermöglichen, die revolutionäre Partei mit dem beginnenden revolutionären Kampf der Massen auf dem Boden der Klasse und für die Klasse zur Entfaltung zu bringen.

Hermann Lücke, Eisenach.

Die Sanierung von Linke-Hofmann-Busch

Die Sanierung des mit schätzungsweise 30 Millionen Mark Schulden belasteten Waggonindustrie-Konzerns Linke-Hofmann-Busch, Berlin, ist in der Weisung geplant, daß das Aktienkapital zuerst im Verhältnis 10:4, d. h. von 30 auf 12 Millionen Mark herabgesetzt und dann durch Ausgabe von 5 Millionen Mark sechsprozentiger Vorzugsaktien wieder auf 17 Millionen erhöht und der Reservefonds von 3 auf 1,7 Millionen Mark herabgesetzt wird. Die neuen Vorzugsaktien werden zum Teil von den Großaktionären, zum Teil von den Banken, die bei der buchmäßigen Kapitalherabsetzung einen großen Teil ihrer Forderungen an das Unternehmen streichen müssen, übernommen.

Auf diese Weise ergibt sich ein buchmäßiger Sanierungsgewinn von 21,6 Millionen. Ein Teil der Schulden, nämlich 8,4 Millionen, bleibt danach immer noch bestehen, doch glauben die Verwaltungsmitglieder und die beteiligten Banken, daß das Unternehmen auf diesem Stande weitergeführt werden kann.

Verschiedene Unternehmen, die in den Jahren der Konjunktur dem Konzern angegliedert worden waren, sind jetzt wieder abgestoßen worden. Präsidium und der Aufsichtsrat glauben, daß die Mehrheit der Aktionäre sich auf der für den 16. Februar angesetzten Generalversammlung mit dieser Regelung einverstanden erklären wird, da sie sonst ja wahrscheinlich noch größere Verluste zu verzeichnen haben würden.

Wieder ein tödlicher Unfall beim FAD

Reichenberg (Bez. Dresden).

Dieser Tage waren im Arbeitslager Reichenberg mehrere Arbeitsdienstfreiwillige mit dem Abtransport gefällter Bäume beschäftigt. Beim Abwerfen eines Stammes geriet der 18-jährige Arbeitsdienstfreiwillige Rudolf Gnauck unter den Stamm. Dem Manne wurde die Wirbelsäule gebrochen, außerdem wurde die Hauptschlagader getroffen. Der Verunglückte war sofort tot.

Und immer wieder Kriegshetze

Kriege fallen nicht vom Himmel, sie sind die Fortsetzung der imperialistischen Politik und der sich steigenden Wirtschaftskämpfe zwischen den kapitalistischen Staaten — eine Fortsetzung von Kämpfen, die dann mit anderen Mitteln ausgefochten werden.

Sie müssen daher von der Bourgeoisie aller Länder auch ideologisch vorbereitet werden.

Wie weit die Verschärfung der Wirtschaftskämpfe fortgeschritten, wie weit die kapitalistische Klasse an dem Punkt der Krise steht, wo sie gezwungen ist, den letzten Ausweg eines Krieges zu gehen, beweist, wie kampfhaft und mit welchem Tempo man die ideologische Vorbereitung der Massen für einen kriegerischen Konflikt bestrebt.

Die nationale und chauvinistische „ost-deutsche Arbeitereigenenschaft“, in der die faschistischen, heimatvertrauen Ostverbände, Grenz- und Landmannschaften (und wie sie alle heißen mögen) zusammengeschlossen sind, haben einen Aufbruch erlitten, der eine **einzigste Kriegshetze gegen Polen** darstellt. Hier sein Wortlaut, kommentiert braucht er nicht zu werden:

„Ostoberschlesien! Wir danken Euch, daß Ihr in Treue trotz täglicher Drangsalierung fest zu Eurem Deutschland haltet!

Halt! Wir bewundern Euer Beharren in deutschem Volkstum, von dem Ihr erst vor kurzem eine so glänzende Probe gegeben habt!

Landsleute im entrissenen Land der Kreise Namslau, Groß-Wartenberg und Gohrau! Wir wissen uns mit Euch eng ver-

bunden in Eurer zuversichtlichen Hoffnung baldiger Wiedervereinigung. Schicksalsverbunden fühlen wir uns mit Ostpreußen, Danzig, Soldau und Memelland!

Am Tage der Reichsgründung erneuern wir unsere Forderungen auf Rückgabe aller entrissenen Gebiete. Einem gleichen Uebelstand wie vor zehn Jahren in Memelland und Ruhrgebiet wird deutsche Jugend künftig zu begegnen wissen. Nachdem 1932 uns endlich dem Ende der sinnlosen Reparationen und der wehrpolitischen Niederhaltung nahegebracht hat, soll 1933 Auftakt sein, die Lösung der Schicksalsfrage unserer unheilbaren Ostgrenzen ein gutes Stück voran zu bringen.“

Nach außen hin versucht man aber hin und wieder diese Kriegshetzerischen Tendenzen zu verdecken, indem man auf genau dieselben (sich nur durch die Sprache unterscheidende) nationale und chauvinistische Kriegshetze der polnischen Bourgeoisie hinweist. („Nicht ich, sondern er ist es gewesen, Herr Lehrer!“) So hat die „deutschnationale, faschistische „Oberschlesische Tageszeitung“ einen offenen Brief an die Adresse des Reichskanzlers gerichtet, in dem auf die „systematische Hetz- und Lügenarbeit der auf deutschem Boden erscheinenden polnischen Presse, die alles Preukische und Deutsche Tag für Tag verleumdete und in den Schmutz zieht, ohne daß eine gesetzliche Handhabe vorhanden wäre, die diesem Treiben ein Ende bereitet“, hingewiesen wird.

Nun, das Proletariat diesseits und jenseits der Grenzen weiß, was es beim Ausbruch eines Krieges zu tun haben wird.

Ein Erfolg

Gleiwitz, 20. Januar.
In der Generalversammlung des ZDA, Gleiwitz, die am 16. Januar 1933 stattfand, wurde zum ersten Male in den Vorstand des ZDA, das Mitglied der SAP, Grösse Ringler, gewählt. Ein Erfolg unserer zähen Arbeit in dieser Organisation.

Schwerer Betriebsunfall

Striegau, 20. Januar.
Auf dem Dammbau in Losen geriet eine Arbeiterin mit der rechten Hand in den Kuchenbrecher. Die Maschine konnte trotz sofortigen Herunterrollens des Treibriemens nicht schnell genug zum Stehen gebracht werden. Der Frau wurde die rechte Hand und der Unterarm völlig zermalmt.

Vom Bullen getötet

Sprottau, 20. Januar.
Als der Landwirt Emil Stenzel in Hartau mit dem Pflügen des Viehes beschäftigt war, wurde er von einem Bullen gegen die Wand gedrückt. Stenzel erlitt schwere Brustquetschungen und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dort ist er seinen Verletzungen erlegen.



„Das Blaue vom Himmel“ in der Scala.
Das Beste am Programm ist das Gesangsstück von Hugo Fischer-Käppe, der mit einigen Songs auftritt. Daß er es wagt, heute Sachen gegen den Militarismus zu bringen, ist ihm hoch anzuzurechnen. Das ist aber auch das einzig Schöne. Der Film ist ein üblicher bürgerlicher Unterhaltungsfilm, wie wir sie jetzt schon zur Genüge kennen.

„Die Herren vom Maxim“ im Capitol
Ein Film, der die Seltsamkeiten der „humorvollen“ Fabel durch die leichte, ins Ohr

gehende Musik Oscar Strauß' auszugleichen versucht. Eine Fülle von Verwechslungen und Komplimenten sorgen für die notwendige Spannung. Der Film dürfte ein „Publikumserfolg“ werden, mehr als ein durchschnittliches Lustspiel der bürgerlichen Filmproduktion ist er dennoch nicht.

„Jim verrückt“ im Dell-Theater, Kaiser-Wilhelm-Straße.
Ein hundert Mann beknüppeltes Unheimliches, erst im Paradies aller Film-Verknüpfungen, nach Hollywood, um dort nach dem mit einem unvermeidlichen Liebesaffären, verknüpfens seiner babulischen Komik, am Ende doch Karriere zu machen.

Diese erste Tonfilmproduktion von Harold Lloyd in deutscher Sprache kann ihren amerikanischen Ursprung nirgends vermissen. Die aus aus früheren Filmen Harold Lloyds noch in Erinnerung verbliebene gute mimische Komik tritt allerdings durch den Sprachgebrauch etwas zurück.

§ 218

Sonderveranstaltung:
Sexualfilm: „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“.
Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr im Proleton.

„Quo Vadis“ im Konzertheater.
Man nehme einige Hundert Statisten, stecke sie in altmodisch sein sollende Kleider, merke sich 50 Löwen, lasse Emil Lannings einige Grimassen schneiden und mische das Ganze recht gut mit frommen Bibelzitierten. Schließlich lasse man den bösen Nero von Oskar Strauß getroffen und die Frauen gerettet werden, und fertig ist der „historische“ Film. So war es vor fünf Jahren. Heute nimmt man denselben Film, laßt noch dazu Löwen brüllen, Leute schreien und Nero hierisch grinsen und gerietet ihn jetzt als „monumentalen Tonfilm“. Für uns ist das Rezept wesentlich kürzer: man verschone uns mit solchem Monumentalkitsch. Kalle.

Jahres- Eltern-Versammlung der Arbeiter-Kinderfreunde (SAK)

Am Donnerstag fand die Jahresversammlung der Arbeiter-Kinderfreunde im Heim, Sonnenstraße, statt, die gut besucht war. Genosse Kirschke gab den Jahresbericht, der durch Lichtbilder und Zahlenstatistiken wirkungsvoll unterstrichen war und so die trockenen Zahlen zu lebendigen Bildern vor den Augen der Zuhörer werden ließ.

Der Bericht selbst zeigte die ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen heute die proletarisch revolutionäre Erziehungsarbeit zu leiden hat. Ueber die geleistete Arbeit selbst informierten ja die Zahlen im Jahresbericht, der in der SAZ vom 6. Januar veröffentlicht war. Die größten Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß die Stadt den Gruppen die Benutzung der Schulen entzog, so daß sämtliche Abteilungen sich nach eigenen Räumen umsehen mußten. Dies ist natürlich mit ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten verbunden, die nur durch die große Opferbereitschaft der Elternmitglieder, von denen 60 Prozent erwerbslos sind, behoben werden können.

Im neuen Jahre wird dies nur möglich sein, wenn die gesamte Parteigenossenschaft die Arbeit der Arbeiter-Kinderfreunde aktiv unterstützt. Daher richten die Kinder-

Kinderrépublik vom 6. bis 23. Juli, wozu vom 8. bis 11. Juni ein Probelauf stattfindet. Neben sportlichen Veranstaltungen, wie ein Stafettenlauf durch die Stadt am 21. Mai und großen Ortsgruppen-Geländespielen wird am 9. November wieder eine Revolutionsfeier stattfinden.

So beginnen die Arbeiter-Kinderfreunde mit neuen Plänen und neuem Mut das neue Jahr, um die Erziehungsarbeit am proletarischen Kinde im Sinne des Sozialismus zu fördern und zu erweitern.

Die Flucht aus dem Leben

Breslau, 20. Januar.
Der arbeitslose Geschäftsdienstler Friedrich Sz. und seine Ehefrau haben sich in ihrer Wohnung in der Schülerstraße mit Veronal und Gas vergiftet. Das Ehepaar war einige Tage nicht gesehen worden so daß die Polizei benachrichtigt wurde. Diese ließ die Wohnung öffnen. Man fand das Ehepaar in den Betten liegend tot auf.

Vom Lieferwagen angefahren und schwer verletzt

Breslau, 20. Januar.
Der Arbeiter W. aus Breslau wurde, als er vor einem Hause in der Ofener Straße den Fahrradweg reinigte, von einem Lieferwagen angefahren und schwer verletzt. Der Führer des Lieferwagens brachte den Verletzten ins Krankenhaus. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Einbrecher schießt einen Verfolger nieder

Neumarkt, 20. Januar.
In der Nacht zum Freitag wurde bei der Firma Kulmiz in Konth (Kohlen-, Düngemittel-, Baumaterialien-Handlung, landwirtschaftliche Maschinen) ein Geldschrank einbruch versucht. Der Einbruch wurde bemerkt und man rief Hilfe aus einem in der Nähe liegenden Lokal herbei, in dem eine Feuerwehrtagung stattfand. Einige Feuerwehrleute stellten auf dem Hof der Firma einen der beiden Einbrecher. Dieser schoß sofort auf einen Feuerwehrmann und verletzte ihn durch einen Bauchschuß so schwer, daß er am Freitag morgen starb. Die Spuren der Einbrecher wurden bis Schosnitz verfolgt; die Täter konnten jedoch noch nicht ergriffen werden. Einer von ihnen wird wie folgt beschrieben: etwa 1,65 Meter groß, helle Schiebermütze, kurzer Ueberzieher. Nähere Beschreibung ist zunächst nicht möglich.

Schlesischer Arbeitersport Fußballvorschau für den 22. Januar 1933

Trotz der Spartenferien der Fußballer wird am kommenden Sonntag ein starker Spielbetrieb abgewickelt. Soweit nicht anders angegeben, beginnen die Spiele um 14 Uhr. Es spielen:

Sparta—Eintracht um 10 Uhr am Schlaichtof. Obwohl Eintracht in starker Besetzung antritt, werden sie gegen Sparta verlieren.
Lanisch—Janowitz in Troschen. An einem Siege der z. Zt. sehr guten Lanisch besteht kein Zweifel.
Alemannia—Obernigk in Rosenthal. Ein offenes Spiel, bei dem diesmal Alemannia den Sieger stellen könnte, ist zu erwarten.

Hundsfeld—Spielvereinigung Bries in Hundsfeld. Die Brieser Vereine sind alle in guter Verfassung. Es ist sehr fraglich, ob Hundsfeld den Sieger stellen wird.

Cawallen—Gr. Nadditz in Cawallen. Hier heißt der Sieger Cawallen.
Ohlau—West in Ohlau. West hat alle Ursache, endlich die Mannschaft herauszubringen, welche an die Leistungen früherer Zeiten anknüpft. In Ohlau sollte aber selbst in starker Besetzung ein Sieg kaum möglich sein.

Eintracht—Wacker in Maseowitz. Eintracht hat durch die guten Resultate der letzten Zeit Aufsehen erregt. Wacker hat alle Ursache, auf der Hut zu sein.

VFR—Rothsüßen an der Riemannhöhe. In der Spielstärke sollten nicht viel Unterschiede bestehen, so daß ein offenes Spiel zu erwarten ist.

Schwarzweiß—Neberwitz in MarienHöfen. Koschowitz gehörte früher zu den besten Mannschaften der Gruppe 6. Gegen Schwarzweiß werden sie aber nicht bestehen.

Vorwärts—Bienenlaub im Stadion. Es ist durchaus möglich, daß Vorwärts in diesem Spiel der Lädrende ist.

1930—Retzsch in Goldschmieden. Goldschmieden ist gefährlicher Boden. Man kann Retzsch nur empfehlen, in starker Besetzung anzutreten, sonst heißt der Sieger 1930.

Pfeil—Aankan auf der Brückenaue. Zeigt Pfeil keine besseren Leistungen, dann käme ein Sieg Aankans nicht überraschend.

VfL—Blauweiß in Gaudau. Da beide Mannschaften bereits Serienaufstellungen ausprobieren, ist mit einem spannenden Spiel zu rechnen.

Sil-Rick—Sportfreunde im Stadion. Beachtet man die Form beider Mannschaften, dann müßte Sportfreunde den Sieger stellen.

Blaugelb—Rapid in Grünheide. Blaugelb hat sich wohl etwas zuviel vorgenommen, denn ein Sieg würde eine große Ueberbahrung bedeuten. Einigkeit—Büdout in Gr. Mochbern. Die Tradition der beiden Mannschaften verbürgt einen Großkampf. Ob Einigkeit trotz des Spieles auf eigenem Platze den Sieger stellt, kann man im voraus nicht sagen.

Union—Sturm in Dt. Lissa. Rivalen unzähliger Serienspiele stehen sich gegenüber. Wer die z. Zt. bessere Mannschaft stellt, soll das Spiel beweisen.

VfB—Rosenthal in Oltaschno. Zwei Kampfmannschaften, die sich über das notwendige technische Können verfügen, treffen hier aufeinander. Wer siegt, läßt sich nicht sagen.

1921—Adler am Bäckertisch. Zeigt 1921 nicht endlich bessere Leistungen, dann kommt auch am Sonntag gegen den Gruppenmeister eine zahlensmäßig hohe Niederlage zustande.

Stern—FSB in Gräbchen. Nach der Niederlage FSB's am letzten Sonntag kann man ihnen gegen Stern nicht allzuviel Aussichten einräumen.

Herrnprotsch—Freiheit in Herrnprotsch. Ein Sieg von Herrnprotsch wird erwartet.
Trebantz—Hertha in Trebnitz. Tritt Hertha mit voller Mannschaft an, dann ist in Trebnitz ein spannendes Spiel zu erwarten.

Kreisstag der Schlesischen Arbeiter-Athleten
Am Sonntag, 22. I., findet im Gasthof „Zum Edelstein“ in Waldenburg ab 9 Uhr vorm. die Kreisversammlung des I. Kreis Schlesien des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands statt. Die Tagesordnung sieht folgende Punkte vor: 1. Protokollvorlesung

Gegen Kulturreaktion in jeder Form Gegen politische Verbote freigelastiger Organisationen

protestiert die freihändige Bevölkerung Breslaus am Sonntag, den 22. Januar 1933, um 10 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Es sprechen Vertreter der freigelastigten Verbände Breslaus und anderer Kulturorganisationen. Einlaß 9.30. Eintritt frei.

freunde an alle Genossen die Aufforderung, ihre Kinder in die Heinnachmittage zu schicken, und an die Genossen, die kinderlos sind, denen aber ihr Beruf bei einiger Opferwilligkeit die Zahlung eines geringen Betrages gestattet, die Bitte, sie als Fördermitglieder finanziell zu unterstützen, damit die Erziehung des proletarischen Kindes im sozialistischen Sinne in der heutigen Zeit der kulturellen Reaktion nicht gefährdet wird.

Die Neuwahlen ergaben einstimmige Wiederwahl der alten Funktionäre, die sich durch ihre Arbeit das Vertrauen der gesamten Elternschaft erworben haben.

Genosse Kirschke umriß dann die Aufgaben des neuen Jahres; organisatorisch soll die Musikgruppe ausgebaut werden und eine Radfahrstaffel zur Unterstützung der Ortsgruppen im Bezirk und zur Erfassung der Landproletarier-Kinder organisiert werden. Zum ersten Male wird in diesem Jahre die Ueberleitung der schulenklassischen Falken zum SJV in einer großen Feier erfolgen. Der 1. Mai wird wieder eine große Kinderfeier am Nachmittag sein. Am Vormittag wird selbstverständlich für Schulfreizeit und Beteiligung der Kinder an der Demonstration gesorgt werden. Die großen Ferien bringen fünf Ferienwanderungen, an denen sich alle Arbeiterkinder beteiligen können, und eine

und Mandatsprüfung. 2. Geschäftliches: a) Verwaltung: Köhler, Walfeld; b) Kreisrat: Kipke und Linke, Breslau; c) Revisorat: Syrancki und Waloschka, Breslau; d) Presse: Plonky, Breslau; e) Jugend: Paschel, Liegnitz; f) Sport: Mende, Fulda, Breslau, Wulst und Behnsdorf, Waldenburg, und Endler, Liegnitz. 3. Aussprache über die Berichte. 4. Referat des Gen. Matsch, Breslau. 5. Kreisratangelegenheiten. 6. Anträge und Verschiedenes. Jeder Verein muß vertreten sein, und haben die Delegierten das Bundesbuch, Partei- und Gewerkschaftsbuch vorzuliegen, da sonst kein Stimmrecht.



Bezirk Mittelschlesien
Sekretariat Breslau Gartenstr. 21 III
Telephon 567 68

Stadtteil Nord/Ost: Alle Genossinnen und Genossen treffen sich morgen, 8.30 Uhr, an der Güntherbrücke zum Zeitungverkauf.

Deutscher Freidenkerverband E. V., Ortsgruppe Breslau, Abt. Süden: Alles erscheint in der Mitgliederversammlung am 23. I., 20 Uhr, bei Brauer im Spiegelsaal. Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandtag, Wahl von Delegierten zur Unterbezirkskonferenz, Ref. Pietsch.
Freidenkerjugend: Sonntag, früh 10 Uhr, besuchen wir alle die Kundgebung der RAG gegen Kulturreaktion im Gewerkschaftshaus. — Sonntag ab 17 Uhr Sonntagheim Siebenhufener Str. 11/15. — Um 20 Uhr gestalten wir einen L.L.L.-Gedenkabend mit Lichtbildern. Gäste willkommen!

Monistische Gemeinde E. V.: Am Sonntag, 22. I., vorm. 10 Uhr, beteiligen wir uns als Mitglied der Reichsarbeitsgemeinschaft freigelastigter Verbände an der Protestkundgebung gegen Kulturreaktion im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Erscheinen aller Freunde der freigelastigten Sache ist Pflicht. Eintritt frei! Sonntag, 18 Uhr (6 Uhr), Lieble bildervortrag der monistischen Jugend: „Jüdischer Kampf um Freiheit, Redner Gen.Boer. Der Vortrag wird von Darbietungen der Jugend umrahmt. Unkostenbeitrag 10 Pf. Wir bitten, zu diesem interessanten Abend zu erscheinen.

Monistische Jugend: Achtung! Sonntag, 10 Uhr, Freidenkerkundgebung gegen Kulturreaktion und Freidenkerklub im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Alles beteiligt sich daran und propagiert die Versammlung. — Sonntag, 18 Uhr, Lichtbildervortrag Grünstr. 14/16. Siehe „Indians Kampf um Freiheit“.

Agitatortruppe: Sonntag, pünktlich 15.30 Uhr, letzte Probe. Pünktlich erscheinen

Gewerkschaftsnachrichten Einheitsverband der Eisenbahner

Dienstag, den 24. d. Mts., 19.30 Uhr, Zimmer 7-8, Gewerkschaftshaus, Vollversammlung der Funktionäre Tagesordnung außerordentlich wichtig. Ausweiskarte und Mitgliedsbuch berechtigen zum Eintritt! Die Ortsverwaltung

Verantwortlich: Bruno Sacher Breslau (verantw.)
Herbert Schoz Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Grapenstr. 7
Expedition: Breslau Gartenstr. 21 3 Treppen
Telephon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G. e. b. u. r. Breslau 3 Gartenstr. 21 Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Veria bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 Zustell RM. 1.50 Porto monatlich

Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife
Redaktion: Breslau Gartenstr. 21 3 Treppen
Telephon 206 02.

STADTTHEATER
 Samstag, 19.10. - 22.43
Tannhäuser
 Sonntag, 19.10. - 17.10
 (Ausnahme-Preis)
Der Zarowitsch
 19.10. - 22.43
Carmen
 Montag, 19.10. - 22.43
Tango um Mitternacht!

LOBETHEATER
 Sonntag, 20.10. (u. 21.10.)
Zwei 1. Male!
Zu wahr, um schön zu sein
 Komödie v. Bernard Shaw
 Deutsch v. Friedrich Trebitsch

GERHART-HAUPTMANN THEATER
 Sonntag, 20.10. (u. 21.10.)
Schneider Wibbel
 Komödie v. H. Müller-Schlösser
 Sonntag, 19.10. - 17.43
Auslandreise

Montag, 30. Januar, 20 Uhr, Gr. Konzerthausaal
6. Volks-Symphonie-Konzert
 der Silesischen Philharmonie
 Dirigent: HERMANN BEHR
Heitere Musik
 Karten in der Geschäftsstelle und Abendkasse

Konditorei u. Café Lehmgrabenstr. 75
 Inh. Willi Pirniko
 Angenehmer Aufenthalt! Tagl. in Backwaren Radiokonzert

Radrennbahn Jahrhunderthalle
 Sonntag, den 22. Januar, 1933, 19 Uhr
100 km-Mannschaftsrennen
 mit internationaler Besetzung
 2 Paare am Start u. a.
 J. van Kempen - Wals u. Polk - Lemoine
 Ruysse - Kiers u. Siegel - Thierbach
 Frauk - Tietz u. Klager - Ehmer
 Funda - Meidorn
 Preise von 80 Pfg. an.
 Amateur-Wettwarbe, Fahrradverlosung

Fleischeri und Wurstfabrik Hermann Kipke
 Frankfurter Straße Nr. 174
Gaststätte
 Angenehmer Familienaufenthalt

„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“
 von Fritz Sternberg
 Ladenpreis 9 Mark
 Genossen und Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Geschäftsstelle der SAZ, Breslau 5, Gartenstraße 21.

XV. Nachtrag zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau
 (Beschluss des Kassenausschusses vom 7. 12. 1932.)

Die Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau wird wie folgt geändert:
 § 20, Abs. 4 erhält folgende Fassung:
 § 318, Abs. 3 RVO.
 Ändert sich der Lohn um 1. Tage eines Kalendermonats, dann ändert sich die Lohnstufe sofort. Ändert er sich im Laufe eines Kalendermonats, dann ändert sich die Lohnstufe erst mit Beginn des nächsten Kalendermonats.

§ 21, Abs. 1, Ziff. 2 erhält folgende Fassung:
 § 182, Abs. 1 RVO.
 II. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Kalendertag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt. Für Versicherte, deren Grundlohn durch den wirklichen Arbeitsverdienst bestimmt ist, wird der Berechnung der Arbeitsverdienst der letzten 8 Kalenderwochen vor der Erkrankung zugrunde gelegt.
 § 25 fällt fort.
 § 66, Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 § 450, Abs. 1 RVO.

Die Beiträge für die unständig Beschäftigten werden auf 8,1 v. H. des Ortslohnes (§§ 149-152 RVO.) festgesetzt und je für eine Woche berechnet.

Abs. 6 erhält folgende Fassung:
 § 117, Abs. 2 RVO.
 Unständig Beschäftigte, die nach Löschung im Verzeichnis der Mitgliedschaft nach § 12 freiständig fortsetzen (Ziffern 51 v. H. des Ortslohnes als Beitrag und erhalten die Regelleistungen der Kasse unter Zugrundelegung des Ortslohnes.
 § 74, Abs. 2:
 § 172, Abs. 3 RVO.
 Die Worte „solange der Hausgewerbetreibende für ihn beschäftigt ist“, fallen fort. Dieser Nachtrag tritt vom 1. Januar 1933 ab in Kraft.
 Breslau, den 1. Dezember 1932.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Breslau
 Der mit der Führung der Geschäfte des Vorstandes der A. O. K. zu Breslau nach § 379 RVO. vom Versicherungsamt Beauftragte
 Adler, Direktor
 Der Satzungsantrag vom 1. Dezember 1932 wird in der sich aus der Anlage ergebenden Form genehmigt; soweit zu einzelnen Bestimmungen die Zustimmung erforderlich ist, wird sie erteilt.
 Breslau, den 5. Januar 1933.
 Der Vorsitzende der Beschlusskammer.
 In Vertretung:
 gez. Unterschrift.
 Stempel:
 Preub. Obervers.-Amt,
 Breslau,
 K. B. 407/32.

BRIEG

Paul Zwirner
 Fabrik ff. Fleisch- u. Wurstwaren
 Frühstückstube - Bierauschank
 Burgstraße 2

Reserviert!
 Nr. 102

Konrad Weiß * Fleischermeister
 Fischerstraße 9 Niedrigste Preise

Jullus Greulich Kolonialwaren
 Mühlstraße 8 Bäckerei

Fleisch - Wurst bei
FRITZ FEHST
 Schwarzer Weg 49

Wilhelm Hein
 Fleischermeister - Mollwitzerstr. 20
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

O E L S

Feine Fleisch- und Wurstwaren
 Max Schapke, Ring 54

Gebt in den Geschäften die **Bons ab!**

Wir lesen die
SAZ
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
 Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 20602 u. 56768
 und kaufen nur bei unseren
„Inserenten“



INVENTUR VERKAUF

ist der Rekord der Preiswürdigkeit.

Diensdag, den 24. beginnt das große Rennen nach immer gewaltig herabgesetzten Preisen!

Paletots mit Samtkragen, gut gefüttert . . .	14.50
Der moderne Ulster	7.75
Joppen mollig und warm	4.50
Herrenanzüge nur gute Ware	8.75
Sportanzüge dauerhafte Stoffe	7.95
Hosen gestreift	0.95
Knickerbocker hochmoderne Farben . . .	2.25
Konfirmandenanzüge jetzt enorm billig!	

1 Posten Anzüge und Mäntel!
 bester Maßersatz, weit unter Preis

Was zu spät kommt, wird abgekauft!
 Alle Waren werden bei kleinster Anzahlung reserviert

Seit 73 Jahren
L. Prager

Breslau, Albrechtstraße 51
 Eingang nur **Ecke Schuhbrücke**